

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hans-Georg Betz

Krise oder Wandel? Zur Zukunft der Politik
in der postindustriellen Moderne

Hans Herbert von Arnim

Ist die Kritik an den politischen Parteien berechtigt?

Hans Rattinger

Abkehr von den Parteien?
Dimensionen der Parteiverdrossenheit

Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann

Nichtwahl und Protestwahl:
Zwei Seiten einer Medaille

Richard Stöss

Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik

B 11/93

12. März 1993

Hans-Georg Betz, geb. 1956, Dr. phil.; Assistenzprofessor am Rome Center of Liberal Arts der Loyola University Chicago, Rom.

Veröffentlichungen: Postmodern Politics in Germany, New York 1991; zahlreiche Beiträge in amerikanischen und deutschen Zeitschriften.

Hans Herbert von Arnim, Dr. jur., Dipl.-Volkswirt, geb. 1939; o. Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Kommunal- und Haushaltsrecht, sowie Verfassungslehre an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Veröffentlichungen u. a.: Volkswirtschaftspolitik. Eine Einführung, Frankfurt 1985⁵; Gemeinwohl und Gruppeninteressen, Frankfurt 1977; Ämterpatronage durch politische Parteien, Wiesbaden 1980; Parteienfinanzierung, Wiesbaden 1982; Staatslehre der Bundesrepublik Deutschland, München 1984; Macht macht erfindisch, Osnabrück 1988; Wirtschaftlichkeit als Rechtsprinzip, Berlin 1988; Die Partei, der Abgeordnete und das Geld, Mainz 1991.

Hans Rattinger, Dr. phil. habil., geb. 1950; seit 1982 Inhaber eines Lehrstuhls für Politikwissenschaft an der Universität Bamberg; 1987 bis 1989 Gastprofessor an der University of Toronto und der Georgetown University in Washington.

Veröffentlichungen u. a.: Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland: Eine Einführung in ihre bündnispolitischen Grundlagen, Berlin 1988; (Hrsg. mit J. W. Falter und K. G. Troitzsch) Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1989; (Hrsg. mit D. Munton) Debating National Security: The Public Dimension, Frankfurt/M. 1991; (Hrsg. mit D. Dewitt) East-West Arms Control: Challenges for the Western Alliance, London 1991.

Jürgen W. Falter, Dr. rer. pol., geb. 1944; o. Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. mit H. Rattinger und K. Troitzsch) Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Neuere Entwicklungen der Forschung, Frankfurt-Bern 1989; Hitlers Wähler, München 1991; (Hrsg. mit S. Schumann und J. Winkler) Wahlforschung und Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1993 (i. E.).

Siegfried Schumann, Dr. phil., geb. 1957; wiss. Mitarbeiter an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Veröffentlichungen u. a.: Politische Einstellungen und Persönlichkeit. Ein Bericht über empirische Forschungsergebnisse, Frankfurt/M. u. a. 1986; Wahlverhalten und Persönlichkeit, Opladen 1990.

Richard Stöss, Dr. phil., geb. 1944; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung und Privatdozent am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, 2 Bde., Opladen 1983/84; Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, Opladen 1989; Die Republikaner, Köln 1990; Politics Against Democracy, New York-Oxford 1991; (Hrsg. mit H.-D. Klingemann und B. Weßels) Politische Klasse und politische Institutionen, Opladen 1991; (Hrsg. mit O. Niedermayer) Stand und Perspektiven der Parteienforschung in der Bundesrepublik, Opladen 1993.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62-65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Krise oder Wandel? Zur Zukunft der Politik in der postindustriellen Moderne

I. Krisensymptome in westlichen Demokratien

Die aktuelle politische Diskussion ist vom Thema „Krise“ bestimmt. Parteien, Politik, ja sogar die Demokratie befinden sich demnach heutzutage in einer tiefgreifenden Krise. Und dies nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland. Eine neuere Analyse des politischen Klimas zitiert das Ergebnis einer kurz vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen erstellten Umfrage zum Thema Politikverdrossenheit. Drei Viertel der befragten US-Bürger stimmten dabei der Behauptung zu, das politische System sei kaputt, es sei von Insidern dominiert, die weder der arbeitenden Bevölkerung Gehör schenken noch deren Probleme zu lösen in der Lage seien. Noch schlimmer stellt sich die Situation in Italien dar. Dort warnte im November letzten Jahres der Präsident der Abgeordnetenkammer, Giulio Amato, das Parteiensystem stehe kurz vor dem Ende¹.

Anzeichen für die Richtigkeit der Krisenthese gibt es scheinbar viele. Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist auch in Westeuropa symptomatisch geworden. Westeuropas Demokratien nähern sich langsam auch auf diesem Gebiet den Vereinigten Staaten, die bereits seit Jahrzehnten eine notorisch niedrige Wahlbeteiligung aufweisen. Die etablierten Parteien vermögen immer weniger, Stammwähler an sich zu binden. Das Gespenst des Dealignments, der Auflösung überkommener Parteienbindungen, geht um. Zur selben Zeit steigt die Bereitschaft zur Protest- und Denkmittelwahl, zersplittert sich die Parteienlandschaft. Unter dem Banner eines wiedererstarkten Populismus drängen neue Rechtsparteien in die Parlamente und legitimieren damit latente gruppenegoistische Tendenzen. Last, not least sammeln sich allerorts Politik- und Parteienverdrossenheit zu einer Woge des Mißtrauens und der Verärgerung gegenüber der politischen Klasse, was über kurz oder lang nicht

ohne negative Auswirkungen auf die Demokratie selbst bleiben kann².

Sicherlich wäre es falsch zu leugnen, daß sich das politische System hochentwickelter westlicher Demokratien zur Zeit in großen Schwierigkeiten befindet. Doch ist zu fragen, ob sich dieses System dabei in eine Sackgasse manövriert hat und somit mobilisierungsunfähig geworden ist oder ob es sich bei den durchaus realen Schwierigkeiten des politischen Systems nicht vielmehr um Schwierigkeiten der Anpassung an sich von Grund auf ändernde gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen moderner Demokratien handelt. Im ersten Fall wären Politik- und Parteienverdrossenheit, Wahlenthaltung sowie Protest- und Denkmittelwahl eine direkte Reaktion auf eine nunmehr generelle Unfähigkeit des politischen Systems, Interessen wahrzunehmen und in Politik umzusetzen. Im zweiten Fall wären sie zum einen ein direktes Ergebnis struktureller Veränderungen, zum anderen eine Reaktion auf die Probleme der etablierten politischen Akteure, sich diesen strukturellen Veränderungen anzupassen.

Im folgenden soll dem zweiten Interpretationsansatz nachgegangen werden. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die These, daß die aktuelle Krise des politischen Systems entwickelter westlicher Gesellschaften die Folge eines tiefgreifenden sozialen und kulturellen Wandlungsprozesses von der industriegesellschaftlichen Moderne hin zur „postindustriellen Moderne“ darstellt³. Auf das politische System wirkt sich dieser Wandel zum einen über das Aufbrechen traditioneller Konfliktstrukturen, zum anderen über die Infragestellung traditioneller Formen der Politikvermittlung aus. Die Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen schlagen dabei am schnellsten und tiefgreifendsten auf die politischen Parteien durch, obliegt ihnen doch die Aufgabe, latente Probleme aufzugreifen und in kompromißfähige Lösungsansätze umzusetzen. Das Ergebnis dieser Veränderungen

2 Vgl. Karl Starzacher/Konrad Schacht/Bernd Friedrich/Thomas Leif (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie?*, Köln 1992.

3 Vgl. Stefan Hradil, *Postmoderne Sozialstruktur?*, in: Peter A. Berger/Stefan Hradil (Hrsg.), *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*, Göttingen 1990, S. 135 ff.

1 Vgl. *America Changes the Guard*, in: *Newsweek*, Special Election Issue vom November-Dezember 1992, S. 23; *Corriere della sera* vom 29. November 1992, S. 1.

ist eine temporäre Verunsicherung und Orientierungslosigkeit der etablierten Parteien. Damit bietet sich neuen Parteien genügend Raum, sich im Parteiensystem festzusetzen und zu etablieren. Nutznießer dieser Entwicklung sind heutzutage vor allem linkslibertäre und rechtspopulistische Parteien.

II. Sozialstruktur und Parteipräferenzen im Wandel

1. Sozialstrukturelle Determinanten politischer Präferenzen

Makrosoziologische Erklärungsmodelle gehen davon aus, daß das Wahlverhalten entscheidend von sozialen Konfliktstrukturen geprägt wird. Nach der einflußreichen Cleavage-Theorie von Seymour M. Lipset and Stein Rokkan bildeten sich die im wesentlichen noch heute existierenden Parteien westlicher Demokratien im Zuge sozialer Mobilisationsschübe entlang von vier Konfliktlinien (Cleavages) heraus⁴. Die ersten beiden Cleavages entstanden während der Herausbildung des modernen Nationalstaats und entzündeten sich am Konflikt zwischen nationalem Zentralstaat und regionaler Peripherie. Die beiden übrigen entstanden im Zuge der industriellen Revolution aus Konflikten zwischen Agrar- und Industrieinteressen sowie zwischen Arbeitern und Kapital.

Diese relativ kleine Zahl von Cleavages erklärt nicht nur die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteiensystemen, die sich als Folge des allgemeinen Wahlrechts herausbildeten, sondern auch ihre Langlebigkeit. Denn die „Einführung des allgemeinen Wahlrechts am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts war der entscheidende Katalysator, der diese Cleavagestrukturen sozusagen ‚einfro‘ und damit eine Sprache der Politik institutionalisierte, die sich als mehr oder minder unveränderbar erwies“⁵. Der Grund dafür war für Lipset und Rokkan in der Einengung des Wählermarkts durch die politischen Eliten zu suchen, die – nachdem sie die verfügbare Wählerschaft mobilisiert und in Koalitionen gebunden hatten – neue Parteien-Wählerverbindungen bis in die Gegenwart hinein effektiv unterbanden.

4 Vgl. Seymour M. Lipset/Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, in: dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York 1967, S. 1–64.

5 Peter Mair, *The Problem of Party System Change*, in: *Journal of Theoretical Politics*, 1 (1989) 3, S. 260.

Seit einigen Jahren häufen sich jedoch die Anzeichen, daß der politische Markt in Bewegung gekommen ist. So weist vor allem die umfangreiche Dealignment-Literatur auf die Auflösung traditioneller Parteiloyalitäten (Dealignment), das Absinken der Anzahl von Stammwählern sowie ein Anwachsen von Wechselwählern hin⁶. Diese Entwicklungen, die in allen fortgeschrittenen westlichen Demokratien mehr oder minder stark ausgeprägt sind, lassen sich nur sehr schwer mit der zentralen Lipset/Rokkanschen These des Einfrierens der Parteiensysteme vereinbaren. Im Gegenteil, sie weisen auf einen grundlegenden Destabilisierungs- und Transformationsprozeß überkommener Cleavagestrukturen hin, der eng mit dem Eintritt moderner Gesellschaften in die postindustrielle Moderne verbunden ist.

Trotz vielfältiger Versuche, die Auswirkungen des sozialen Wandels im Zeichen der postindustriellen Moderne auf das politische System zu thematisieren und theoretisch zu untermauern, ist das Ergebnis noch immer lückenhaft. Jedoch finden sich in der neueren Literatur genügend Hinweise, wie eine solche Theorie aussehen könnte. Die folgende Skizzierung stützt sich dabei vor allem auf neuere Überlegungen zur Frage der Herausbildung politischer Präferenzen in postindustriellen Gesellschaften⁷.

2. Strukturwandel und postindustrielle Moderne

Die gegenwärtige Entwicklung fortgeschrittener Gesellschaften ist wohl am treffendsten als eine Beschleunigung eines seit zwei Jahrzehnten anhaltenden postindustriellen Modernisierungsprozesses zu beschreiben. Dabei lassen sich zumindest drei zentrale Kennzeichen dieses Prozesses ausmachen; 1. Die rasche Verbreitung informationsgestützter Technologien, die die Ablösung hergebrachter standardisierter industrieller Massenproduktion („Fordismus“) zugunsten flexibler Spezialisierung erlaubt und die die Herausbildung jener „schichtunspezifischen Konsumgesellschaft“ erst ermöglicht hat, die das Erscheinungsbild westli-

6 Vgl. Russell J. Dalton/Scott C. Flanagan/Paul Allen Beck (Hrsg.), *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?*, Princeton, N. Y., 1984.

7 Vgl. Herbert Kitschelt, *Class Structure and Social Democratic Party Strategy*, Paper presented at the 1992 Annual Meeting of the American Political Science Association, Chicago 1992; ders., *The Formation of Party Systems in East Central Europe*, in: *Politics & Society*, 20 (1992) 1, S. 7–50; Scott C. Flanagan, *Changing Values in Industrial Society*, in: *American Political Science Review*, 81 (1987) 4, S. 1303–1319; Ronald Inglehart, *Culture Shift in Advanced Industrial Society*, Princeton, N. Y., 1990.

cher Demokratien prägt⁸. 2. Die beschleunigte Ausweitung des tertiären Sektors, vor allem in den humanorientierten Bereichen (soziale Dienste, Gesundheit, Erziehung und Bildung, Freizeit, Kultur) und den neuen Professionen (Forschung und Entwicklung, Finanzen, Marketing, Consulting). 3. Die Ausreifung des Wohlfahrtsstaats sowohl hinsichtlich des Anteils der staatlichen Transferleistungen am Bruttosozialprodukt als auch des Anteils der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Diese strukturellen Veränderungen sind nicht ohne Folgen auf Arbeitsmarkt und Konsum geblieben. Generell hat die Diffusion informationsgestützter Technologien zu einer Dualisierung des Arbeitsmarktes geführt: Ein zentraler Arbeitsmarkt mit sicheren, relativ konjunkturunabhängigen Arbeitsplätzen, deren Inhaber über gute Bildung, Ausbildung sowie Weiterbildungsmöglichkeiten, Aufstiegschancen und eine großzügige soziale Absicherung verfügen, steht einem peripheren Arbeitsmarkt mit unsicheren, wenn nicht auf Dauer gefährdeten Arbeitsplätzen gegenüber, deren Inhaber zum großen Teil über wenig formale Bildung und Ausbildung verfügen. Diese Tendenzen sind nicht nur auf den verarbeitenden Sektor beschränkt. Sie lassen sich auch im Dienstleistungsbereich nachweisen. Dessen Expansion hat einerseits zu einer wachsenden Anzahl von neuen Dienstleistungsspezialisten mit hohen Bildungsabschlüssen und Beschäftigung in human- und kulturorientierten Organisationen geführt, in denen zunehmend auch Frauen attraktive Arbeitsplätze finden. Andererseits hat sie zu einer wachsenden Anzahl von unqualifizierten Tätigkeiten geführt, die teilweise als „junk jobs“ (minderwertige Jobs) bezeichnet werden und einen überproportionalen Anteil an weiblichen Arbeitskräften aufweisen⁹.

Die Einführung flexibler Produktionsweisen und die Ausweitung und Ausdifferenzierung sowohl des privaten wie auch des öffentlichen Dienstleistungssektors haben zu einer Ausweitung des Konsums beigetragen und neue Möglichkeiten des Konsums erschlossen. Dabei kommt es zu einer Neubestimmung der jeweiligen Gewichtung privaten und kollektiven Konsums. So ermöglicht die Einführung flexibler Produktionsweisen die Herstellung konsumentenbezogener, individualisierter Güter. Ähnlich gestaltet sich die Expansion des privatwirtschaftlichen tertiären Sektors mit seiner Vielfalt an konsumentenorientierten Dienstlei-

stungen. Beide Tendenzen tragen zu generellen Individualisierungstendenzen postindustrieller Gesellschaften bei. Dagegen erweitert sich mit dem Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen auch die Bandbreite kollektiven Konsums. Dies wird noch verstärkt durch das gestiegene Bewußtsein dafür, daß individuelles Wohlbefinden immer mehr auch von kollektiven Gütern wie intakte Umwelt, saubere Luft und reines Wasser abhängt.

Neben der Dualisierung des Arbeitsmarktes scheint der Strukturwandel entwickelter westlicher Gesellschaften schließlich unweigerlich die Herausbildung einer permanenten Unterklasse zur Folge zu haben. Zu ihr gehören unter anderem die wachsende Zahl der neuen Armen, Asylbewerber, Langzeitarbeitslosen, jugendlichen und ausländischen Arbeitslosen, Obdachlosen, Alkohol- und Drogenabhängigen. Allen diesen Gruppen ist gemein, daß sie über wenig oder kein materielles, kulturelles oder politisches Kapital verfügen, somit vor allem vom privaten, aber immer mehr auch vom kollektiven Konsum ausgeschlossen sind und deshalb für den Rest der Gesellschaft, einschließlich der Parteien und sonstiger Interessenverbände, weitgehend bedeutungslos und überflüssig sind¹⁰.

3. Postindustrielle Moderne und politische Präferenzen

Es ist zu fragen, ob und inwieweit die sozialen Veränderungen, die mit dem Eintritt in die postindustrielle Moderne verbunden sind, Einfluß auf die politischen Präferenzen der Wählerschaft haben. Generell ist zu erwarten, daß vor allem die Dualisierung des Arbeitsmarktes und damit der Arbeitnehmerschaft nicht ohne Folgen auf politische Orientierungen und somit das Wahlverhalten bleibt. So könnte man annehmen, daß Beschäftigte in den technologisch und wirtschaftlich wettbewerbsfähigen Kernsektoren des Produktions- und Dienstleistungssektors eine weitaus positivere Einstellung gegenüber dem freien Markt zeigen als die Belegschaften der gefährdeten Sektoren. Während die ersteren eine marktorientierte Politik bevorzugen dürften, die den einzelnen Unternehmen möglichst freie Hand in bezug auf Investitionen und Lohnverhandlungen läßt, dürften letztere eine staatsinterventionistische und redistributive Politik bevorzugen, die Arbeitsplätze, Lohnniveau und Möglichkeiten der Weiterbildung und Umschulung gewährleistet. Ebenso sollte man annehmen, daß Beschäftigte im öffentlichen Dienst eine redistribu-

8 Vgl. Ursula Feist/Klaus Liepelt, Was die Dynamik des Arbeitsmarktes für das Wählerverhalten bedeutet, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 89.

9 Vgl. Goesta Esping-Andersen, The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton, N. Y. 1990, S. 205 f.

10 Vgl. Ralf Dahrendorf, zitiert bei Barbara Schmitter Heisler, A Comparative Perspective on the Underclass: Questions of Urban Poverty, Race, and Citizenship, in: Theory and Society, 20 (1991) 4, S. 460.

butive, eher den Konsum kollektiver Güter als Investitionen fördernde Politik bevorzugen¹¹.

Eine zweite Quelle politischer Orientierungen, die besonders in postindustriellen Gesellschaften von steigender Bedeutung ist, sind Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte. Dies bezieht sich vor allem auf das Ausmaß der Möglichkeiten individueller Autonomie am Arbeitsplatz, des Spielraums für Eigeninitiative und Kreativität, und der Möglichkeiten der Teilnahme an kommunikativer Interaktion¹². Arbeitsbedingungen und -inhalte hängen wiederum vom Bildungsstand der Beschäftigten und vom Arbeitsgegenstand ab. Tätigkeiten, die für persönliche Interaktion mit Mitarbeitern und/oder Klienten offen sind oder sie gar voraussetzen (z. B. im Bereich der Bildung, Gesundheit, Beratung oder die neuen Professionen wie Tourismus, körperliche Fitness oder Marketing) sind in der Regel kommunikationsintensiver als Tätigkeiten, die Klienten als standardisierte Fälle behandeln (z. B. Finanz, Versicherungen, aber auch viele juristische Tätigkeiten), oder Tätigkeiten, die materielle Gegenstände zum Objekt haben (z. B. Produktion, Forschung und Entwicklung, Design).

Im Gegensatz zu politischen Orientierungen, die in der Segmentierung des Arbeitsmarktes begründet sind, beziehen sich politische Orientierungen, die in Arbeitsinhalten und -bedingungen begründet sind, nicht auf die Frage nach der bestmöglichen und gerechtesten Verteilung von Chancen und Gütern (d. h. auf die klassische Rechts-Links-Achse), sondern auf Partizipationsmöglichkeiten am öffentlichen Leben und an der Politik. Diese wird auf einer neuen politischen Konfliktachse ausgetragen, die auf der einen Seite libertäre Positionen, auf der anderen autoritäre Positionen einschließt¹³. Es ist zu erwarten, daß diejenigen Personen libertär eingestellt sind, die über einen höheren Bildungsgrad verfügen und in Bereichen beschäftigt sind, die kommunikationsintensiv sind und Spielraum für Eigeninitiative, Eigenverantwortung und Kreativität lassen. Das Gegenteil sollte der Fall sein für Beschäftigte mit niedrigem Bildungsgrad und Beschäftigung in kommunikationsarmen Bereichen, die darüber hinaus hierarchisch gegliedert sind.

Eine dritte Quelle politischer Orientierungen in der postindustriellen Moderne sind Konsumformen. Dabei sollte man erwarten, daß diejenigen, die vor allem in private Konsumgüter investieren, eine positivere Einstellung zum freien Markt haben, als diejenigen, die von kollektiven Gütern ab-

hängig sind. William Schneider hat dies kürzlich anhand der politischen Orientierungen von Bewohnern der amerikanischen Vorstädte (suburbs) verdeutlicht. Da amerikanische Vorstädte den Inbegriff des Individualismus und der Isolierung gegenüber einer als gefährlich eingeschätzten Umwelt darstellen, ist es nicht verwunderlich, daß die Mehrheit ihrer Bewohner private Ausgaben (z. B. für Sicherheit, Freizeiteinrichtungen) denen der öffentlichen Hand vorziehen¹⁴.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Eintritt in die postindustrielle Moderne zu tiefgreifenden Veränderungen der sozialen Strukturen wie der politischen Konfliktlinien geführt hat. War die politische Auseinandersetzung der letzten Jahrzehnte vor allem vom Gegensatz zwischen mehr marktorientierten (kapitalistischen) oder mehr staatsinterventionistischen (sozialistischen) Politikansätzen geprägt, so erweitert sich die politische Auseinandersetzung in der postindustriellen Moderne um gegensätzliche Positionen auf der libertär-autoritären Konfliktachse. Dabei lassen sich theoretisch vier Kombinationen bestimmen, die zumindest idealtypisch den jeweiligen Segmenten der sich herausbildenden postindustriellen Sozialstruktur zugeordnet werden können:

1. Linkslibertäres Segment: Hier verbindet sich die Ablehnung marktorientierter Verteilungs- sowie bürokratisch-hierarchischer Entscheidungsmechanismen mit der Forderung nach „partizipativen, dezentralisierten Formen der Entscheidungsfindung, die die Autonomie der Individuen bei kollektiven Entscheidungsprozessen respektieren“¹⁵. Soziologisch ist dieses Segment im Bereich der neuen Dienstleistungsspezialisten in den human- und kulturorientierten Bereichen des öffentlichen Sektors sowie in den von Zuwendungen der öffentlichen Hand abhängigen human- und kulturorientierten Bereichen des Privatsektors beheimatet.

2. Linksautoritäres Segment: Hier verbindet sich die Ablehnung marktorientierter Verteilungsmechanismen mit der Befürwortung zentralisierter, bürokratisch-hierarchischer Entscheidungsmechanismen. Soziologisch ist dieses Segment in den administrativen Bereichen des öffentlichen Dienstes sowie in den gefährdeten Bereichen der Wirtschaft beheimatet.

3. Rechtslibertäres Segment: Hier verbindet sich die Befürwortung marktorientierter Verteilungsmechanismen mit der Ablehnung zentralisierter,

11 Vgl. H. Kitschelt, *Class Structure* (Anm. 7).

12 Vgl. ebd., S. 18f.

13 Vgl. S. Flanagan (Anm. 7); R. Inglehart (Anm. 7), S. 338–339.

14 Vgl. William Schneider, *The Suburban Culture Begins*, in: *The Atlantic*, 270 (1992), S. 33–44.

15 H. Kitschelt, *The Formation of Party Systems* (Anm. 7), S. 13.

bürokratisch-hierarchischer Entscheidungsmechanismen. Soziologisch ist dieses Segment im Bereich der Mehrzahl der neuen Dienstleistungsspezialisten des Privatsektors sowie traditioneller freier Berufe beheimatet.

4. Rechtsautoritäres Segment: Hier verbindet sich die Ablehnung staatsinterventionistischer Verteilungsmechanismen mit der Befürwortung zentralistischer, hierarchisch-autoritärer Entscheidungsmechanismen. Soziologisch ist dieses Segment in der Arbeiterschaft und im Management des wettbewerbsfähigen Sektors der Privatwirtschaft sowie im traditionellen Kleinbürgertum beheimatet.

Natürlich stellt diese Klassifizierung nur eine grobe Annäherung an die komplexe Wirklichkeit postindustrieller Gesellschaften dar. So ist zum Beispiel zu erwarten, daß Beschäftigte in den neuen konsumorientierten Dienstleistungsbetrieben des Privatsektors generell libertärer orientiert sind als Mitglieder traditioneller freier Berufe, die vor allem mit standardisierten Fällen betraut sind. Ähnliches gilt für die anderen Segmente¹⁶.

III. Der Aufstieg neuer Parteien

1. Linkslibertäre Parteien

Welche Auswirkungen hat diese Ausdifferenzierung des Wählermarktes auf die etablierten Parteien? Generell hat die steigende Bedeutung libertärer Einstellungen zu einer Verschiebung der Hauptachse politischer Konflikte geführt. Waren politische Auseinandersetzungen in der Vergangenheit vor allem vom klassischen Verteilungskonflikt geprägt, so verschiebt sich die Hauptkonfliktachse postindustrieller Gesellschaften in Richtung libertär-autoritäre Achse. Damit sind die etablierten Parteien gezwungen, ihre politischen Prioritäten neu zu überdenken und gegebenenfalls neu zu ordnen. Dies verlangt von ihnen, eine Wahl zu treffen. Sie können entweder versuchen, die neuen, aufstrebenden, libertären Dienstleistungsspezialisten für sich zu gewinnen, auf die Gefahr hin, damit Teile ihrer traditionellen, autoritären Klientel zu verprellen. Oder sie halten fest an traditionellen Politikmustern und laufen damit Gefahr, daß neue, aufstrebende Wählersegmente zu politischen Alternativen abdriften. Eine dritte Möglichkeit ist, zwischen verschiedenen Segmenten zu rochieren, d. h. sich auf keine Position permanent festzulegen, auch auf die Gefahr hin, neue

und traditionelle Wählergruppen gleichzeitig zu verspielen.

Am Ende der siebziger Jahre und in den frühen achtziger Jahren standen vor allem sozialistische und sozialdemokratische Parteien vor der Frage, wie sie den Partizipationsforderungen aufsteigender sozialer Gruppen begegnen sollten. Aufkommen und Etablierung grüner und anderer linkslibertärer Parteien in den meisten westeuropäischen Demokratien können als der augenfälligste Beweis für die These gelten, daß die etablierten Parteien bisher keine ausreichende Antwort auf diese Herausforderung gefunden haben.

Trifft diese These zu, so würde man erwarten, daß sich sowohl die Mitgliedschaft als auch Sympathisanten grüner und ähnlicher Parteien zu einem großen Teil aus dem linkslibertären Segment postindustrieller Gesellschaften rekrutieren. Eine Reihe von empirischen Studien haben dies eindrucksvoll belegt (siehe Tabelle 1). Generell unterscheiden sich die Wähler grüner/linkslibertärer Parteien von denen anderer Parteien durch ihr niedrigeres Alter, ihr überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau, und (falls nicht mehr in Ausbildung) ihren überdurchschnittlich hohen Anteil an Beschäftigten im öffentlichen Dienst, und hier wiederum in humanorientierten Bereichen. So ist ein Drittel der Wähler der Schwedischen Grünen im Gesundheits- und Bildungsbereich beschäftigt (14 Prozent mehr als im Durchschnitt der Bevölkerung), dagegen nur knapp ein Zehntel in Berufen der öffentlichen und privaten Verwaltung¹⁷. Da humanorientierte Dienstleistungsberufe zunehmend Frauen Arbeitsplätze bieten, sollte es nicht verwundern, daß linkslibertäre Parteien immer mehr von (vor allem jungen) Frauen gewählt werden. Ein weiterer Grund für diesen Trend dürfte sein, daß Frauen öfter als Männer mit sozialstaatlichen Leistungen in Berührung kommen.

Neben ihrer Wählerstruktur weist die politische Programmatik dieser Parteien auf die Verankerung im linkslibertären Segment hin. Unterteilt man diese Programmatik nach den drei Hauptfragen der Politik (wer ist berechtigt zur Teilnahme an kollektiven Entscheidungen, wie werden Entscheidungen getroffen, wie sollen Ressourcen verteilt werden, um den einzelnen Bürgern die Teilnahme an kollektiven Entscheidungen erst zu er-

¹⁶ Vgl. Hans-Georg Betz, Postmodernism and the New Middle Class, in: *Theory, Culture & Society*, 9 (1992) 2, S. 93-105.

¹⁷ Vgl. Paul Taggart, Green Parties and Populist Parties and the Establishment of New Politics in Sweden, Paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Chicago 1992, S. 22; s. a. Herbert Kitschelt, New Social Movements and the Decline of Party Organization, in: Russell J. Dalton/Manfred Kuechler (Hrsg.), *Challenging the Political Order*, New York 1990, S. 188.

Tabelle 1: Sozialstruktur der Wählerschaft linkslibertärer Parteien (in Prozent)

	GPS	SVP	GRÜNE	MP
<i>Geschlecht</i>				
Frauen	54 (+ 8)*	57 (+ 7)	64 (+11)	69 (+11)
Männer	46 (- 8)	43 (- 7)	36 (-11)	31 (-11)
<i>Alter</i>				
18-30	59 (+23) ^a	36 (+10)	76 (+38) ¹	39 (+15)
31-50	35 (-10) ^b	48 (+ 8)	10 (-18) ²	35 (- 3)
über 50	6 (-13) ^c	16 (-18)	14 (-18) ³	25 (-12)
<i>Schulbildung</i>				
niedrig	13 (0)	14 (-10)	15 (-23)	19 (-21)
mittel	53 (- 9)	54 (- 2)	41 (- 6)	19 (- 5)
hoch	34 (+ 9)	32 (+12)	44 (+29)	63 (+27)
<i>Sektor</i>				
Öffentlicher Dienst			48 (+16)**	59 (+19)
Privatwirtschaft			52 (-16)***	41 (-19)
Angestellte im Öffentlichen Dienst		35 (+14)		
Privatsektor		15 (- 4)		
Angestellte/Beamte				
- mittlere	40 (+ 1)			
- einfache	24 (+11)			

* In Klammern Abweichung vom Bevölkerungsdurchschnitt.

GPS = Schweizer Grüne; SVP = Norwegische Sozialistische Linke; GRÜNE = Deutsche Grüne; MP = Schwedische Grüne.
a = 18-39 Jahre; b = 40-64; c = ab 65. 1 = 15-39; 2 = 40-54; 3 = ab 55.

** = Öffentlicher Dienst insges.; *** = Industrie und Dienstleistungen.

Quellen: Claude Longchamp/Sibylle Hardmeier, Analyse der Nationalratswahlen 1991, Vox Publikation Nr. 43, Adliswil 1992, S. 26; Henry Valen/Bernt Aardal/Gunnar Vogt, Endring of kontinuitet: Stortingsvalget 1989, Oslo 1990, S. 99; Petra Bauer/Hermann Schmitt, Die Republikaner. Eine empirische Analyse von Wählerpotential und Wahlmotiven, Zentrum für Europäische Umfragen und Studien (ZEKS), Universität Mannheim, 1990, S. 19f.; P. Taggart (Anm. 17), S. 12-22.

möglichen¹⁸), so unterscheidet sich die Programmatik linkslibertärer Parteien von der Programmatik der etablierten Parteien vor allem durch ihren radikalen Anspruch auf Inklusivität: Niemand soll nach Möglichkeit ausgeschlossen werden, alle sollen an den gesellschaftlichen Ressourcen partizipieren, gleichgültig ob man sie auch „verdient“.

Dieser radikale inklusive Anspruch spiegelt sich wider im politischen Programm linkslibertärer Parteien, das Fragen des kollektiven Konsums wie der Umweltprogrammatik breiten Raum gewährt. Am eindrucksvollsten kommt er in der Frage der Integration der ausländischen Bevölkerung zum Ausdruck. Linkslibertäre Politik bedeutet nicht nur Eintreten für eine multikulturelle Gesellschaft, in der kulturelle Vielfalt akzeptiert wird und sich entwickeln kann. Es bedeutet auch den Anspruch auf volle wirtschaftliche, soziale, kulturelle und vor allem politische Integration der ausländischen Be-

völkerung. Dies wiederum schließt nicht nur die Gewährung von gleichen Chancen und, falls notwendig, spezielle Förderung (zum Beispiel im Bildungswesen) ein. Sie beinhaltet auch die Gewährleistung des Rechts auf volle und gleichberechtigte Beteiligung am politischen Leben (sprich des Wahlrechts), da „gleiche Rechte nicht von der Nationalität abhängig sind“¹⁹.

Am Beispiel des radikalen Inklusivitätsanspruchs grüner Ausländerpolitik zeigt sich das Dilemma traditioneller sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien sehr deutlich. Denn die Integration der ausländischen Bevölkerung stellt gerade für Beschäftigte im unsicheren Wirtschaftssektor eine potentielle Bedrohung dar. Vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit fühlen sie sich von der (oftmals nur vermeintlichen) Konkurrenz um Arbeitsplätze bedroht und reagieren auf Immi-

¹⁹ Vgl. Die Grünen, Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990, Bonn 1990, S. 38; Agalev, May We Present Agalev, Brüssel 1991, S. 20; Ecolo, Integration: La réponse des écologistes, Brüssel 1991.

¹⁸ Vgl. H. Kitschelt, Formation of Party Systems (Anm. 7), S. 10-14.

Tabelle 2: Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa (in Prozent)

	LN	AP	FN	REP	ND	FP(D)	FP(N)	FPÖ	VB
1980									
1981						8,9	4,5		1,1
1982									
1983									
1984			11,0 ¹			3,6 3,5 ¹			1,3 ¹
1985							3,7		1,4
1986			9,8					9,7	
1987		2,6				4,8			1,9
1988			14,4 ² 9,7			9,0			
1989	1,8 ¹		11,8 ¹	7,1		5,3 ¹	13,0		4,1 ¹
1990				2,1		6,4		16,6	
1991		5,1			6,7				6,6
1992	8,7								

1 = Europawahlen; 2 = Präsidentschaftswahlen.

LN (Lega Nord), Italien; AP (Autopartei), Schweiz; FN (Front National), Frankreich; REP (Republikaner), Deutschland; ND (Ny Demokrati), Schweden; FP(D) (Fremskridtpartiet), Dänemark; FP(N) (Fremskrittspartiet), Norwegen; FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs); VB (Vlaams Blok), Belgien.

Quelle: Offizielle Wahlstatistiken.

granten besonders negativ²⁰. Bewegen sich etablierte linksgerichtete Parteien auf ihre linkslibertären Konkurrenten zu, um sie zu reintegrieren, so laufen sie Gefahr, ihre traditionelle Klientel zu verprellern und an linksautoritäre (sprich orthodox zentralistisch-leninistische) Parteien zu verlieren. Dies dürfte eine Erklärung sein für das relativ gute Abschneiden orthodox kommunistischer Parteien wie der PCF in Frankreich oder der neugegründeten Rifondazione comunista in Italien²¹.

2. Radikal rechtspopulistische Parteien

Waren in der Vergangenheit besonders linksgerichtete Parteien vom Wandel der Konfliktstrukturen betroffen, so kommt zwischen dem Ende der achtziger und dem Anfang der neunziger Jahre vor allem die etablierte Rechte in politischen Zugzwang. Grundsätzlich ist auch diese vor die Entscheidung gestellt, sich entweder den aufsteigenden libertären, marktorientierten Gruppen zu nähern und damit den Verlust traditioneller Wählergruppen (z. B. des Kleinbürgertums) in Kauf zu

nehmen, oder an den traditionellen Wählergruppen festzuhalten und somit die Gefahr hinzunehmen, daß aufsteigende Wählergruppen zu eventuellen neuen Rechtsparteien abwandern.

Das Erstarken radikal rechtspopulistischer Parteien während der letzten Jahre in einer wachsenden Zahl westlicher Demokratien (vgl. Tabelle 2) zeigt, daß die etablierten Rechtsparteien immer weniger in der Lage sind, eine überzeugende Antwort auf dieses Dilemma zu finden. Radikal rechtspopulistische Parteien unterscheiden sich von den etablierten Parteien durch ihre radikale Ablehnung des etablierten soziopolitischen und soziokulturellen Systems, ohne dabei jedoch die Demokratie selbst in Frage zu stellen. Sie sind rechts in ihrer Ablehnung individueller und sozialer Gleichheit und derjenigen politischen Projekte, die die etablierten Parteien zu verwirklichen suchen. Sie sind populistisch in ihrem Anspruch, die Interessen des kleinen Mannes zu vertreten, wobei sie sich auf dessen angeblich vernünftigeren Allgemeinverstand berufen. Die Mehrzahl radikal rechtspopulistischer Parteien ist darüber hinaus dezidiert Vertreter eines wirtschaftlichen Neoliberalismus. Zu ihnen gehören die Dänische und die Norwegische Fortschrittspartei, die Schwedische Neue Demokratie, die Schweizer Autopartei und die Tessiner Lega, die Italienische Lega Nord, die Freiheitliche Partei Österreichs und die Kanadische Reformpartei. Eine Minderheit vertritt eher nationalistisch-korporatistische Modelle. Dies

20 Vgl. Gudmund Hernes/Knud Knudsen, Norwegians' Attitudes Toward New Immigrants, in: Acta Sociologica, 35 (1992) 2, S. 130-132; Marilyn Hoskin, New Immigrants and Democratic Society: Minority Integration in Western Democracies, New York u. a. 1991, S. 104-107.

21 Zur PCF vgl. George Ross, Party Decline and Changing Party Systems: France and the French Communist Party, in: Comparative Politics, 25 (1992) 1, S. 43-61; zur Rifondazione comunista vgl. Stephen Hellman, La difficile nascita del PDS, in: Stephen Hellman/Gianfranco Pasquino (Hrsg.), Politica in Italia, Bologna 1992.

Tabelle 3: Sozialstruktur der Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien (in Prozent)

	AP	FP	REP	ND
<i>Geschlecht</i>				
Frauen	46 (0)*	37 (-13)	39 (-15)	38 (-11)
Männer	54 (0)	63 (+13)	61 (+15)	62 (+11)
<i>Alter</i>				
18-30	46 (+10) ^a	42 (+16)	31 (- 9) ¹	35 (+11)
31-50	42 (- 3) ^b	30 (-10)	35 (+ 7) ²	40 (+ 2)
über 50	12 (- 6) ^c	28 (- 6)	34 (+ 1) ³	26 (-11)
<i>Bildung</i>				
niedrig	12 (- 1)	20 (- 4)	59 (+21)	37 (- 3)
mittel	76 (+14)	68 (+12)	38 (- 9)	35 (+11)
hoch	12 (-13)	12 (- 8)	1 (-14)	28 (- 8)
<i>Sektor</i>				
Öffentlicher Dienst			29 (- 3)*	31 (- 9)
Privatwirtschaft			71 (+ 3)**	69 (+ 9)
<i>Leitende Positionen</i>				
Angestellte/Beamte	36 (+13)			
mittlere	29 (-10)			
einfache	7 (- 6)			
<i>Angestellte</i>				
Öffentlicher Dienst		9 (-12)		
Privatwirtschaft		24 (+ 5)		
Arbeiter	29 (+10)	39 (+ 7)		

* In Klammern Abweichung vom Bevölkerungsdurchschnitt.

AP = Schweizer Autopartei; FP = Norwegische Fortschrittspartei; REP = Deutsche Republikaner; ND = Schwedische Neue Demokratie.

Anmerkungen und Quellen: vgl. Tabelle 1.

trifft zum Teil für den Belgischen Vlaams Blok und die Französische Front National zu, aber auch für die bundesdeutschen Republikaner²².

Die soziale Zusammensetzung ihrer Wählerschaft zeigt, daß vor allem neoliberale rechtspopulistische Parteien mit den etablierten Rechtsparteien um politische Marktanteile konkurrieren. Ihre Wählerschaft rekrutiert sich nicht größtenteils aus marginalisierten sozialen Gruppen, sondern aus den Kernschichten der postindustriellen Moderne. Ein überdurchschnittlicher Anteil ihrer Wähler ist männlich, jung, mit mittleren Schulabschlüssen und im privaten Sektor der Wirtschaft beschäftigt. Einige neoliberale Parteien (Autopartei, Neue Demokratie, Lega Nord) weisen einen großen Anteil an Kleinunternehmern und Personen in leitenden

Positionen unter ihren Wählern auf. Auf der anderen Seite gelingt es ihnen jedoch auch, einen nicht unbeträchtlichen Anteil an Arbeitern für sich zu gewinnen. Dagegen weisen besonders nationalpopulistische Parteien wie die bundesdeutschen Republikaner eine weitaus ältere und weniger gebildete Wählerschaft auf (vgl. Tabelle 3).

Die Zusammensetzung der Wählerschaft radikal rechtspopulistischer Parteien verdeutlicht, daß es diesen Parteien gelungen ist, sowohl in die rechtslibertären als auch in die rechtsautoritären Segmente des politischen Marktes einzubrechen. Welches dieser Segmente dominiert, hängt mit der Reaktion der etablierten Rechtsparteien auf die Umstrukturierung der Konfliktachsen zusammen. Versuchen die etablierten Parteien, die neuen libertären Kerngruppen der Privatwirtschaft für sich zu gewinnen, so laufen sie Gefahr, eher autoritär eingestellte Wählergruppen zu verlieren. Der Grund dafür ist, daß kapitalistische Modernisierung immer auch die Schwächung, wenn nicht den Verlust traditioneller Institutionen und Werte bedeutet, für deren Kompensation traditionelle

22 Zur Wahlentwicklung und Programmatik dieser Parteien vgl. Hans-Georg Betz, Aufstand auf der Wohlfahrtsinsel: Der Aufstieg des radikalen Rechtspopulismus in Westeuropa, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 39 (1992) 7, S. 633-639; ders., The New Politics of Resentment: Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe, in: Comparative Politics, i. E. 1993.

rechtsgerichtete Parteien anscheinend wenig zu bieten haben. Das Ergebnis bedeutet einen Freiraum für autoritären Rechtspopulismus, wie ihn zum Beispiel die bundesdeutschen Republikaner repräsentieren. Seine Kernpunkte sind restriktiver Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, strikte Ablehnung der Abtreibung sowie ein dezidiertes Eintreten für Gesetz und Ordnung als Kompensation für verlorene Sicherheit. Dagegen spielen marktorientierte Punkte, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle.

Gelingt es den etablierten Parteien dagegen nicht, rasch auf den Wandel der Konfliktstrukturen zu reagieren, oder verharren sie in einer konservativen Defensivstellung, so öffnet sich radikal rechtspopulistischen Parteien die Chance der direkten Herausforderung, indem sie beide, rechtslibertäre und rechtsautoritäre Positionen gleichzeitig besetzen. Dies ist zum Beispiel in Österreich und vor allem in Norditalien der Fall, wo FPÖ und Lega Nord mit einer Mischung aus Neoliberalismus und Fremdenfeindlichkeit zu ernsthaften Konkurrenten der ÖVP und der Democrazia Cristiana geworden sind. Sie könnten somit durchaus in der Lage sein, die etablierten Rechtsparteien zu verdrängen und, zumindest partiell, zu ersetzen²³. Dabei dürfte ihr neoliberales Programm vor allem aufstiegsorientierte Gruppen in der Privatwirtschaft anziehen, während ihr ausländerfeindliches Programm (das im Falle der Lega Nord auch auf weitverbreitete Ressentiments gegenüber den Südtalienern abstellt) vor allem darauf abzielt, Arbeitergruppen für sich einzunehmen²⁴. Es ist deshalb kaum verwunderlich, daß neoliberale Parteien generell eine weniger eindeutige Position zu den Themen Abtreibungsrecht oder Gesetz und Ordnung einnehmen als nationalpopulistische Parteien. Dagegen kompensieren sie eventuelle Modernisierungsängste eines Teils ihrer Klientel zumindest teilweise mit einem Rekurs auf (nationale oder regionale) Identität und Ausländerfeindlichkeit.

Am Beispiel der französischen Front National läßt sich nachzeichnen, daß auch radikal rechtspopulistische Parteien keineswegs eine statische Position im politischen Markt einnehmen. So war die Front National am Anfang der achtziger Jahre durchaus neoliberalen Positionen zugänglich, vor allem des-

halb, weil sich ihre Wählerbasis zu dieser Zeit sehr stark auf Kleinunternehmer und Angestellte konzentrierte. Jedoch spätestens seit Jean-Marie Le Pens Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen 1988 veränderte sich die Struktur der Wählerschaft zugunsten der Arbeiterschaft²⁵. Zur selben Zeit nahmen Le Pens ausländerfeindliche und rassistische Ausfälle zu, bis sich die Partei zu Beginn der neunziger Jahre immer mehr vom neoliberalen Programm verabschiedete und korporatistische Positionen aufnahm²⁶. Ähnliche Wandlungsprozesse, jedoch unter umgekehrten Vorzeichen, hat die Lega Nord durchlaufen. Dominierten am Anfang noch ausländerfeindliche Positionen, so sind diese während der letzten beiden Jahre immer mehr libertären Positionen gewichen²⁷. Das dürfte auch damit zusammenhängen, daß die Lega Nord immer stärker Zuspruch bei den rechtslibertären Aufsteigern der wirtschaftlichen Leistungszentren Norditaliens findet.

IV. Politikvermittlung in der postindustriellen Moderne

Die Erfolge sowohl linkslibertärer als auch radikal rechtspopulistischer Parteien sind vielleicht der eindeutigste Beweis für die These, daß die Parteiensysteme moderner westlicher Demokratien gegenwärtig einen grundlegenden Wandlungsprozeß durchlaufen. Dieser Prozeß ist Ausfluß weitreichender sozialer Veränderungen, die eng mit dem Eintritt in die postindustrielle Moderne verbunden sind. Doch wäre es verkürzt, die daraus folgenden politischen Turbulenzen, die das gegenwärtige Bild westlicher Demokratien bestimmen, allein mit dem Aufbrechen traditioneller Konfliktlinien zu begründen. Die Erfolge linkslibertärer und radikal rechtspopulistischer Parteien sind zumindest zum Teil Ausdruck einer Infragestellung traditioneller elitendominierter Politikvermittlung.

Der amerikanische Kommunikationsspezialist Rosen hat diese Infragestellung als Ergebnis eines Wandels von „selling“ zu „marketing“ von Politik beschrieben²⁸. Selling von Politik heißt, die Wäh-

23 Vgl. Dwayne Woods, *The Center No Longer Holds: The Rise of Regional Leagues in Italian Politics*, in: *West European Politics*, 15 (1992) 2, S. 56–76; Fritz Plasser/Peter A. Ulram, *Überdehnung, Erosion und rechtspopulistische Reaktion*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, (1992) 2, 147–164.

24 Vgl. Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Alfred Graushuber, *The Decline of „Lager Mentality“ and the New Model of Electoral Competition in Austria*, in: *West European Politics*, 15 (1992) 1, S. 40f.

25 Vgl. Pascal Perrineau, *Le Front national d'une élection à l'autre*, in: *Regards sur l'actualité*, 161 (1990), S. 17–32; Nonna Mayer, *Le Front National*, in: *Bilan: Politique de la France*, Paris 1991, S. 115f.

26 Vgl. Jean-François Kahn, *A propos du Front national: Des vérités qui font mal*, in: *L'Événement du jeudi* vom 18. März 1992, S. 38–44.

27 Vgl. das Interview mit Umberto Bossi in *Oggi* vom 21. Dezember 1992, S. 66–71.

28 Vgl. Jay Rosen, *The Return of the Expressed*, in: *Boston Review*, 17 (1992) 1, S. 14–15.

ler von der Richtigkeit bereits vorgefaßter Programme zu überzeugen, auf die die Wähler wenig Einfluß haben. Marketing heißt dagegen, bereits in der Bevölkerung vorherrschende Stimmungen und Ansichten abzurufen, zu kanalisieren, zu konkretisieren und in griffige Schlagworte und programmatische Fragmente umzusetzen. „Alte Politik“ war hauptsächlich von einer Strategie des selling von Politik bestimmt, „neue Politik“ ist dagegen marketingorientiert. Der amerikanische Präsidentschaftskandidat Ross Perot verdankte seinen Erfolg zum großen Teil dieser Strategie einer konsumentenbewußten Politikvermittlung. Diese setzte er ganz bewußt ein, wie ein von ihm verfaßter Artikel in der New York Times beweist. In ihm führt er aus, wie Sam Walton einer der reichsten Männer Amerikas wurde, indem er den Kunden zuhörte und schnell deren Wünsche befriedigte. Und weiter: „Leider haben die Parteien den Kontakt mit dem amerikanischen Volk verloren. Keine von ihnen hat einen Sam Walton.“²⁹

Gerade rechtspopulistische Parteien repräsentieren diesen neuen Stil der Politikvermittlung, indem sie den Wählern den Eindruck zu vermitteln suchen, die Vorstellungen der Durchschnittsbürger nicht nur zu verstehen, sondern auch ernst zu nehmen und sozusagen nur als Transmissionsriemen ihrer Nöte, Werte und Interessen zu fungieren. Dabei wehren sie sich einerseits gegen den Vorwurf des Populismus, auf der anderen Seite berufen sie sich auf ihn. So Jörg Haider, wenn er sagt: „So gesehen sind wir populistisch, weil wir mit dem Kopf der Bürger denken, weil wir um die Zustimmung der Bürger kämpfen, weil wir uns nicht wie die Altparteien auf Macht und Anpassungsdruck verlassen, der den Bürger gefügig machen soll. Wir sprechen Dinge an, für die es dem Bürger oft an Zivilcourage mangelt, seine Meinung offen und ehrlich herauszusagen.“³⁰ So gesehen könnte der Aufstieg des radikalen Rechtspopulismus durchaus als ein Ergebnis jener Partizipationsrevolution interpretiert werden, die auch den Aufstieg linkslibertärer Parteien erst ermöglichte.

Gerade neoliberale Parteien wie die Lega Nord oder die Autopartei verdanken einen Großteil ihres Erfolgs nicht nur einer allgemeinen Parteienverdrossenheit, sondern auch der zunehmenden Bereitschaft von Bürgern, eigenständige politische Unternehmer zu werden nach dem Motto „Wählen wir uns doch selbst“. Es ist deshalb kaum verwunderlich, daß sich ein beträchtlicher Teil der ge-

wählten Vertreter dieser Parteien aus denjenigen Gruppen rekrutieren, deren politische Orientierungen und Interessen sie repräsentieren³¹. Das sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß – im Unterschied zu linkslibertären Parteien – radikal rechtspopulistische Parteien in ihrer Organisation generell hierarchisch und autoritär geführt sind, so daß der Anspruch der Partizipation und Bürgernähe mehr Schein als Wirklichkeit ist, was durchaus den autoritären Einstellungen zumindest eines Teils ihrer Klientel entsprechen mag.

V. Krise der Parteien – Krise der Demokratie?

Die vorausgegangenen Überlegungen stellen einen Versuch dar, die gegenwärtige Diskussion zum Thema Parteienkrise in einen theoretisch weitläufigeren Kontext zu stellen. Aus dieser Sicht zeigt sich die Krise der Parteien vor allem als eine Krise der etablierten Parteien, die zum Großteil den Anforderungen eines sich grundlegend verändernden politischen Marktes (noch) nicht gewachsen sind. Die Veränderungen sind das Ergebnis einer Ausdifferenzierung der Sozialstruktur moderner postindustrieller Gesellschaften, aber auch der neuen Formen der Politikvermittlung im Zeitalter mediendominierter Öffentlichkeit. Die Veränderungen der Sozialstruktur wiederum haben zu einem tiefgreifenden Wandel der Konfliktstrukturen geführt, der die etablierten Parteien vor die anscheinend unlösbare Aufgabe stellt, neue Wählergruppen anzusprechen ohne gleichzeitig traditionelle Wählergruppen zu verlieren. Nutznießer dieses Dilemmas sind linkslibertäre und radikal rechtspopulistische Parteien.

Es wäre aber eine Vereinfachung, diese Parteien als einen Ausdruck des Wählerprotests und der Parteienverdrossenheit abzutun. Beide Parteytypen repräsentieren die Wertorientierungen und Interessen klar umrissener gesellschaftlicher Gruppen, die zum Kern der postindustriellen Moderne gehören. Mögen sich auch einige dieser Gruppen durch den raschen Wandel moderner hochentwickelter Gesellschaften bedroht fühlen, so gehören sie doch größtenteils nicht zu der wachsenden marginalisierten Unterklasse. Die Unterklasse dürfte eher Teil jenes Anteils der Bevölkerung sein, der sich weitgehend aus der Beteiligung am öffentlichen Leben zurückgezogen hat.

29 Ross Perot, „How Stupid Do They Think We Are?“, in: New York Times vom 30. August 1992, S. 15.

30 Wiener Erklärung zur Situation von Staat und Gesellschaft am Vorabend der Beitrittsentscheidung über ein gemeinsames Europa, Wien 1992, S. 6.

31 Im Falle der Lega Nord sind dies vor allem junge (bis 30 Jahre) Kleinunternehmer im produzierenden Gewerbe und Handel und Arbeiter; vgl. Valerio Belotti, La rappresentanza politica locale delle leghe, in: Polis, 6 (1992) 2, S. 281–290.

Dagegen ist es durchaus möglich, daß linkslibertäre und radikal rechtspopulistische Parteien Wähler mobilisieren, die entweder aus Enttäuschung über die etablierten Parteien in der Vergangenheit nicht mehr an Wahlen teilnahmen oder als Erstwähler nicht teilnehmen würden³². Damit leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung und institutionellen Konsolidierung der Demokratie, wenn auch einige der politischen Ziele und Vorstellungen radikal rechtspopulistischer Parteien (vor allem hinsichtlich rassistischer Positionen) kaum mit der offenen politischen Kul-

32 So erhöhte sich in Mailand die Wahlbeteiligung zwischen 1990 und 1992 von 80,5 auf 84,6 Prozent, was zum Teil auf den Aufstieg der Lega Nord zurückgeführt werden kann; vgl. Corriere della sera, 7. Dezember 1992, S. 2.

tur einer pluralistischen westlichen Demokratie vereinbar sind. Dies zu überprüfen und gegebenenfalls Maßnahmen gegen diese Tendenzen zu ergreifen, ist sicherlich (auch in Anbetracht der wachsenden Ausländerfeindlichkeit in ganz Europa) dringend geboten. Dagegen sollte man sich hüten, alle rechtspopulistischen Parteien und ihre Wähler zu marginalisieren. Nur wer Demokratie mit der Permanenz einer bestimmten Parteienstruktur gleichsetzt, wird in den gegenwärtigen Veränderungen eine Krise der Demokratie ausmachen. Unter den gegebenen gesellschaftlichen und kulturellen Umständen ist es kaum zu erwarten, daß die etablierten Parteien in absehbarer Zeit wieder an jene Zeiten anknüpfen können, in denen sie den politischen Markt fast ausschließlich monopolisierten.

Ist die Kritik an den politischen Parteien berechtigt?

I. Antworten auf die Kritik des Bundespräsidenten

Die aktuelle Kritik an den politischen Parteien kommt von ganz unten und von ganz oben zugleich. Eine Fülle von Umfrageergebnissen, die abnehmende Beteiligung der Bürger an Parlamentswahlen und die schwindenden Stimmenanteile der beiden großen Parteien, die die Hauptverantwortung in Deutschland tragen, signalisieren eine verbreitete Unzufriedenheit mit den Parteien, die weit über die üblichen Parteienressentiments hinausgeht.

Diese Unzufriedenheit hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einem im Juni 1992 erschienenen und in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vorveröffentlichten „Gesprächsbuch“ in Worte gefaßt und damit, wie etwa die Heidelberger Rhein-Neckar-Zeitung schrieb, „Millionen Bürgern aus dem Herzen“ gesprochen. Nicht so allerdings vielen betroffenen Politikern. Ihre vorherrschende Reaktion war Unverständnis und Zurückweisung. Überwiegend werteten sie die Kritik als „undifferenzierte Parteienschelte“ ab und beantworteten sie mit Gegenattacken, warfen dem Bundespräsidenten „Haschen nach billiger Popularität“ (so der Chefredakteur des „Bayern-Kurier“ Scharnagl, ähnlich auch Kohl und Klose) und „Maßlosigkeit“ (Rau) vor. Die Parteien benötigten in ihrer derzeit schwierigen Lage „eher eine Ermutigung“ (Rau, Schäuble). Weizsäcker ignorierte das Engagement der vielen Bürger, die ehrenamtliche Aufgaben auf Ortsebene vornehmen (Kohl). Zugleich bestehe die Gefahr des Beifalls von der falschen Seite. Schönhuber müsse sich vor Freude über Weizäckers Worte auf die Schenkel geklopft haben, schrieb Norbert Blüm. Parteienkritik sei im übrigen auch in anderen Ländern zu beobachten, etwa in Italien und Frankreich. Mancher wollte in der Kritik Weizäckers gar nur eine persönliche Abrechnung mit Helmut Kohl sehen, besonders in Weizäckers zugespitztem Satz „Bei uns ist ein Berufspolitiker im allgemeinen weder ein Fachmann noch ein Dilettant, sondern ein Generalist mit Spe-

zialwissen, wie man politische Gegner bekämpft.“ (So der „Spiegel“ in einer Titelgeschichte mit der Überschrift „Der Ab-Kanzler“). Im übrigen sei die Kritik nicht neu (Blüm), und Weizäckers „therapeutische Schlußfolgerungen“ seien „ausgesprochen dünn“ (Schäuble).

Immerhin gab es auch Zustimmung oder zumindest argumentative Offenheit, etwa bei Glotz, Diestel, Geissler, Biedenkopf, Däubler-Gmelin und Lüder; auch Hans-Jochen Vogel warnte vor einer vorschnellen Verurteilung der Kritik; selbst Kohl und Schäuble räumten, obwohl sie die Kritik zurückwiesen, Mißstände „in allen Parteien“ ein, „auch ‚Filz‘, ‚Verbonzung‘ und so manche Verkrustung“ (Kohl); die Parteien sollten sich „etwas zurücknehmen“ und „auf die wichtigsten Dinge“ beschränken (Schäuble).

Eines hat die bemerkenswerte Initiative des Bundespräsidenten jedenfalls bewirkt: Sie hat das Thema „politische Parteien“, von deren Funktionsgerechtigkeit unser aller Wohl und Wehe abhängt, dahin gerückt, wohin es gehört – von einem bisherigen Randthema in den Mittelpunkt der innenpolitischen Diskussion.

Nun bin ich nicht so vermessen, hier eine Patentlösung für alle Probleme offerieren zu wollen. Ich möchte aber zweierlei versuchen: einige praktische Fälle nennen, über die ich gearbeitet habe, und ein Konzept im Ansatz skizzieren, das die scheinbar auseinanderlaufenden Teilprobleme zusammenhält. Bei allem geht es selbstverständlich nicht um die Abschaffung der Parteien, die im bundesrepublikanischen System unverzichtbar sind, sondern um die Diagnose von Mängeln und mögliche Verbesserungen.

II. Vier Kritikpunkte

Die Kritik an den politischen Parteien läßt sich auf vier Hauptpunkte zurückführen:

1. Das Volk komme nicht zu Wort, sondern werde durch die politischen Parteien ersetzt, die aber ihrerseits ihrer Funktion als Sprachrohr des Volkes nicht gerecht würden. Frage also: „Entmündigen die Parteien das Volk?“

Der Beitrag ist das überarbeitete Manuskript eines Vortrages, den der Verfasser am 10. Dezember 1992 in der Carl Friedrich von Siemens-Stiftung in München hielt.

2. Die Parteien versagten vor der Lösung dringender Gemeinschaftsaufgaben. Frage also: „Haben die Parteien ein Defizit an Problemlösungskompetenz oder besteht gar parteilich bedingtes „Staatsversagen“?“
3. Die Parteien höhnten den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gewaltenteilung aus; das habe schädliche Rückwirkungen auf die Funktionsfähigkeit des ganzen Systems. Frage also: „Stellen sich die Parteien als Monopolmächte dar?“
4. In den Parteien dominiere das Eigeninteresse an Macht, Posten und Geld. Frage also: „Beuten die Parteien den Staat aus?“

Ich möchte im folgenden die vier Kritikpunkte überprüfen und dabei zeigen, daß sie letztlich alle zusammenhängen und sich in der staatlichen Politikfinanzierung besonders zuspitzen.

1. Demokratie ohne Volk?

Die Zurückdrängung des Volkes ist besonders ausgeprägt auf der besonders wichtigen Bundesebene. Volksabstimmungen sind hier nicht vorgesehen – im Unterschied zu den meisten Bundesländern, wo Volksbegehren und Volksentscheid möglich sind, im Unterschied auch zu den Gemeinden in manchen Bundesländern, wo Bürgerentscheide angestrengt werden können.

Selbst bei der Wahl der Abgeordneten für den Bundestag entscheidet der Wähler nicht mehr über Kandidaten, sondern nur noch über die Größe der verschiedenen Fraktionen und damit nur noch über die Herrschaftsanteile der Parteien. Wer von seiner Partei auf einen „sicheren“ Listenplatz oder in einem „sicheren“ Wahlkreis nominiert worden ist, dem kann der Wähler nichts mehr anhaben. Selbst wer im Wahlkreis nicht die Mehrheit der Bürger erlangt, ist auf der Landesliste oft abgesichert und kommt auf diesem Weg doch noch ins Parlament. Der Wähler wird also selbst bei Ausübung seines demokratischen Königsrechts von den Parteien bevormundet, und zwar weitaus mehr, als nach den Gegebenheiten der Massendemokratie unvermeidlich wäre: Einfluß auf die *Auswahl* der Volksvertreter – etwa durch Häufeln der Stimmen auf bestimmte Kandidaten oder durch Ankreuzen von Kandidaten verschiedener Listen – hat der Wähler selbst bei Kommunalwahlen nur in wenigen Bundesländern. Die Wahl des Bürgermeisters direkt durch das Volk gibt es bisher nur in Süddeutschland, und dies nicht etwa, weil die Volkswahl Demagogen und Kandidaten minderer Qualität ins Amt brächte. Wie die baden-württembergischen Erfahrungen zeigen, ist in Wahrheit das Gegenteil der Fall. Der hohe Status des Amtes zieht die besten Bewerber an, und das

Volk hat ein Gespür für Qualität: Gewählt wird regelmäßig eine geglückte Mischung aus Verwaltungserfahrung und politischer Ausstrahlung.

Auf der Ebene der *Verfassungsgebung* des Bundes ist das demokratische Defizit fast noch größer. Die Verfassung als normative Grundlage des Staates erhält in der Demokratie ihre Legitimation im allgemeinen dadurch, daß das Volk zunächst eine „verfassungsgebende Versammlung“ wählt und später über deren Verfassungsentwurf durch Volksabstimmung entscheidet. So sind die 1946 und 1947 erlassenen Verfassungen der Länder der späteren Bundesrepublik regelmäßig von Versammlungen beschlossen worden, die zu diesem Zweck direkt vom Volk gewählt worden waren, und vor ihrem Inkrafttreten wurden sie Volksabstimmungen unterzogen.

Demgegenüber war der Parlamentarische Rat, der das Grundgesetz 1948/49 unter erheblicher Einflußnahme der westlichen Besatzungsmächte ausarbeitete, weder direkt vom Volk gewählt worden, noch wurde das Grundgesetz einer Volksabstimmung unterworfen. Die These, dieses demokratische Legitimationsdefizit sei später durch die hohe Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen geheilt worden, entspringt einer etwas fraglichen Logik. Bei den Bundestagswahlen steht die Entscheidung zwischen bestimmten Parteien, nicht aber für oder gegen das Grundgesetz zur Debatte.

Auch der – jetzt ganz aktuell – in der Bundesrepublik eingesetzte 64köpfige „Verfassungsausschuß“, der Vorschläge für eventuelle Änderungen des Grundgesetzes machen soll, ist nicht etwa vom Volk für diese Aufgabe eingesetzt, sondern je zur Hälfte vom Bundestag und Bundesrat gewählt. Das wirft seine Schatten voraus – gerade wenn es um die Begrenzung der Macht der Parteien und der „politischen Klasse“ geht. Denn der Verfassungsausschuß ist voll von ihnen. Mögen auch viele nachdenkliche, problembewußte und reformbereite Männer und Frauen darunter sein – die Begrenzung der politischen Klasse durch sich selbst gerät doch leicht zum Münchhausen-Problem: sich am eigenen Schopf aus dem Sumpfe zu ziehen.

Der große amerikanische Verfassungsphilosoph John Rawls betont, Verfassungsfragen – also Fragen der Grundordnung unserer staatlichen Gemeinschaft – sollten Leute beraten und entscheiden, die unter dem Schleier des Nichtwissens der Konsequenzen ihrer Entscheidungen für die eigenen persönlichen Interessen ständen. Anders ausgedrückt: Wer Verfassungsfragen berät, muß unbefangen sein. Gerade daran fehlt es aber, wenn die politische Klasse im Verfassungsausschuß über ihre eigene verfassungsrechtliche Begrenzung befinden soll und das Volk völlig draußen vor bleibt.

„Das Volk ist frei geboren, ist frei und liegt doch überall in Ketten.“ Dieses Wort Rousseaus, mit dem er 1762 sein berühmtes Buch „Contrat social“ einleitete, stand an der Wiege der demokratischen Revolution gegen die absolute Monarchie. Heute sind die „Ketten“ raffinierter, zumal sie dem Volk von Organisationen angelegt sind, die erst das Aufkommen der sozialen Demokratie ermöglicht haben und die natürlich niemand beseitigen will. In Anlehnung an das berühmte Wort von Abbé Siéyès könnte man fragen: Was ist das Volk? Alles! Was hat es zu sagen? Nichts!

In Deutschland scheinen bei der Zurückdrängung des Volkes überkommene obrigkeitstaatliche Denkweisen, die dem beschränkten bürgerlichen Untertanenverstand nichts zutrauen, mit dem Allmachtinteresse der Führungsgruppen der Parteien eine unheilige Allianz eingegangen zu sein. Die Folgen sind Bürgerferne der Parteien und Parteienverdrossenheit der Bürger.

Es gibt gute Gründe, die Diskussion um mehr direkten Einfluß des Volkes heute erneut aufzugreifen: Der extrem antiplebiszitäre Affekt des bundesrepublikanischen Staatsrechts war durch eine Überreaktion auf Weimar geprägt. Neue Untersuchungen zeigen, daß die damaligen Erfahrungen – entgegen verbreiteten Behauptungen – durchaus nicht negativ waren. Die Väter des Grundgesetzes sind einem historischen Mißverständnis aufgesessen. Jüngste deutsche Erfahrungen sind gleichfalls ermutigend. Die friedliche Revolution in der DDR, diese historische Tat der Befreiung von einem diktatorischen Regime, war ein direkter Akt des Volkes und hat dieser Äußerungsform einen starken Schub an Legitimation vermittelt. Damit stellt sich heute die Frage um so dringender: Soll der Bürger eines einheitlichen Deutschlands auch in Zukunft so weit entmündigt werden, wie dies in der Bundesrepublik bisher der Fall war?

2. Problemlösungsdefizit

Der extremen Zurückdrängung des Volkes, die weit über die Erfordernisse der Massendemokratie hinausgeht, entspricht das Hervortreten und Sichimmer-breiter-Machen der politischen Parteien. Diese Verkehrung ließe sich allenfalls rechtfertigen, wenn sie im Interesse einer möglichst hohen Qualität des politischen Personals und zur Sicherung der nötigen Entscheidungsfähigkeit unseres politischen Systems unerlässlich wäre. Genau diese höhere Qualität der parteilichen Willensbildung wird aber immer mehr in Frage gestellt. Unser Parteistaat wird an diesem – für den Repräsentationsgedanken lebenswichtigen – Nerv immer skeptischer beurteilt.

Die *Personalrekrutierung* durch die Parteien ist eine zentrale Zielscheibe der Kritik. Die Kernthese des im vorigen Jahr erschienenen Buches von Erwin und Ute Scheuch mit dem Titel „Cliques, Klüngel und Karrieren“ geht geradezu dahin, daß in den Parteien kleine Cliques klüngeln und Weichen für politische Karrieren stellen, wobei die sachliche und persönliche Qualität der Kandidaten durchaus nicht das Hauptkriterium sein müsse. Hier zeigt sich übrigens: Auch innerhalb einer Partei muß unterschieden werden, zumindest zwischen politischen Führungskräften („politische Klasse“) und der Masse der Parteimitglieder. Das entschärft die Problematik allerdings nicht. Der Allmacht der Führungsgruppen stände dann nicht nur die Ohnmacht des Volkes, sondern auch die der Masse der Parteimitglieder gegenüber.

Die Frage der Qualität des Personals scheint mir auch der eigentliche Grund zu sein, warum die Bezahlung der Politiker in der Öffentlichkeit ein solch gewichtiges Thema darstellt. Es ist weniger die Höhe ihrer Bezüge, als vielmehr das Mißverhältnis zu ihren Leistungen, das auf Kritik stößt. Am Beispiel der Parlamentarischen Staatssekretäre in Bonn wird das deutlich. Sie haben praktisch kaum Aufgaben; die ganze Institution dient der Regierung vornehmlich als Instrument der Disziplinierung ihrer Bundestagsfraktionen, deren Mitglieder durch Aussicht auf einen solchen Posten bei Laune gehalten werden sollen. Das Volk hat ein recht gesundes Urteil darüber, daß diese Amtsinhaber überwiegend nicht wirklich verdienen, was sie verdienen.

Auch hinsichtlich der *sachlichen* Entscheidungskompetenz der Parteien hat die Skepsis in letzter Zeit sprunghaft zugenommen. Das Asyl-Problem, die Finanzierung der deutschen Einheit und der Vertrag von Maastricht scheinen seit kurzem geradezu zu Symbolen für die eingeschränkte Handlungskompetenz der Parteipolitik trotz größter sachlicher Herausforderungen geworden zu sein.

Ein anderes Beispiel ist der Kampf um die Volkswahl der Bürgermeister auch in Gemeinden außerhalb Süddeutschlands. Sie würde beides zugleich ermöglichen: den Einfluß der Bürger vergrößern und die Chance für inhaltlich stimmige Politik verbessern, also ein Mehr an Entscheidung *durch* und *für* das Volk versprechen. Dieses Beispiel ist lehrreich, weil es nicht nur zeigt, wie Parteien notwendige Entscheidungen blockieren, sondern auch, wie solche Blockaden überwunden werden können.

In Nordrhein-Westfalen hat vor einem Jahr ein Parteitag der dortigen Regierungspartei die von allen Sachkennern und auch von der Regierung selbst dringend befürwortete Refom der Kommu-

nalverfassung abgeschmettert, und die Landesregierung hat sich dem widerspruchslos gefügt. Hinter dem Nein des Parteitages standen Vorbehalte gegen eine Zusammenlegung der kommunalen Spitze und gegen ihre Wahl direkt durch das Volk, was beides den Einfluß vor allem der mächtigen städtischen Fraktionsvorsitzenden zurückgedrängt hätte. Gerade von diesen wirkten aber viele als Delegierte an dem unseligen Parteitagsbeschuß mit. Hier zeigen sich Machtversessenheit bei gleichzeitiger Machtvergessenheit der politischen Klasse in geradezu klinischer Reinheit. Natürlich gibt es auch viele andere Barrieren für politische Entscheidungen: rechtliche (wie z.B. die zunehmenden Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft oder das Mitspracherecht anderer Gremien) und faktische (wie den Druck der mächtigen Partikularinteressen und Medien). Darauf berufen sich die Parteien und Politiker teilweise zu Recht, um ihre eingeschränkte Problemlösungskompetenz zu erklären. Um so wichtiger war es, mit dem vorstehenden Fall ein Beispiel herauszupräparieren, wo keinerlei äußere Barrieren bestanden und trotzdem die nordrhein-westfälische Regierungspartei unfähig war, eine vernünftige Entscheidung zu treffen.

Das Beispiel der Direktwahl von Bürgermeistern zeigt aber auch, wie eigensüchtige Blockaden aufgebrochen werden können, und zwar in Hessen. Am 20. Januar 1991 wurde durch Volksentscheid die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte in die hessische Verfassung geschrieben – mit einer Mehrheit von über 80 Prozent. Kaum jemand scheint bisher dieses direktdemokratische Signal bemerkt zu haben. Ähnlich könnte auch die Blockade in Nordrhein-Westfalen aufgebrochen werden, wenn auch die Zahl der für ein Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen erforderlichen Unterschriften mit 20 Prozent der Stimmberechtigten sehr hoch ist. Die CDU Nordrhein-Westfalens hatte eine solche Initiative ursprünglich vor. Doch scheint sich jetzt herauszustellen, daß sie ähnliche parteiinterne Probleme mit dem Thema hat wie die SPD.

3. Unterlaufen der Gewaltenteilung und Ausbeutung der öffentlichen Institutionen

Der dritte große Strukturmangel unseres Parteienstaates besteht in der Auflösung der Gewaltenteilung. Die Gewalten und Institutionen, die sich nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung gegenseitig in Schach halten und zu ausgewogenen Entscheidungen auspendeln sollen, werden zunehmend gleichgeschaltet und paralysiert. Hier muß man allerdings differenzieren. Der Parteienwettbewerb als zentrales politisches Steuerungsmittel der parlamentarischen Demokratie hat notwendig

Auswirkungen auf Parlament und Regierung. Da Parteienpolitik praktisch durch Regierung und Parlament umgesetzt wird, kann der Wähler nur dann auswählen, wenn die Aktivitäten jeweils bestimmten Parteien zuzurechnen sind; das setzt eine Strukturierung des Parlaments in Regierungs- und Oppositionsfractionen voraus. So wird der klassische Gegensatz zwischen Regierung und Parlament immer mehr überlagert vom Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. Dieser Verfassungswandel und der damit einhergehende Einfluß der Parteien auf Parlament und Regierung erscheint grundsätzlich systemkonform und wird durch Art. 21 GG, durch die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie, wie sie in Art. 68 GG zum Ausdruck kommen, und die Zulassung des Verhältniswahlrechts durch Art. 38 GG legitimiert.

Die Parteien bleiben dabei aber nicht stehen, sondern suchen auch die Verwaltung, die Rundfunkanstalten, die Rechtsprechung, die Wissenschaft und andere vom Grundgesetz als parteifrei konzipierte Einrichtungen mit ihren Leuten zu besetzen; dies mit unterschiedlichem Erfolg zwar – es gelingt ihnen zum Glück noch nicht immer und überall – aber leider immer öfter. In diesem Punkt ist die Kritik voll berechtigt. Derartige Ämterpatronage zur Erhöhung des Einflusses und zur Versorgung, die der Parteizugehörigkeit der Bewerber Einfluß auf die Stellenbesetzung gibt, ist nicht nur verfassungswidrig, weil sie gegen Art. 3 III, 33 II und V GG verstößt, sie ist auch ein schleichendes Gift im demokratischen Rechtsstaat, dessen Schädlichkeit auf Dauer gar nicht überschätzt werden kann.

In welche Verstrickungen die Verwaltung geraten kann, wenn die Loyalität zu einer Partei in Konkurrenz tritt zur Loyalität zu Gemeinwohl und Recht, haben der Fall Uwe Barschel und die Parteispendenaffäre einer breiteren Öffentlichkeit deutlich gemacht. Die Verkehrung kann so weit gehen, daß diejenigen, die die Bindung der Verwaltung an Gemeinwohl und Recht auch dann ernst nehmen, wenn Parteiinteressen entgegenstehen, zu unliebsamen Außenseitern werden. Ein Beispiel war der Leiter der Bonner Steuerfahndung Klaus Förster, der durch Zufall einen Zipfel der Parteispendenaffäre zu fassen bekam, dann nicht mehr losließ und so die Lawine des Flick-Skandals auslöste, dafür aber in seinem Amt nicht etwa Anerkennung und Unterstützung, sondern unverhohlene Zurücksetzung erntete, so daß er schließlich seinen Dienst quittierte.

Die Ausbeutung der staatlichen Gemeinschaft durch Parteipatronage war nach frühen kritischen Beiträgen Theodor Eschenburgs in späteren Jahren weitgehend tabuisiert. Bezeichnend ist, daß

sich weder im Bericht der Studienkommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechts von 1973, noch in den Referaten von Walter Rudolf und Friedo Wagener auf der Staatsrechtslehrertagung 1978, die dem Thema „Der öffentliche Dienst im Staat der Gegenwart“ gewidmet waren, auch nur ein Wort zum Thema „Parteipolitisierung des öffentlichen Dienstes“ fand.

Das hat sich erst seit meiner kleinen Schrift über „Ämterpatronage durch politische Parteien“ von 1980 geändert. In jüngerer Zeit sind zahlreiche einschlägige Veröffentlichungen erschienen. Die Staatsrechtslehrervereinigung hat das Thema „Parteienstaatlichkeit – Krisensymptome des demokratischen Verfassungsstaats?“ 1985 ausführlich behandelt. Ein weiteres Beispiel sind die kritischen Bemerkungen von Helmut Lecheler, der im Handbuch des Staatsrechts von 1988 das Kapitel „Öffentlicher Dienst“ bearbeitet hat. Der Umschwung wird daran besonders deutlich, denn Lecheler hatte in seiner Habilitationsschrift über „Die Personalgewalt öffentlicher Dienstherren“ (1977) das Thema „Ämterpatronage“ noch ignoriert.

Noch immer größte Probleme mit dem Thema hat allerdings eine Hauptrichtung der Politikwissenschaft. Das hängt mit ihrer Fixierung auf die affirmative Darstellung der Macht und dem Fehlen eines normativen, gemeinwohlorientierten Konzepts zusammen. Sie bekommt deshalb das Thema gar nicht in ihren wissenschaftlichen Gesichtskreis, so daß die Diskussion an ihr vorbeigeht. Manchem Vertreter paßt die Richtung der aktuellen Diskussion so wenig, daß er wie die Politiker statt der sachlichen Auseinandersetzung, der er methodisch nicht gewachsen ist, in persönlicher Diffamierung der Exponenten der Kritik seine Zuflucht sucht.

Es dürfte indes nicht ausreichen, daß sich der eine oder andere Wissenschaftler gelegentlich dem Thema „Parteipolitisierung der öffentlichen Verwaltung“ widmet. Erforderlich sind organisierte Forschungsanstrengungen. Leider haben die Innenministerien, die für die Ausgestaltung des Beamtenrechts zuständig sind, das Problem bisher abgetan. Auf Anfrage der Bundestagsfraktion der Grünen nach den Wirkungen der Ämterpatronage und den Möglichkeiten, etwas dagegen zu tun, antwortete die Bundesregierung im Jahre 1987 lapidar: Da es das Problem der Ämterpatronage nicht gebe, seien die gestellten Fragen gegenstandslos; auch bestehe kein Grund, das Phänomen systematisch wissenschaftlich zu erforschen – also eine Antwort nach der Devise, das nicht sein kann, was nicht sein darf.

Immerhin: Daß die öffentliche Diskussion sich inzwischen gewandelt hat und auch aus Parteiensicht

die Notwendigkeit eines Umdenkens akzeptiert wird, zeigen die Veröffentlichungen des Parlamentarischen Geschäftsführers der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Jürgen Rüttgers, der seit kurzem die Gefahren parteipolitischer Ämterpatronage entschlossen kritisiert und die parteipolitische Ausrichtung von Schulleiterstellen, Direktoren von öffentlichen Unternehmen einschließlich der Sparkassen und des Personals im Rundfunk öffentlich geißelt.

Von besonderer Brisanz ist die zunehmende Parteipolitisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (einschließlich des Fernsehens). Dadurch wird seine Informations-, Kritik- und Kontrollfunktion gemindert, ja möglicherweise allmählich lahmgelegt. Dies geht an den Nerv des demokratischen Rechtsstaats, weil unabhängige Information und kritische Kontrolle durch den Rundfunk gerade im Parteienstaat unverzichtbar sind. Denn die Opposition ist definitionsgemäß regelmäßig in der Minderheit und kann nur mit Hilfe einer funktionierenden Öffentlichkeit die Regierungsmehrheit von Fehlern abbringen und zu möglichst guten Entscheidungen drängen. Die vom Bundesverfassungsgericht unterstrichene Staatsfreiheit des Rundfunks verlangt – angesichts der Beherrschung des Staates durch die Parteien – heute vornehmlich Parteienfreiheit des Rundfunks. Davon kann aber immer weniger die Rede sein.

Auch die Unabhängigkeit der Wissenschaft ist verfassungsrechtlich nicht zuletzt deshalb gewährleistet, um ihre Sachlichkeit und Kritikfähigkeit gegenüber den Mächtigen in Staat und Gesellschaft zu erhalten. Darum ist es schlecht bestellt, wenn viele der Wissenschaftler, die sich intensiv mit den Parteien befassen, diesen aufgrund vielfacher Zusammenarbeit so nahestehen, daß sie kaum mehr unbefangene Kritik äußern können. Umgekehrt ist solche Kritik oft eine undankbare Sache, und sie ist um so undankbarer, je genauer sie den Nerv trifft. Wer Defizite des Parteinstaates diagnostiziert und sich dabei mit (fast) allen Parteien zugleich anlegen muß, wird kaum erwarten können, von den Verantwortlichen ans Herz gedrückt zu werden – oder aber vielleicht so sehr, daß ihm der Atem wegbleibt. Er wird sich vielmehr auf massivste Diffamierungen, auch persönlicher Art, gefaßt machen müssen. Das hat auf höchster Ebene der Bundespräsident gerade erfahren. Wer Mängel der Parteipolitik kritisiert, muß gewärtigen, daß sich das Spezialwissen der Politiker im Bekämpfen politischer Gegner gebündelt gegen ihn kehrt, ebenso wie der Ingrimms ihrer geflissentlich opportunistischen wissenschaftlichen Berater, über deren beschwichtigende Thesen die öffentliche Diskussion mittlerweile hinweggegangen ist – und er muß bereit sein, dies auszuhalten.

Die größte Gefahr der versuchten parteipolitischen Gleichschaltung aller Institutionen, die vom Grundgesetz als parteifrei konzipiert sind, läuft, so befürchte ich, auf eine Änderung der Denkweise hinaus. Die Macht- und Interessenorientierung der Parteien steht im Gegensatz zum rein sachlichen und gemeinwohlorientierten Denkstil, der das Gemeinsame für ansonsten so verschiedene Einrichtungen wie die öffentliche Verwaltung, die Medien und auch die Wissenschaft ist (oder doch sein sollte). Der parteipolitische Einfluß verändert auch dann, wenn er nicht von einer Partei allein ausgeht, die Motivations- und Denkweise und damit auch die Art der Willensbildung insgesamt. Wem es primär auf Mehrheiten, Bündnisse, Macht, Positionen und Versorgung ankommt, der ist innerlich anders eingestellt und gelangt oft auch zu anderen Ergebnissen als der, dem es um sachliche Richtigkeit geht. Ein Redakteur, der die *parteipolitische Schere im Kopf* hat, verliert aufgrund des vorausseilenden Gehorsams gegenüber den Machthabern leicht jede Produktivität. Wer immer nur besorgt ist, ob den Mächtigen genehm ist, was er geistig produziert, dem droht allmählich sein sachorientierter Denkstil abhanden zu kommen. Gerade der aber ist die Basis für die rationale Bewältigung unserer Gemeinschaftsprobleme. In der „Verbonzung“ und „Verkrustung“ (Helmut Kohl) und der dadurch bewirkten Abnahme der sachbezogenen Reaktions- und Überlebensfähigkeit der Gemeinschaft als Ganzes liegt vielleicht die größte Gefahr der zunehmenden parteipolitischen Durchpatronierung aller Bereiche.

4. Politikfinanzierung

Die Ausbeutung der staatlichen Institutionen durch die Parteien findet teilweise ihre Entsprechung in einer Ausbeutung der staatlichen *Finanzen*. Bei der Regelung der Politikfinanzierung wird der Bürger vollends entmachtet, weil Regierung und Opposition in eigener Sache entscheiden und sich regelmäßig fraktionsübergreifend einig sind. Der Wettbewerb zwischen den Parteien soll bewirken, daß die Regierungsparteien ihre Macht nicht mißbrauchen, sondern an den Interessen der Allgemeinheit ausrichten, die über ihre Wiederwahl entscheidet. Das funktioniert allerdings nur, so lange wirklich Wettbewerb besteht. Politische Kartelle zwischen Regierung und Opposition machen dagegen die Allgemeinheit der Staatsbürger und Steuerzahler wehrlos; aus Gewaltenteilung wird faktisch ein Gewaltenmonismus, der leicht Mißbrauch und Ausbeutung Vorschub leistet. Hier kommen als Gegengewichte nur noch das Verfassungsgericht und die Öffentlichkeit in Betracht.

Ein Beispiel ist die staatliche Parteienfinanzierung. Die Väter des Grundgesetzes waren noch davon

ausgegangen, die Parteien finanzierten sich allein aus privaten Quellen. Deshalb enthielt das Grundgesetz nur eine Bestimmung, die die Parteien verpflichtete, über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft zu legen. Es sollte für den Wähler transparent werden, welche Geldgeber hinter den Parteien stehen. Doch wurde die Konkretisierung dieses Gebots 18 Jahre lang verschleppt. So lange dauerte es, bis es schließlich zum Erlaß des Parteiengesetzes von 1967 kam. Statt dessen wurde 1955 eine hohe Steuerbegünstigung von Spenden und 1959 die direkte Finanzierung der Parteien aus dem Bundeshaushalt eingeführt, die sich rasch vervielfachte. Dies war eine europäische Premiere und wäre eine Weltpremiere gewesen, hätten nicht schon vorher Argentinien und Costa Rica eine staatliche Parteienfinanzierung eingeführt.

Die Explosion der Subventionen an die Parteien veranlaßte das Bundesverfassungsgericht 1966, Grenzen zu ziehen und nur noch die Erstattung von Wahlkampfkosten zu erlauben, was allerdings nur aufgrund eines Gesetzes geschehen durfte. So blieb den Parteien nichts übrig, als das 18 Jahre lang verschleppte Parteiengesetz endlich zu erlassen, wenn sie weiterhin Steuermittel erhalten wollten.

Das Parteiengesetz ist in Wahrheit ein »Parteienfinanzierungsgesetz«. Auch bei vielen Vorschriften, die scheinbar mit Geld nichts zu tun haben, stehen in Wirklichkeit die Finanzen dahinter. Ein Beispiel sind die *Aufgaben* der Parteien: § 1 PartG, bei dem die Parteien offensichtlich die Feder des Gesetzgebers geführt haben, enthält einen denkbar umfassenden Katalog. Danach bündeln und integrieren die Parteien nicht nur die politischen Auffassungen, stellen Kandidaten für Wahlen auf und führen Wahlkämpfe, sondern wirken auch an der Bildung des politischen Willens des Volkes „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ mit, in dem sie z.B. auch „auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen“ und „die politische Bildung anregen und vertiefen“. Der Regierungsentwurf eines Parteiengesetzes von 1959 hatte noch einen moderaten Aufgabenkatalog für die Parteien enthalten, der sich dann aber von Gesetzentwurf zu Gesetzentwurf ausweitete – im Gleichschritt mit der 1959 einsetzenden und darauf explodierenden Staatsfinanzierung –, bis der Aufgabenkatalog im Parteiengesetz von 1967 sein extensives Maximum erreichte.

Dadurch sollte die auch nach dem Parteiengesetz von 1967 noch hohe und durch Abschlagszahlungen auf die ganze Legislaturperiode verteilte Staatsfinanzierung in den Augen der Öffentlichkeit legitimiert werden, was das Bundesverfassungsgericht dann 1968 auch – im gewissen Wider-

spruch zu seinem Urteil von 1966 – verfassungsrechtlich absegnete. Normalerweise richtet sich der öffentliche Finanzbedarf nach den Aufgaben. Den Parteien aber war es aufgrund ihrer Schlüsselstellung an den Hebeln der Gesetz- und Haushaltsgebung möglich, dieses Verhältnis umzukehren und die Aufgaben nach dem von ihnen gewünschten öffentlichen Finanzvolumen auszurichten.

Immerhin hat das Bundesverfassungsgericht seit 1966 der staatlichen *Parteienfinanzierung* Grenzen gezogen. Das Gericht hat dabei aber die wichtigsten Hilfsorganisationen der Parteien – die Fraktionen und die Parteistiftungen – völlig außer acht gelassen. Für sie gelten bisher regelmäßig keinerlei Grenzen oder Öffentlichkeitsanforderungen. Die Folge war ein explosionsartiges Wachstum der Staatszuwendungen. So haben sich die Zahlungen an die Bundestagsfraktionen seit 1966 verzweihunddreißigfach; die Zahlungen an die Parteistiftungen – eine deutsche Erfindung, die inzwischen im Ausland aber Nachahmer gefunden hat – haben sich versiebenundvierzigfach. Diese schlaraffenländischen Wachstumsraten haben eine merkwürdige Schiefelage begründet. Die Staatsfinanzierung der Fraktionen und Stiftungen, die noch 1966 weit hinter der der Parteien lag, hat diese inzwischen um ein Vielfaches überflügelt, ohne daß die Öffentlichkeit aber bisher die Gewichtsverlagerung erkannt hätte und ohne daß sich die Rechtsprechung und große Teile der Wissenschaft bewußt gemacht hätten, daß dadurch die inzwischen sorgfältig behauene rechtliche Ordnung der staatlichen Parteienfinanzierung faktisch zu einem beträchtlichen Teil unterlaufen werden kann.

Überhaupt kommt die Rechtsprechung oft zu spät oder mangels antragsbefugter Kläger gar nicht zu einer Entscheidung. Dann ist die Öffentlichkeit die einzige wirksame Kontrolle. In solchem Fall kann der Machtmißbrauch durch die politische Klasse offenbar nur eingedämmt werden, wenn es gelingt, der Politik ein Thema öffentlich aufzuzwingen. Dafür drei Beispiele, die ich selbst bearbeitet und miterlebt habe:

Ein Lehrbeispiel, daß Macht erfinderisch macht, war der sogenannte hessische Diätenfall. Im Februar 1988 hatte sich der Wiesbadener Landtag mit den Stimmen aller etablierten Fraktionen im Schnellverfahren kräftige Diätenerhöhungen, hohe steuerfreie Zusatzleistungen und unhaltbare Doppelbezüge bewilligt. Die Initiatoren hatten dies damit begründet, hessische Abgeordnete bildeten im Vergleich mit anderen deutschen Parlamenten das finanzielle Schlußlicht. In Wahrheit waren sie bereits in der Spitzengruppe und übernahmen nach der Gesetzesänderung die alleinige Spitze, teilweise noch vor den Bundestagsabgeord-

neten. Als der Bund der Steuerzahler diesen Sachverhalt einige Monate später durch ein Gutachten aus meiner Feder publik machte, mußte das Gesetz nach vierwöchiger öffentlicher Kritik zurückgenommen werden; der Präsident und der Vizepräsident des Landtages nahmen ihren Hut.

Der Hamburger Diätenfall von 1991 verlief ähnlich. Nach einem von allen etablierten Fraktionen eingebrachten neuen Diätengesetz sollten der Präsident der Bürgerschaft – so heißt das Parlament in Hamburg – und die Fraktionsvorsitzenden die fünffache Entschädigung der normalen Abgeordneten, nämlich fast 20 000 DM monatlich, erhalten. Der in einem unleserlichen Gesetz gut verpackte Clou bestand darin, daß die genannten Spitzenparlamentarier schon nach dreieinhalb Jahren Amtszeit einen dynamisierten Anspruch auf eine Versorgung von 10 500 DM monatlich, zahlbar ab dem 55. Lebensjahr, erlangen sollten (wenn sie nur vorher fünf Jahre Abgeordnete waren). Begründet wurde dies mit der Altersversorgung von Senatoren, also der Hamburger Minister, die in der Tat ähnlich üppig ausgestaltet war. Die Nachprüfung ergab, daß die Versorgung von Senatoren auf einem Gesetz beruhte, das 1987 unmittelbar vor der Auflösung des Parlaments – unter Verletzung einer Vielzahl von Bestimmungen der Hamburger Verfassung – an einem einzigen Tag durch das Parlament und seine Ausschüsse gepeitscht worden war. Das Gesetz war in Wahrheit gar nicht „eingebracht“ worden, weil es – von niemandem unterschrieben, sondern als Anlage eines Ausschußberichts – den Parlamentariern als Tischvorlage unmittelbar vor den Abstimmungen untergeschoben worden war. So wurde das Vorhaben camouffiert und die Öffentlichkeit unterlaufen, bei deren Einbeziehung das Gesetz nicht die geringste Chance gehabt hätte. Initiatoren waren eine Handvoll Spitzenpolitiker – im wesentlichen dieselben, die dann 1991 von der Pensionsregelung für Präsident und Fraktionsvorsitzende profitieren sollten, die nach dem Vorbild der Senatorenversorgung gestaltet war. Als ich im November 1991 diese Zusammenhänge in einer Stellungnahme für den Bund der Steuerzahler aufgedeckt und den Camouflage-Charakter des Gesetzes von 1987 publik gemacht hatte, war nicht nur das Diätengesetz zum Scheitern verurteilt; auch das Gesetz über die Erhöhung der Senatorenpension von 1987 mußte schließlich ersatzlos gestrichen werden, mochten die Betroffenen anfangs auch noch so wild verbal um sich schlagen.

Die Hamburger Diskussion hat den Blick auf die finanziellen Bezüge und Versorgungen von Ministern in Deutschland insgesamt gelenkt. Eine Untersuchung ergab, daß es in anderen Ländern teilweise noch unhaltbarere Privilegien gibt als in

sogar schon nach einem einzigen Amtstag die Höchstversorgung von zur Zeit knapp 13 000 DM monatlich, zahlbar ab dem 55. Lebensjahr, erwerben, wenn er nur vorher lang genug (13 1/3 Jahre) im Parlament war. Das kommt daher, daß die ersten Amtsjahre doppelt zählen und vorangehende Parlamentsjahre wie Ministerjahre gerechnet werden. Für Bundesminister gibt es nichts dergleichen; sie benötigen 23 Amtsjahre, um eine volle Altersversorgung zu erwerben.

Die saarländische Regelung ist schon vor Jahren zustande gekommen, und zwar noch unter einer CDU-Regierung. Aber auch die seinerzeitige SPD-Opposition trägt Mitverantwortung, weil sie sich in keiner der drei Lesungen des Gesetzentwurfs im Parlament zu Wort meldete, von Kritik ganz zu schweigen. Grund war wohl die Verdoppelung der Zahlungen an die Fraktionen, die durch eine Änderung des Verteilungsmodus überwiegend der Opposition zugutekam, und die Erhöhung der Abgeordnetendiäten; beides mußte offenbar als eine Art politisches Schmiermittel zur Herstellung der „Einigkeit der Demokraten“ erhalten. Der heutige Ministerpräsident Lafontaine war damals Mitglied des zuständigen Parlamentsausschusses und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Er hat, als die Angelegenheit durch ein Gutachten aus meiner Feder (aus dem der „Spiegel“ eine Titelgeschichte machte) am 11. Mai 1992 veröffentlicht wurde, zunächst zwar – ganz ähnlich wie vor ihm die Hamburger – versucht, „das Gesetz „ohne Einschränkung“ zu verteidigen, die Kritiker persönlich zu beschimpfen und die Medien mit der Nazi-Presse auf eine Stufe zu stellen. Wenn es aber noch eines Beweises bedurft hätte, wie unangemessen die saarländische Regelung ist, so haben ihn jetzt die niedersächsische und die hessische Landesregierung erbracht. Sie legten im Herbst 1992 Gesetzentwürfe vor, die die ebenfalls unhaltbare Überversorgung des niedersächsischen und des hessischen Ministergesetzes für die Zukunft beseitigten und insoweit zugleich Maßstäbe für das Saarland setzten.

Auch die Ministergesetze anderer Bundesländer enthalten nicht zu rechtfertigende Privilegien und müssen geändert werden. Dabei liegen die Probleme nicht in den offen ausgewiesenen Gehältern der Minister, sondern in den kleingedruckten, aber ökonomisch gewichtigen Zusatzleistungen, die geradezu durch eine Flucht aus der Öffentlichkeit gekennzeichnet sind. Neben den erwähnten Auswüchsen der Versorgung sind hier z. B. überhöhte Aufwandsentschädigungen zu nennen, die in Wahrheit ein steuerfreies Zusatzeinkommen dar-

dem halben Abgeordnetengehalt noch steuerfreie Kostenpauschalen von fast 6 000 DM monatlich zusätzlich. Solche Pauschalen sind verfassungsrechtlich nur zulässig, wenn sie sich am amtsbedingten Aufwand orientieren. Das ist aber sicher nicht der Fall, wie sich schon daran zeigt, daß die steuerfreien Beträge bayerischer Minister höher sind als im Bund und fast viermal so hoch wie in Niedersachsen.

Auch in Rheinland-Pfalz bestehen für Minister z. B. sehr viel günstigere Versorgungsregelungen als im Bund. Ein rheinland-pfälzischer Minister kann schon nach einem Tag Amtszeit eine Pension von 55 Prozent und nach fünf Jahren Amtszeit von 70 Prozent seiner Aktivenbezüge erwerben, wenn zehn Parlamentsjahre vorangehen. Die Regelung wurde – auch insoweit ähnlich wie im Saarland – schon vor langen Jahren eingeführt, damals noch unter der Regierung von Helmut Kohl.

Die Oppositionsfraktionen der SPD und FDP kritisierten den Regierungsentwurf auch in Rheinland-Pfalz nicht, sondern hielten sich durch massive Anhebungen der Fraktionsmittel (die durch Änderung des Verteilungsmodus vornehmlich der Opposition zugutekamen) und der Abgeordnetendiäten schadlos. Einmal mehr erfolgte ein Hochschaukeln zu Lasten der Steuerzahler ohne Rücksicht auf die Unangemessenheit der Regelungen. Damit wird auch klar, warum Lafontaines Gegenattacke gegen die Kritiker der saarländischen Regelungen ausgerechnet bei Kohl öffentlichen Beifall fand. Ende 1992 hat auch die rheinland-pfälzische Landesregierung Eckdaten beschlossen, die die Versorgungsprivilegien beseitigen sollen.

Die Versorgung westdeutscher Minister wurde vor kurzem im Wege der „Amtshilfe“ durch westliche Berater auch auf die neuen Länder übertragen. So sind z. B. nach dem Thüringer Ministergesetz vom 14. Mai 1991 – wie in Rheinland-Pfalz, das die Betreuung Thüringens übernommen hatte – bis zu zehn vorangehende Jahre in einem Parlament auf die Altersversorgung anzurechnen, selbst dann, wenn sie außerhalb Thüringens und lange vor der Entstehung dieses Landes abgeleistet wurden. Ein Nutznießer ist Jochen Lengemann, der frühere Präsident des Hessischen Landtags, der nach dem dortigen Diätenfall seinen Hut nehmen mußte. Er war nach Gründung des Landes für kurze Zeit Thüringer Minister „für besondere Aufgaben“ und vergoldete dadurch seine früheren Jahre als hessischer Landtagsabgeordneter.

Inzwischen ist die Berechtigung der Kritik an der staatlichen Politikfinanzierung in Deutschland und

ihre Reformbedürftigkeit weithin anerkannt. Das Bundesverfassungsgericht hat die staatliche Parteienfinanzierung in einem Urteil vom 9. April 1992 in weiten Bereichen für verfassungswidrig erklärt. Der Bundespräsident hat darauf eine Kommission zur Reform der Finanzierung der Parteien und ihrer Hilfsorganisationen, die Bundestagspräsidentin eine weitere Kommission zur Reform der Bezüge und Versorgungen von Abgeordneten und Ministern berufen. Die erstgenannte Kommission hat ihre Empfehlung im Februar 1993 vorgelegt. Auch die Landesparlamente haben Kommissionen, allerdings mit zum Teil merkwürdiger Besetzung, berufen, so daß die Gesamthematik von zwei plus bis zu sechzehn Kommissionen behandelt wird und dabei die Zusammenhänge und der Überblick zu leiden drohen.

III. Ausblick

So gut und richtig der Gedanke wirklich unabhängiger und sachverständiger Kommissionen zur *Beurteilung* der Parlamente ist – gerade wenn diese in eigener Sache entscheiden –, so sehr wäre es ein Irrweg, wenn die *Entscheidung* selbst auf die Kommissionen übertragen würde. Ganz abgesehen von den hier bestehenden verfassungsrechtlichen Schranken, bestehen auch große praktische Gefahren: Gelänge es nämlich der politischen Klasse, die Kommission organisatorisch, prozedural und besonders personell in den Griff zu bekommen und zu einer „Hofkommission“ zu degradieren, wären Gefälligkeitsgutachten zu erwarten, die den Bürger und Steuerzahler vollends schutzlos machen und alle Bremsen gegen die Ausbeutung des Staates durch seine Diener beseitigen würden. Dann würde das Parlament auch berechtigte Kritik von sich weisen und die Zuständigkeit der Kommission vorschieben; diese aber wäre dem Volk nicht verantwortlich – eine mit unserem demokratischen System unvereinbare Konstellation. Der politische Druck zur Gleichschaltung der Kommission wäre gewaltig, viel größer noch als bei lediglich beratenden Kommissionen – angesichts dessen, was materiell für die politische Klasse auf dem Spiel stände.

Die skizzierten Fälle weisen alle vier genannten Problempunkte auf: Es ist der Politik nicht gelungen, die Parteienfinanzierung und die Ministerversorgung in den Ländern befriedigend zu ordnen. Das Bundesverfassungsgericht ist bei der Parteienfinanzierung immer wieder, mehr schlecht als recht, als Ersatzgesetzgeber in die Bresche gesprungen. Wo es dies bisher nicht tat – wie bei der Finanzierung der Fraktionen und Parteistiftungen

oder bei der Durchsetzung eines der Parteipolitik entzogenen Verfahrens der Besetzung der Stellen im öffentlichen Dienst – bleibt die Materie ungeordnet. Die Problemlösungskompetenz der Parteien ist hier besonders gering. Auch die Entmündigung des Volkes geht bei der Politikfinanzierung besonders weit: Durch Kartellabsprachen der Parteien wird der Bürger entmachtet. Wen immer er wählt – alle sind in das Kartell eingebunden.

Wo dem Volk seine Rechte nicht vorenthalten werden, ist das Niveau der Politikfinanzierung weit niedriger – z. B. in der Schweiz, wo jedes Gesetz unter Vorbehalt des Volksentscheids steht, oder in den USA und England, wo das Direktwahlrecht das Element der personalen Verantwortung des Abgeordneten in viel stärkerer Weise hervorhebt als bei uns. Auch in Frankreich ist der Zusammenhang zwischen Wahlsystem und staatlicher Politikfinanzierung deutlich. Eine ausgeprägte Staatsfinanzierung der Parteien wurde in der kurzen Periode von 1986 bis 1988 eingeführt, als in Frankreich vorübergehend ein Verhältniswahlrecht bestand.

Die Erfahrungen in Hessen, Hamburg und im Saarland bestätigen den geringen Stellenwert von Sachargumenten, also den Kern dessen, was Bundespräsident von Weizsäcker mit „Machtversessenheit“ und „Machtvergessenheit“ meint. In Hessen wurde Wallmann, im Saarland Lafontaine Monate vor Veröffentlichung der vernichtenden Gutachten schriftlich gewarnt und um der Sache willen um Reforminitiativen gebeten. Es geschah nichts. Erst nach Veröffentlichung der Gutachten wurde unter massivstem öffentlichen Druck schließlich eingelenkt, und auch die Begründung dafür belegt den geringen Stellenwert von Sachfragen: Nicht wegen der groben Unangemessenheit wurden in Hessen und Hamburg die Gesetze wieder aufgehoben, sondern weil man die Wucht der öffentlichen Kritik unterschätzt habe.

Der große Rechtsdenker und Justizminister in der Weimarer Republik, Gustav Radbruch, hat klar-sichtig betont, gegen Übermacht und Machtmißbrauch der Parteien gebe es letztlich nur ein wirksames Gegenmittel: die Aktivierung des Volkes selbst. Die Forderung, das Volk behutsam aus der Entmündigung zu entlassen, ist also nicht nur demokratischer Selbstzweck, weil mehr Entscheidung durch das Volk in einer Demokratie einen Eigenwert darstellt, sondern zugleich auch Mittel zur Eindämmung parteilicher Ausbeutungstendenzen. Sie wird zum Element einer erneuerten Gewaltenteilung gegen eine Über- und Allmacht der Parteien. Ein Beleg ist der Volksentscheid, mit dem die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte in Hessen eingeführt wurde und mit dem auch die parteipolitische Blockierung dieser Frage

in Nordrhein-Westfalen aufgebrochen werden könnte.

Aktivierung des Volkes heißt aber nicht in erster Linie Selbstentscheidung in Sachfragen, sondern vor allem Verstärkung seines Einflusses auf die Personalauswahl. Sie ist geeignet, gleich mehreren parteilichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, auch den Defiziten der Personalrekrutierung und der Entscheidungskompetenz. Dies läßt sich an der Einrichtung des direktgewählten Bürgermeisters in Baden-Württemberg zeigen: Der Bürger kommt in der Direktwahl zu Wort, die Parteien werden zurückgedrängt. In Baden-Württemberg sind über 50 Prozent der Bürgermeister – vornehmlich in kleineren Gemeinden – ohne Parteibuch, und auch in Städten sind die Bürgermeister alles andere als hörige Parteisolddaten. Spezialstudien zeigen, daß parteiliche Postenkungelei hier deutlich geringer ist, weil der Direktgewählte es sich leisten kann, Personalwünsche der Fraktionen zurückzuweisen, ohne seine Wiederwahl zu gefährden; denn dafür ist das Volk zuständig, das korrekte Amtsführung honoriert. Die Attraktivität des direktgewählten Amtes lockt die besten Bewerber an. Der Direktgewählte kann das Gemeinwohl zu seiner Sache machen, hat hohe Entscheidungskompetenz und braucht eine Überwachung durch gutorganisierte Partikularinteressen weniger zu fürchten. Der baden-württembergische Bürgermeister ist also geeignet, alle vier oben genannten Problempunkte der Parteienherrschaft zugleich einzudämmen. Bei ihm gibt es dann auch keine öffentliche Kritik der Bezüge. Wer seinen Bürgermeister selbst auswählen kann, ist eher davon überzeugt, daß der das, was er verdient, auch verdient.

Auf der Ebene der parlamentarischen Demokratie kommen – mangels direktdemokratischer Einrichtungen – als Elemente der Gewaltenteilung gegen Fehlentwicklungen des Parteienstaates nur die Verfassungsgerichte, die öffentliche Meinung und die Wissenschaft in Betracht. Wehe aber, wenn es den Parteien gelänge, auch diese allmählich völlig gleichzuschalten. Dann wäre das Volk vollends hilf- und wehrlos gegen alle Ausbeutungstendenzen.

Sind die Parteien sich einig, bleibt – mangels aller direktdemokratischen Elemente – als Kontrolle nur noch die öffentliche Diskussion, das „plebiscite de tous les jour“. Die öffentliche Kritik in Hessen, Hamburg und im Saarland war wohl auch deshalb so durchschlagend, weil sich hier im Zusammenwirken von wissenschaftlichen Expertisen, die der Bund der Steuerzahler vorlegte, und den Medien ein Ventil, eine Art Ersatzkontrolle für die fehlende direkte Mitwirkung der Bürger ergab, mit der selbst 90-Prozent-Mehrheiten in den Parla-

menten zur Rücknahme mißbräuchlicher Gesetze in eigener Sache gezwungen werden konnten. Dies bleibt allerdings nur ein Ersatz. Gäbe es in Hamburg Volksbegehren und Volksentscheid, hätte der Kampf nicht vier Monate gedauert.

Es geht aber nicht um einzelne spektakuläre Fälle, sondern darum, die Grundlagen der politischen Willensbildung zu verbessern. Die Stellung der politischen Parteien ist heute *die Verfassungsfrage* in Deutschland oder sollte es doch sein. Das Grundgesetz beschränkte sich 1949 darauf, die Parteien anzuerkennen, ohne ihnen aber zugleich Grenzen zu setzen. Das reicht heute nicht mehr. Nach dem Wort Lord Actons, daß Macht korrumpiert und absolute Macht absolut korrumpiert, bedürfen heute vor allem die politischen Parteien der verfassungsrechtlichen Disziplinierung. Eine staatliche Ordnung, die dem parteilichen Egoismus auf Kosten des Gemeinwohls freien Lauf läßt, hat auf Dauer keine Zukunft – vor allem nicht in einer Zeit, in der die Herausforderungen des Parteienstaates schlagartig wachsen.

Hinsichtlich der Politikfinanzierung, in der sich die Strukturängel des Parteienstaates wie durch eine Lupe vergrößert zeigen, sind die Probleme inzwischen erkannt und zu ihrer Bewältigung immerhin zwei Kommissionen berufen. Es fehlt aber noch völlig ein Ansetzen an den Wurzeln der Probleme, für die die Finanzierung ja nur ein Symptom darstellt.

Mitte der siebziger Jahre gab es eine Enquete-Kommission Verfassungsreform. Sie drang jedoch nicht zum Kern der Problematik vor; die Rolle der politischen Parteien wurde noch nicht in den Blick genommen. Heute ist es an der Zeit, diese Probleme gezielt zu thematisieren. Ihr energisches Anpacken könnte sich am Ende sogar als Überlebensfrage für unsere rechts- und sozialstaatliche Demokratie erweisen. Der Bundespräsident sollte sich nun vielleicht beim Wort nehmen lassen und ein Gremium von unabhängigen und erfahrenen Persönlichkeiten berufen mit dem Auftrag, über eine mögliche Neuordnung nachzudenken.

Daß es auch darauf ankommt, die institutionelle Ordnung zu reformieren, hat der Staatsphilosoph Karl Raimund Popper folgendermaßen formuliert, und mit diesem Zitat will ich schließen: „Die Rechtsordnung kann zu einem mächtigen Instrument für ihre eigene Verteidigung werden. Zudem können wir die öffentliche Meinung beeinflussen und auf einem viel strengeren moralischen Kodex bestehen. All dies können wir tun; es setzt aber die Erkenntnis voraus, daß es . . . unsere Aufgabe ist und wir nicht darauf warten dürfen, daß auf wunderbare Weise von selbst eine neue Welt geschaffen werde.“

Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteiverdrossenheit

I. „Altparteien“ in der Krise

Das „Wort des Jahres“ 1992 lautete „Politikverdrossenheit“. Damit zusammenhängend wird auch oft von „Politikerverdrossenheit“ und noch häufiger von „Parteiverdrossenheit“ gesprochen. Genau genommen müßte dieser Begriff eigentlich „Altparteienverdrossenheit“ lauten, denn gemeint ist meist die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit denjenigen Parteien, die seit nunmehr über vierzig Jahren durch verantwortliche Mitwirkung in Parlamenten, Regierungen und Opposition in Bund und Ländern die Geschicke der Bundesrepublik Deutschland bestimmt haben – also mit den beiden großen Volksparteien und der FDP als dem beständigen „Zünglein an der Waage“. Entsprechend wird auch in diesem Beitrag „Parteiverdrossenheit“ als eine Kurzformel für sich verschlechternde Bewertungen und abnehmendes Vertrauen gegenüber sowie zurückgehende affektive Bindungen an diese „etablierten“ Parteien der Bundesrepublik Deutschland verwandt.

Als Indizien für die zunehmende Parteiverdrossenheit in Deutschland lassen sich eine Reihe von Faktoren anführen, wobei sich zeigt, daß das Phänomen so ganz neu nicht ist¹: Die Zahl der „nicht-etablierten“ Parteien und besonders ihre Wahlerfolge haben seit dem Ende der siebziger Jahre zugenommen. Den Grünen gelang 1983 erstmals der Einzug in den Deutschen Bundestag, wodurch einem dreißigjährigen faktischen Monopol des innerparlamentarischen „Zweieinhalbparteiensystems“ ein Ende gesetzt wurde. In den letzten Jahren haben sich vor allem am rechten Rand des Parteienspektrums die Neugründungen gehäuft, und auf der Ebene der Kommunen und Bundesländer sind hier Wahlerfolge nicht ausgeblieben, so etwa für die Republikaner und die DVU bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein im Frühjahr 1992.

1 Vgl. etwa Rainer-Olaf Schultze, Nur Parteienverdrossenheit und diffuser Protest? Systemfunktionale Fehlinterpretationen der grünen Wahlerfolge, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 11 (1980), S. 292–313; Heidrun Abromeit, Parteiverdrossenheit und Alternativbewegung, in: Politische Vierteljahresschrift, 23 (1982), S. 178–198.

Die Wahlbeteiligung weist seit 1980 einen deutlichen Abwärtstrend auf. Während in den siebziger Jahren bei Bundestagswahlen Wahlbeteiligungsraten von über 90 Prozent realisiert wurden, gingen in den Wahlkreisen der alten Bundesrepublik bei der Bundestagswahl 1990 nur mehr 78,4 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl – noch etwas weniger als bei der ersten Bundestagswahl 1949. Die „Partei der Nichtwähler“ gewinnt immer mehr Anhänger², was sich bei „Nebenwahlen“ (also Landtags- und Europawahlen) noch deutlicher zeigt als bei Bundestagswahlen.

Ein weiteres Indiz für die wachsende Parteiverdrossenheit ist die Abnahme der Stammwähler innerhalb der Wählerschaften der Altparteien. Sie alle haben im letzten Jahrzehnt auch zahlreiche Mitglieder verloren. Während es von Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre „schick“ war, in eine Partei einzutreten, gilt heute fast genau das Gegenteil, was Überalterung der Mitgliedschaftsbasis zur Folge hat. Parteimitgliedschaftsstatistiken gelten bei den Parteiführungen als Geheimmaterial. Die grassierende Epidemie der Parteiverdrossenheit bringt Wiesendahl auf den folgenden Nenner: „Offenkundig steht es um die etablierten Großparteien in der Bundesrepublik nicht gut ... Das affektive Beziehungsverhältnis zwischen Bürger und Parteien (ist) handfest verstimmt, wenn nicht sogar zerrüttet ... Wo immer man hinblickt, die Lage, in der sich die Altparteien gegenwärtig befinden, zeigt sie in einer noch nie dagewesenen schlechten Verfassung.“³

Ebenso differenziert wie die Diagnose der Symptome ist diejenige der Ursachen der Parteiverdrossenheit. Die am häufigsten angeführten kann man in zwei Gruppen zusammenfassen, nämlich einerseits in solche, die mit dem Erscheinungsbild und Verhalten der Parteien sowie ihrer Exponenten zu tun haben, und andererseits in solche, die mit der Struktur des Parteiensystems und ihrem

2 Vgl. den Beitrag von Jürgen W. Falter in dieser Beilage sowie Matthias Eilfort, Die Nichtwähler, in: Der Bürger im Staat, 40 (1990), S. 186–191.

3 Elmar Wiesendahl, Volksparteien im Abstieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34–35/92, S. 3–14; vgl. auch ders., Der Marsch aus den Institutionen: Zur Organisationschwäche politischer Parteien in den achtziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/90, S. 3–14.

Verhältnis zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Konfliktlinien zusammenhängen. Unter die erste Rubrik fällt das Mißbehagen gegenüber dem personellen Angebot der Parteien und dem Typ des Berufspolitikers, der durch Affären und Skandale schlimmstenfalls einen vorübergehenden Karriereknick erleidet und bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit wieder nach vorne drängt. Ereignisse wie die „Briefkopffaffäre“ vor dem Rücktritt des früheren Bundeswirtschaftsministers Jürgen W. Möllemann bewirken eine Wahrnehmung des Führungspersonals der Parteien als unattraktiv, korrupt und durch jahre- und jahrzehntelange Teilnahme am politischen Prozeß verschlissen. Mangelnde personelle Innovationsbereitschaft kann leicht mit einer geringen Neigung zur inhaltlichen und programmatischen Flexibilität und Erneuerung gleichgesetzt werden.

Ein weiterer Stein in diesem Mosaik ist die Parteienfinanzierung, wobei sich die Parteien mit dem Vorwurf konfrontiert sehen, den Staat als Selbstbedienungsladen nach Belieben zu ihrem eigenen Vorteil auszuplündern. Hinzu kommt die innerparteiliche Willensbildung, die durch ihre Elitenzentrierung oft den Eindruck mangelnder Transparenz und demokratischer Kontrolle erzeugen kann. Schließlich wird für die Zunahme der Parteiverdrossenheit auch das Eindringen der Parteien in (zunächst) unpolitische gesellschaftliche Bereiche verantwortlich gemacht: Alle möglichen Aufsichts- und Kontrollgremien in Medien, Wirtschaft und Verbänden werden nach Parteienproporz besetzt; Politiker kommen in den öffentlich-rechtlichen Medien nicht nur nach dem Kriterium zu Wort, ob sie etwas Vernünftiges zu sagen haben, sondern auch danach, ob die Sendezeiten „ausgewogen“ verteilt sind; Zugang zu öffentlichen Ämtern und Beförderungen erfordern das „richtige“ Parteibuch⁴; wer die geeigneten politischen „Beziehungen“ besitzt, kann Dinge realisieren, die sonst nicht so ohne weiteres möglich wären.

Die Antwort der Altparteien auf diese gravierenden Vorwürfe muß natürlich lauten, daß dies ein unverantwortliches Zerrbild ist, das insbesondere von feindseligen Medien produziert und fortgeschrieben wird. Das ist sicherlich nicht ganz unzutreffend. Andererseits gilt natürlich, daß die Parteien nicht die einzigen gesellschaftlichen und poli-

tischen Organisationen und Akteure sind, über die der Bürger vorwiegend aus den Medien erfährt. Ferner gilt die Vorliebe der Medien für negative Inhalte („gute Nachrichten sind keine Nachrichten“) nicht nur für die Parteien. Wenn also im Zusammenhang mit den Parteien oft über Ämterpatronage, illegitime Einflußnahme, Korruption usw. berichtet wird, dann eben nicht nur deshalb, weil „die Medien“ die Parteien so zeichnen wollen, sondern auch, weil die entsprechenden Ereignisse vorgefallen sind, so daß darüber berichtet werden kann.

Die strukturellen Erklärungsfaktoren für die Zunahme der Parteiverdrossenheit sind etwas komplexer. In den über vierzig Jahren ihres Bestehens war die Gesellschaft in der Bundesrepublik erheblichem Wandel unterworfen. Für die Altparteien am bedeutsamsten ist dabei die starke Reduktion ihrer traditionellen Hochburgenmilieus. Bei den Sozialdemokraten war dies vor allem die gewerkschaftlich gebundene Industriearbeiterschaft, bei den Christdemokraten die Bevölkerung mit starker Kirchenbindung, besonders im ländlichen Raum. Der soziale Wandel in der Bundesrepublik hat zu einer starken Zunahme der sogenannten neuen Mittelschicht geführt, die sich in diesen tradierten politischen Konfliktlinien nach Konfessionen und Klassen nicht mehr wiederfindet. Dieser Modernisierung der Gesellschaft mußten sich die Parteien anpassen, damit aber gerieten sie in ein Dilemma: Ihre klassische Klientel wurde einerseits immer kleiner, und andererseits konnten die Parteien sie weniger als früher an sich binden, weil sie mit ihrer Programmatik auch um die neue Mittelschicht werben mußten. Jeder Versuch, nur die traditionellen Wählerschichten zu bedienen, mußte zu einem Verlust an Konkurrenzfähigkeit auf den neuen politischen Märkten führen⁵. Wiesendahl spricht in diesem Zusammenhang von einer „Modernisierungsfalle“ oder den „Kosten der Modernisierung“ für die Altparteien⁶.

Als Volksparteien sind sie zu einem permanenten Spagat gezwungen durch die Notwendigkeit, ihre klassischen Wählergruppen weiterhin an sich zu binden und gleichzeitig für die neuen Wählermärkte attraktiv zu sein. In der Folge können sie von beiden Segmenten ihrer potentiellen Wähler-

⁴ Vgl. Erwin K. Scheuch/Ute Scheuch, *Cliquen, Klüngel und Karrieren*, Reinbek 1992; s. auch Helmut Jung, *Die Beurteilung der Politik und der repräsentativen Demokratie durch den Bürger*, in: *Politische Studien* (Sonderheft 5/92), 43 (1992), S. 16–38; Bettina Westle, *Zur Akzeptanz der politischen Parteien und der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler*, Opladen 1990, S. 253–296.

⁵ Vgl. Franz Urban Pappi, *Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich*, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), *Wahlen und politischer Prozeß*, Opladen 1986, S. 369–384; ders., *Klassenstruktur und Wahlverhalten im sozialen Wandel*, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler*, Opladen 1990, S. 15–30; Heinz Ulrich Brinkmann, *Wahlverhalten der „neuen Mittelschicht“ in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 30–31/88, S. 19–32.

⁶ Vgl. E. Wiesendahl (Anm. 3), S. 12–14.

schaft nicht als selbstverständliche und lebenslange politische Heimat, Bezugsgröße und Interessenvertretung betrachtet werden. Diese durch den langfristigen sozialen Wandel verursachte Lockerung der Bindungen an die Parteien ist eine wesentliche Vorbedingung für das Entstehen von Parteiverdrossenheit.

Eine zusätzliche empirische Untersuchung all dieser möglichen Gründe für den Imageverlust der politischen Parteien in der Öffentlichkeit ist hier aus Platzgründen nicht möglich. Statt dessen wird der Versuch unternommen, einige weitere Erklärungsfaktoren für die Unzufriedenheit mit den Parteien zu identifizieren, die mit den soeben angeführten nicht direkt zusammenhängen. Die These dieses Aufsatzes ist dabei, daß steigende Parteiverdrossenheit nicht nur einer affektiven Vertrauenskrise entspringt, weil in die Jahre gekommene, verbrauchte Parteien nicht mehr die frühere Attraktivität auf die Bürger und Wähler ausstrahlen und die Identifikation mit ihnen nachgelassen hat. Vielmehr behaupten wir, daß Parteiverdrossenheit auch durchaus „rationale“ Komponenten und Bestimmungsfaktoren hat, die im Verhältnis zwischen Wählern einerseits und Parteien und politischem System andererseits zu suchen sind. Welches könnten solche „rationalen“ Motive zur Vergabe schlechterer Noten an die Parteien sein?

1. Eine Abnahme der Überzeugung, daß die Altparteien die für die Bundesrepublik wichtigen politischen Probleme lösen können.
2. Ein zunehmendes Gefühl, daß die eigene Meinung zu wichtigen politischen Problemen im etablierten Parteiensystem nicht adäquat repräsentiert ist.
3. Ein wachsender Eindruck, daß die eigenen Interessen und diejenigen der sozialen Gruppen, denen man sich zugehörig fühlt, von den Parteien nicht angemessen vertreten werden.
4. Steigende Unzufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems im wirtschaftlichen Bereich sowie in anderen Politikfeldern.

Diese Motive werden hier anhand von Daten aus einer Wiederholungsbefragung untersucht, deren Ergebnis das rasche Tempo der deutschen Vereinigung widerspiegelt. Im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekts „Modelle des Wählerverhaltens“, das der Verfasser zusammen mit J. W. Falter von der Universität Mainz bearbeitet, wurde diese dreiwellige Befragung im Laufe des Jahres 1989 konzipiert – zunächst natürlich nur für Westdeutschland. Nach Durchführung der ersten Erhebung im Mai 1990 mit etwas über 2 000 zufällig aus-

gewählten Befragten wurde beschlossen, angesichts der bevorstehenden Vereinigung die zweite und dritte Welle der Befragung auf die neuen Bundesländer auszudehnen⁷. Um den Kostenrahmen konstant zu halten, mußte deshalb die westdeutsche Teilstichprobe verkleinert werden. Im Mai 1991 wurden 932 Bundesbürger in den alten Bundesländern zum zweiten Mal und 606 in den neuen Ländern zum ersten Mal befragt. In der dritten bzw. zweiten Erhebung im Mai 1992 wurden 716 bzw. 325 Interviews durchgeführt. Weil identische Befragungspersonen zweimal bzw. dreimal im Abstand von jeweils rund einem Jahr zu ihren Einstellungen gegenüber den politischen Parteien befragt wurden, ist es mit dieser Datenbasis möglich, Folgen von Veränderungen der soeben genannten Erklärungsgrößen für die Bewertung der Parteien unmittelbar auf der individuellen Ebene über die Zeit hinweg nachzuvollziehen.

II. Bewertungen und Vertrauen gegenüber den Parteien im Überblick

Eine Schwierigkeit bei der empirischen Erfassung von Parteiverdrossenheit ist, daß es ein allgemein akzeptiertes Meßinstrument dafür (noch) nicht gibt. Das gilt insbesondere für die oben aufgeführten einzelnen Komponenten von Erscheinungsbild und Verhaltensweisen der Parteien. Manchmal werden zum Beleg die schlechten Imagewerte von Politikern oder die sinkende Neigung zur Wahlteilnahme usw. herangezogen. Wir verwenden hier zwei ganz einfache Maße für die Parteiverdrossenheit, nämlich erstens die beste Bewertung, die ein Befragter an eine der Altparteien auf einem „Sympathieskalometer“ von -5 bis +5 vergibt, sowie zweitens das Ausmaß des Vertrauens gegenüber den politischen Parteien insgesamt⁸, gemessen auf einer Skala von +1 bis +5. Diese beiden Größen hängen mit der Parteiverdrossenheit negativ zusammen: Je sympathischer einem Befragten seine „Lieblingspartei“ unter den Altparteien ist und je mehr Vertrauen er den Parteien entgegenbringt, desto geringer ist seine Parteiverdrossenheit und umgekehrt. In Tabelle 1 sind die Mittelwerte dieser beiden Maße für Ost- und Westdeutschland für die zwei bzw. drei Erhebungsjahre zusammen mit dem mittleren Wert für das Vertrauen der Befragten in Bundesregierung, Bundestag und politisches System insgesamt aufgeführt.

⁷ Die Feldarbeit für diese Untersuchung wurde vom EMNID-Institut, Bielefeld, durchgeführt.

⁸ Vgl. dazu die Erläuterung zu Tabelle 1.

Tabelle 1: Bewertungen der Parteien und Vertrauen in politische Institutionen, 1990–1992

Mittelwerte		Beste Bewertung für CDU/CSU, SPD oder FDP	Vertrauen in:				Anzahl der Befragten
			Parteien	Bundesregierung	Bundestag	Politisches System	
Westdeutschland	1990	3,2	3,1	3,3	3,5	3,8	2 007
	1991	2,9	2,9	3,0	3,4	3,6	932
	1992	2,6	2,8	3,0	3,4	3,5	716
Ostdeutschland	1991	2,9	2,8	2,9	3,1	3,1	606
	1992	2,6	2,8	3,1	3,1	3,2	325

Beste Bewertung für die Parteien: Skalometer von -5 („halte überhaupt nichts von der Partei“) bis +5 („halte sehr viel von der Partei“); jeweils höchster vom Befragten für Unionsparteien, SPD oder FDP vergebener Wert. Vertrauen in politische Institutionen: Skala von +1 bis +5 (1 = „vertraue überhaupt nicht“, 2 = „vertraue etwas“, 3 = „vertraue teilweise“, 4 = „vertraue weitgehend“, 5 = „vertraue uneingeschränkt“).

Diese Daten zeigen trotz des relativ kurzen Untersuchungszeitraums einen Rückgang der positiven Urteile über die Parteien. Die beste Bewertung für eine der drei „alten“ Parteien nahm in Westdeutschland von 1990 bis 1992 auf der Skala von -5 bis +5 im Mittel von 3,2 auf nur noch 2,6 ab. In Ostdeutschland waren 1991 und 1992 dieselben Werte zu beobachten wie in Westdeutschland. In den alten Bundesländern ging das Vertrauen in die Parteien parallel dazu von einem Mittelwert von 3,1 für 1990 auf 2,8 für 1992 zurück, während in den neuen Bundesländern dieser niedrige Wert bereits 1991 zu registrieren war. Das Vertrauen in Bundesregierung, Bundestag und politisches System insgesamt folgte in Westdeutschland diesem Abwärtstrend; in den neuen Bundesländern blieb das Vertrauen in den Bundestag unverändert, das in die Bundesregierung und das politische System nahm etwas zu. 1992 war in beiden Landesteilen das Vertrauen in die politischen Parteien und die Bundesregierung etwa gleich hoch, während dem Bundestag und dem politischen System insgesamt in Westdeutschland trotz des Rückgangs noch deutlich mehr Vertrauen entgegengebracht wurde als in Ostdeutschland. Vergleicht man die vier aufgeführten Einstellungsobjekte, dann zeigt sich, daß die Parteien in beiden Landesteilen das geringste Vertrauen genießen und das Vertrauen in das politische System – trotz des Rückgangs in Westdeutschland – noch am höchsten ist.

Gleichwohl bestehen zum Teil deutlich ausgeprägte Zusammenhänge zwischen diesen Einstellungen. Vor allem das Vertrauen gegenüber den Parteien hängt in beiden Landesteilen stark mit demjenigen in Bundesregierung und Bundestag zusammen: Befragte, welche den Parteien wenig vertrauen, haben mit hoher Wahrscheinlichkeit auch geringeres Vertrauen in Regierung und Parlament. Man kann daraus folgern, daß wachsende Partei-

verdrossenheit nicht nur ein Problem für die Parteien selbst ist. Erlitten nur sie einen Vertrauensverlust, während das Ansehen von Regierung, Parlament und politischem System insgesamt unverändert bliebe, dann wäre das zwar für die Parteien selbst peinlich, für die Stabilität der Demokratie in Deutschland aber weniger bedeutsam. Da dem jedoch nicht so ist, hat der Popularitätsverlust der Altparteien das Ansehen des politischen Systems und seiner zentralen Institutionen bereits geschädigt, und es besteht die Gefahr, daß dieser Prozeß bei einem weiteren Imageverlust der Parteien anhält. Parteiverdrossenheit und Politikverdrossenheit können nicht voneinander getrennt werden.

Wenden wir uns nun der Frage zu, in welchen Bevölkerungsgruppen das Unbehagen über die Altparteien am höchsten bzw. am geringsten ist. In Tabelle 2 sind unsere beiden Meßwerte für die Beurteilung der Parteien für das Jahr 1991 aufgegliedert nach dem Geschlecht der Befragten, ihrem Alter, der Schulbildung, der Konfessionszugehörigkeit, der Gewerkschaftsmitgliedschaft, der Parteineigung und schließlich der Klassifikation von Inglehart nach „Materialisten“, „Postmaterialisten“ bzw. Mischtypen⁹. Bei der Parteineigung wird entsprechend der Logik unserer Definition der Sympathieeinstufung der Altparteien nicht danach unterschieden, mit welcher dieser Parteien ein Befragter sich identifiziert, sondern lediglich danach, ob eine dauerhaftere Neigung zu einer dieser Parteien angegeben wird oder nicht. Es geht hier nicht darum, zu erklären, welche der Altparteien jemand für sympathischer hält als die anderen, sondern nur darum, warum die unter ihnen jeweils bevorzugte Partei besser oder schlechter bewertet wird.

9 Vgl. Ronald Inglehart, *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton 1977.

Tabelle 2: Bewertungen und Vertrauen gegenüber den Parteien in Teilgruppen der Bevölkerung, 1991

Mittelwerte	Beste Bewertung für CDU/CSU, SPD oder FDP		Vertrauen gegenüber den Parteien		Anzahl der Befragten	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Insgesamt	2,9	2,9	2,9	2,8	932	606
Frauen	2,8	3,0	2,9	2,8	441	307
Männer	2,9	2,9	2,9	2,9	491	299
18-30 Jahre	2,5	2,7	2,8	2,8	244	142
31-45 Jahre	2,6	3,0	2,8	2,7	314	188
46-60 Jahre	3,3	3,1	3,0	2,9	213	170
über 60 Jahre	3,3	3,0	3,0	3,0	155	105
höchstens Hauptschulabschluß o. ä.	3,0	3,2	2,9	2,9	444	172
höchstens Mittelschulabschluß o. ä.	2,9	2,8	2,9	2,8	277	265
Abitur o. ä. und weiterführende Ausbildung	2,4	2,8	2,8	2,8	211	169
Katholiken	2,8	3,0	3,0	3,1	326	23
Protestanten	3,1	3,3	2,9	3,0	468	145
Sonstige oder ohne Bekenntnis	2,2	2,8	2,6	2,7	138	438
Gewerkschaftsmitgliedschaft: nein	2,8	3,0	2,9	2,8	682	319
Gewerkschaftsmitgliedschaft: ja	3,0	2,9	2,9	2,8	250	287
Identifikation mit CDU/CSU, SPD oder FDP: nein	1,5	2,1	2,6	2,6	259	287
Identifikation mit CDU/CSU, SPD oder FDP: ja	3,4	3,7	3,0	3,0	673	319
Materialisten	3,2	3,1	3,0	3,0	121	80
Mischtypen	2,8	3,0	2,9	2,8	544	431
Postmaterialisten	2,7	2,5	2,7	2,8	267	95

Zu den Skalenwerten vgl. Legende zu Tab. 1.

Nur minimale Unterschiede in der Bewertung der Altparteien und dem Vertrauen gegenüber den Parteien sind bei der Unterteilung unserer Stichproben nach Geschlecht und nach Gewerkschaftsmitgliedschaft zu beobachten. Bei allen anderen Klassifikationsmerkmalen dagegen ergeben sich mehr oder weniger ausgeprägte Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen von Befragten, vor allem hinsichtlich der Sympathieeinstufung der am besten bewerteten Altpartei. In beiden Landesteilen bewerten ältere Bürger diese Parteien deutlich besser als jüngere Befragte und vertrauen den Parteien in höherem Ausmaß. Besonders deutlich ist der Unterschied in den Sympathieeinstufungen nach Altersgruppen in Westdeutschland. Während Personen bis zu dreißig Jahren Lebensalter die ihnen sympathischste Altpartei im Mittel nur mit 2,5 auf der Skala von -5 bis +5 bewerten, ist der Mittelwert für die Befragten über 45 Jahren 3,3. Befragte mit höherer formaler Ausbildung neigen dazu, die Altparteien

schlechter zu benoten und den Parteien insgesamt weniger zu vertrauen. Bei der Untergliederung nach der Konfession ist vor allem der Gegensatz zwischen Angehörigen der beiden großen Kirchen und den übrigen Befragten von Bedeutung. Letzteren sind die Altparteien in beiden Landesteilen mit Abstand weniger sympathisch und das Vertrauen gegenüber den Parteien ist deutlich niedriger. Im Vergleich dazu ist die Differenz zwischen Katholiken und Protestanten in Westdeutschland fast unerheblich, in Ostdeutschland ist sie wegen der sehr geringen Fallzahl der Katholiken nicht sinnvoll interpretierbar.

Kaum überraschen kann, daß zwischen Befragten mit und ohne dauerhafter Neigung zu einer der Altparteien sehr deutliche Abstände im Vertrauen gegenüber den Parteien und der Sympathiebewertung der Altparteien ermittelt werden. Die sympathischste der drei „alten“ Parteien wird in den alten Bundesländern von denjenigen, die keiner die-

Tabelle 3: Baumdiagramm der Bewertung und des Vertrauens gegenüber den Parteien 1991 nach Identifikation mit „alten“ Parteien, Alter und Bildung

Beste Bewertung für Unionsparteien, SPD oder FDP								
Insgesamt:								
West	2,9							
Ost	2,9							
Identifikation mit CDU/CSU, SPD oder FDP:	nein				ja			
West	1,5				3,4			
Ost	2,1				3,7			
Alter:	bis 45		über 45		bis 45		über 45	
West	1,3		2,0		3,2		3,6	
Ost	2,1		2,1		3,7		3,7	
mit/ohne Abitur:	mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne
West	1,0	1,4	1,8	2,0	3,0	3,3	3,3	3,6
Ost	2,2	2,1	1,9	2,2	3,7	3,7	3,4	3,8
Vertrauen gegenüber den Parteien								
Insgesamt								
West	2,9							
Ost	2,8							
Identifikation mit CDU/CSU, SPD oder FDP:	nein				ja			
West	2,6				3,0			
Ost	2,6				3,0			
Alter:	bis 45		über 45		bis 45		über 45	
West	2,5		2,8		3,0		3,0	
Ost	2,5		2,8		3,0		3,1	
mit/ohne Abitur:	mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne
West	2,4	2,6	2,6	2,9	3,0	3,0	3,0	3,0
Ost	2,5	2,6	2,7	2,8	2,9	3,1	2,9	3,1
Anzahl der Befragten								
West	66	131	9	53	84	283	52	254
Ost	45	134	40	68	39	113	45	122

Zu den Skalenwerten vgl. Legende zu Tabelle 1.

ser Parteien dauerhaft zuneigen, im Mittel nur mit dem Wert 1,5 auf dem Sympathieskalometer von -5 bis +5 bedacht. Mit 3,4 liegt der Mittelwert für diejenigen mit einer solchen Parteineigung um fast zwei ganze Skalenpunkte höher. In den neuen Bundesländern ist der Anteil der Befragten mit einer Neigung zu einer der Altparteien mit 53 gegenüber 72 Prozent zwar noch deutlich niedriger als in den alten Bundesländern, aber der Abstand in der Bewertung dieser Parteien zwischen den beiden Gruppen ist dort kaum geringer. Hinsichtlich des Vertrauens gegenüber den Parteien beträgt der Unterschied zwischen Identifizierern und Nicht-Identifizierern mit einer der Altparteien in beiden Landesteilen einheitlich 0,4 Skalenpunkte. Bei der Materialismus-Postmaterialismus-Klassifikation von Inglehart schließlich zeigt sich, daß in alten und

neuen Ländern das Vertrauen gegenüber den Parteien und die Sympathiebewertung der Altparteien unter den als „Materialisten“ eingestuften Befragten am höchsten und unter den „Postmaterialisten“ am niedrigsten ist. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß unter letzteren vor allem jüngere Befragte mit höherer formaler Bildung anzutreffen sind, während sich unter ersteren gehäuft ältere Befragte mit niedriger formaler Bildung finden.

Bisher haben wir Bewertungen und Vertrauen gegenüber den Parteien zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen für jedes Klassifikationsmerkmal getrennt unterschieden. In Tabelle 3 wird diese Aufgliederung für drei der Merkmale, bei denen sich in Tabelle 2 besonders deutliche Abstände zwischen den Teilgruppen ergaben, in

einem einfachen sogenannten „Baumdiagramm“ kombiniert, nämlich für Parteineigung, Alter und Ausbildung. In einem solchen Diagramm wird die Stichprobe von oben nach unten nach immer weiteren Merkmalen zerlegt. Die vier Alterskategorien der Tabelle 2 werden dabei zu zwei zusammengefaßt (bis 45 Jahre und darüber), nach der Ausbildung wird hier nur noch zwischen Personen mit und ohne Abitur (oder vergleichbarer Schulbildung in den neuen Bundesländern) unterschieden, weil ansonsten zu viele Einzelgruppen mit zu niedrigen Fallzahlen entstünden.

Diese Kombination von Einzelmerkmalen führt vor allem in Westdeutschland und bei der Sympathieeinstufung der Altparteien zu einer deutlich größeren „Spreizung“ der gruppenspezifischen Mittelwerte. In der letzten Zeile des Teildiagramms für die beste Bewertung von Unionsparteien, SPD oder FDP findet man für die alten Bundesländer eine kontinuierliche Zunahme der Sympathiewerte von links nach rechts vor. Befragte mit Abitur und unter 46 Jahren, die keiner dieser Parteien zuneigen, vergeben im Mittel als besten Skalometerwert nur 1,0 an eine der Altparteien. Befragte über 45 Jahren und ohne Abitur mit dauerhafter Neigung zu einer dieser Parteien dagegen verteilen im Mittel den Skalometerwert 3,6.

In den neuen Bundesländern ist diese Spannweite deutlich geringer. Hier fällt überdies auf, daß die jeweils niedrigsten Sympathiewerte mit und ohne Neigung zu einer der Altparteien jeweils von den Befragten mit höherer formaler Bildung über 45 Jahren vergeben werden, während dies in Westdeutschland bei den jüngeren Personen mit Abitur der Fall ist. Der Grund hierfür dürfte sein, daß sich unter diesen Befragten noch am ehesten Personen mit einer verantwortlichen Rolle in der ehemaligen DDR befinden, denen es verständlicherweise am schwersten fällt, sich mit den etablierten Parteien der alten Bundesrepublik anzufreunden. Ein Beleg für diese Vermutung ist, daß unter ihnen auch überdurchschnittlich viele sind, die angeben, bei der Bundestagswahl 1990 die PDS gewählt zu haben.

Im unteren Teildiagramm der Tabelle 3 für das Vertrauen gegenüber den Parteien zeigt sich, daß auch bei Kombination mehrerer Merkmale keine so ausgeprägte „Spreizung“ der Mittelwerte in den Teilgruppen erreicht wird. In beiden Landesteilen beträgt der Abstand zwischen den extremen Gruppen nur 0,6 Skalenpunkte. Hervorzuheben ist hier ferner, daß Alter und Bildung hinsichtlich des Vertrauens gegenüber den Parteien bei Befragten mit einer Neigung zu einer der Altparteien in den alten Bundesländern überhaupt keinen Unterschied ergeben und in den neuen nur einen relativ geringen.

Bei den Personen ohne eine derartige Parteiidentifikation dagegen sind in beiden Landesteilen spürbare Differenzen nach Alter und formaler Bildung festzustellen. Identifikation mit einer dieser Parteien bewirkt also relativ gleichförmiges, höheres Vertrauen gegenüber den politischen Parteien, während ohne eine derartige dauerhafte Bindung das Vertrauen bei jüngeren und besser qualifizierten Befragten deutlich geringer ist als bei älteren mit niedrigerem Bildungsstand.

III. Erklärungsfaktoren für Parteiverdrossenheit im Überblick

Entsprechend der in der Einleitung formulierten These, daß Parteiverdrossenheit auch als Ergebnis „rationaler“ Beurteilungsprozesse der Bürger entstehen kann, beziehen wir hier die folgenden potentiellen Erklärungsfaktoren in die Untersuchung ein¹⁰: An erster Stelle ist die den drei „alten“ Parteien zugeschriebene Problemlösungskompetenz zu nennen. Die Befragten hatten (mit Ausnahme von 1992) die drei ihrer Meinung nach gegenwärtig wichtigsten politischen Probleme für die Bundesrepublik anzugeben (offene Fragen ohne Vorgaben). Anschließend wurden sie zu jedem dieser Probleme gefragt, welche Partei dieses Problem denn am ehesten lösen könnte. Zur Ermittlung der in der ersten Spalte im oberen Teil der Tabelle 4 wiedergegebenen Meßwerte wurde einfach ausgezählt, wie oft bei dieser Nachfrage eine der Altparteien genannt wurde. Der Mittelwert von 2,1 für Westdeutschland 1990 besagt also, daß im Durchschnitt aller Befragten etwas über zweimal eine der Altparteien als am kompetentesten für die Lösung der drei wichtigsten Probleme genannt wurde.

Unsere zweite Erklärungsgröße ist die Nichtübereinstimmung mit den Altparteien bei einer Reihe von umstrittenen politischen Sachfragen. In allen drei Erhebungen wurden den Befragten jeweils mehrere (in der Regel sechs) solche Streitfragen mit der Bitte vorgelegt, auf einer Skala mit sieben Punkten und vorgegebenen Extrempositionen zunächst anzugeben, welche Position oder Politik ihrer Meinung nach die einzelnen Parteien verfolgen, und dann auch ihre eigene Haltung dazu einzustufen. Anhand dieser Daten wurde ermittelt, wie oft ein Befragter sowohl eine eigene Meinung hatte als auch alle drei Altparteien auf diesem Meinungskontinuum verortete, alle diese Parteien aber von seiner eigenen Position aus als in ein- und

¹⁰ Vgl. auch die Anmerkungen zu Tabelle 4.

Tabelle 4: Erklärungsgrößen für Bewertungen und Vertrauen gegenüber den Parteien

Mittelwerte	Problemlösungskompetenz der drei „alten“ Parteien	Nichtübereinstimmung mit Positionen der drei „alten“ Parteien	Interessenvertretung durch die drei „alten“ Parteien	Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage	Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage	Beurteilung der Entwicklung in verschiedenen Politikfeldern
1990	2,1	0,43	0,81	0,24	0,16	- 0,06
West 1991	1,8	0,44	0,79	0,17	0,14	- 0,15
1992	-	0,50	0,76	- 0,04	0,07	- 0,24
Ost 1991	1,9	0,49	0,62	- 0,28	0,02	- 0,31
1992	-	0,53	0,59	- 0,10	0,17	- 0,35

Problemlösungskompetenz: Durchschnittliche Anzahl der Nennungen einer der „alten“ Parteien als am kompetentesten für die Lösung der drei nach Meinung des Befragten wichtigsten Probleme für die Bundesrepublik (Minimum = 0, wenn keine einzige Nennung der „alten“ Parteien als kompetent, Maximum = 3, wenn bei allen drei Problemen eine der „alten“ Parteien als kompetent genannt).

Nichtübereinstimmung: Anteil der politischen Sachfragen, bei denen alle „alten“ Parteien vom Befragten von seiner eigenen Position aus auf einer Seite des Meinungskontinuums gesehen werden (Minimum = 0, wenn das bei keiner einzigen Sachfrage der Fall ist, Maximum = 1, wenn das bei allen vorgelegten Sachfragen der Fall ist).

Interessenvertretung: Anteil der sozialen Gruppen und Organisationen (Arbeiter, Angestellte, Selbständige, Rentner, Frauen, schlechter Verdienende, besser Verdienende, katholische Kirche, Gewerkschaften), denen der Befragte angehört und deren beste Interessenvertretung durch eine der „alten“ Parteien gesehen wird (Minimum = 0, wenn das für keine dieser Gruppen der Fall ist, Maximum = 1, wenn für alle Gruppen, denen der Befragte angehört, beste Interessenvertretung durch eine der „alten“ Parteien gesehen wird).

Allgemeine wirtschaftliche Lage: Kombination (mit gleichen Gewichten) aus der Bewertung der gegenwärtigen allgemeinen wirtschaftlichen Lage, ihrer Entwicklung in den letzten Jahren und der Erwartung für die Zukunft (Minimum = - 1, wenn alle drei Komponenten extrem negativ eingeschätzt werden, Maximum = + 1, wenn alle drei Komponenten extrem positiv eingeschätzt werden).

Persönliche wirtschaftliche Lage: Analog zur Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

Entwicklung in Politikfeldern: Mittlere Beurteilung der Entwicklung der letzten Jahre in der Bundesrepublik in den folgenden Bereichen: Arbeitslosigkeit, Renten, Wohnungsversorgung, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung der Frau, Drogenmißbrauch und Umweltschutz (Minimum = - 1, wenn in allen Bereichen eine „wesentliche“ Verschlechterung angegeben wird, Maximum = + 1, wenn in allen Bereichen eine „wesentliche“ Verbesserung angegeben wird).

-: Nicht erhoben.

derselben Richtung mehr oder weniger von sich selbst entfernt betrachtete.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Eine der in allen Erhebungswellen in beiden Landesteilen vorgelegten Streitfragen war die Haltung zur Reform des Paragraphen 218. Dabei wurde eine Skala mit sieben Punkten von „starker Einschränkung“ bis zu „deutlicher Erleichterung“ der Möglichkeiten legaler Abtreibung zur Verortung der wahrgenommenen Positionen der Parteien und der eigenen Meinung der Befragten vorgegeben. Bezog ein Befragter selbst eine „liberalere“ oder „konservativere“ Position, als er jeder der Altparteien zuschrieb, wurde dies hier als ein Fall der „Nichtübereinstimmung“ mit der Politik dieser Parteien gewertet. Die Logik ist, daß eine Person, die sich auf einem Politikkontinuum von der eigenen Position aus gesehen auf beiden Seiten von Parteien umgeben sieht, die eigene Meinung eher

als im Parteienspektrum repräsentiert betrachten wird als ein Bürger, der empfindet, daß alle Parteien in derselben Richtung anderer Meinung sind als er selbst. Der in Tabelle 4 für Westdeutschland 1990 berichtete Wert von 0,43 ist so zu interpretieren, daß 43 Prozent aller vollständigen Antworten (Angabe einer eigenen Meinung sowie Einschätzung der Positionen aller Altparteien) einem solchen Muster entsprachen.

Die nächste potentielle Erklärungsgröße für das Ausmaß der individuellen Parteiverdrossenheit ist die Stärke der Wahrnehmung, daß die eigenen Interessen durch die Altparteien nicht vertreten werden¹¹. Unsere Umfragen enthielten eine Reihe

¹¹ Vgl. hierzu Karl-Heinz Dittrich, Das Bild der Parteien im vereinten Deutschland: Für welche Bevölkerungsgruppen setzen sie sich ein?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34-35/92, S. 26-35.

von Fragen danach, welche Partei die Interessen bestimmter sozialer Gruppen am besten vertritt. Für jeden Befragten wurde ermittelt, bei welchem Anteil der sozialen Gruppen, denen er/sie selbst angehört, eine der Altparteien als die beste Interessenvertretung angegeben wurde. Der in Tabelle 4 für Westdeutschland 1990 berichtete Mittelwert von 0,81 besagt also, daß 81 Prozent aller Nennungen als beste Interessenvertretung für Gruppen, denen man selbst angehört, auf die Altparteien entfielen, während zu 19 Prozent andere Parteien genannt wurden oder angegeben wurde, daß keine Partei die Interessen dieser Gruppe vertritt.

Während diese drei Erklärungsgrößen gewissermaßen auf das politisch-instrumentelle Verhältnis zwischen Befragten und Parteien in den Bereichen der wahrgenommenen Kompetenz, inhaltlichen Übereinstimmung und Interessenvertretung abzielen, ist das bei den restlichen drei nicht der Fall. Hier geht es vielmehr um die Wahrnehmung von Entwicklung und Zukunftsperspektiven der Leistungen des politischen Systems.

Es ist immer wieder behauptet worden, daß die Zufriedenheit mit der Demokratie und dem politischen System in der Bundesrepublik stark mit der wirtschaftlichen Lage zusammenhängt, wobei über Form und Stärke solcher Zusammenhänge durchaus Kontroversen bestehen¹². Wenn dem so ist, dann wäre es sehr erstaunlich, wenn dies nicht auch auf die Bewertung und das Vertrauen gegenüber den Parteien durchschlagen würde – schließlich gehören sie zu den zentralen Akteuren innerhalb des politischen Systems, die sich jede Verbesserung der ökonomischen Situation gerne als Verdienst ihrer eigenen Politik anrechnen. Deshalb berücksichtigen wir als vierten und fünften Faktor die Beurteilung der allgemeinen und der persönlichen wirtschaftlichen Lage durch die Befragten, wobei jeweils Urteile über die Entwicklung der letzten Jahre und die gegenwärtige Situation sowie Zukunftserwartungen in einem Meßwert zusammengerechnet werden.

Der letzte hier einbezogene Erklärungsfaktor ist die Beurteilung der Entwicklung der letzten Jahre in Deutschland in einer Reihe von verschiedenen Politikfeldern durch die Befragten. In allen Erhebungen wurde eine einheitliche Liste von Politik-

bereichen vorgegeben, zu denen die Befragten sagen sollten, ob sich die Situation in den letzten Jahren eher verbessert oder eher verschlechtert habe. Vorgegeben wurde eine Skala mit fünf Punkten von „wesentlich verschlechtert“ bis „wesentlich verbessert“. Für die Zwecke dieser Auswertung wurden nur die umwelt- und sozialpolitischen Problemfelder in die Mittelwertbildung einbezogen, während außen- und sicherheitspolitische ausgeblendet blieben.

Betrachtet man diese sechs Erklärungsfaktoren nun im Überblick, wird sofort deutlich, daß mit geringfügigen Ausnahmen ihr Trend völlig parallel zur Erosion der positiven Bewertungen und des Vertrauens gegenüber den Altparteien verläuft. Diese Ausnahmen stellen sich in Ostdeutschland bei der Beurteilung der allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Lage ein. Zwischen 1991 und 1992 verbesserten sich dort beide Einschätzungen deutlich, was vor allem auf wachsenden Optimismus für die Zukunft zurückzuführen ist. Alle anderen Meßwerte dagegen zeigen mehr oder weniger deutlich nach unten.

In Westdeutschland wurden 1991 die Altparteien weniger häufig als kompetent zur Lösung der wichtigsten politischen Probleme eingeschätzt als im Vorjahr (1992 wurden die Fragen nach der Problemlösungskompetenz der Parteien nicht gestellt). Der Anteil der Nichtübereinstimmung mit den Positionen der Altparteien zu politischen Streitfragen nahm in beiden Landesteilen zu, die Überzeugung, daß die eigenen Interessen durch sie am besten vertreten würden, nahm ab. In Westdeutschland verschlechterten sich zwischen 1990 und 1992 auch die Beurteilungen der persönlichen und noch stärker der allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

Die Entwicklung in den verschiedenen vorgelegten Politikfeldern schließlich wurde in den alten wie den neuen Bundesländern zunehmend negativ eingeschätzt. In allen Erhebungen waren Angaben, die Situation habe sich verschlechtert, häufiger als positive Aussagen. Dieser Überhang von Wahrnehmungen der Verschlechterung im Bereich der Umwelt- und Sozialpolitik war in Westdeutschland 1990 nur geringfügig, verstärkte sich aber von Jahr zu Jahr. Die ostdeutschen Befragten begannen bereits 1991 mit sehr negativen Einschätzungen der Entwicklung; 1992 waren die Beurteilungen der wiederholt befragten Personen noch skeptischer geworden. Angesichts eines Untersuchungszeitraums von nur einem Jahr in Ostdeutschland und zwei Jahren in Westdeutschland sind die meisten dieser Veränderungen ausgesprochen kräftig ausgeprägt.

12 Vgl. Hans Rattinger/Zoltan Juhasz, Wirtschaftslage und Zufriedenheit mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland 1972–1987, in: Karl Schmitt (Hrsg.), Wahlen, Parteieliten, politische Einstellungen, Frankfurt 1990, S. 275–316; Oscar W. Gabriel, Demokratiezufriedenheit und demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/87, S. 32–45.

IV. Erklärung von Parteiverdrossenheit

Kommen wir nun zum letzten Schritt der Analyse, nämlich zur Überprüfung, inwiefern Parteiverdrossenheit und die soeben dargestellten Erklärungsfaktoren miteinander in Beziehung stehen. Nach unseren Erhebungen ist dies in der Tat der Fall – und zwar teilweise sehr deutlich. Alle ermittelten Zusammenhänge liegen in der erwarteten Richtung: Je höher die Problemlösungskompetenz der Altparteien eingeschätzt wird, je mehr an Interessenvertretung durch sie geglaubt wird, je besser die allgemeine und die persönliche wirtschaftliche Lage und die Entwicklung in sonstigen Politikfeldern beurteilt wird, um so höher liegen Bewertungen und Vertrauen gegenüber den Parteien. Die negative Richtung bei einer Nichtübereinstimmung mit den Altparteien in politischen Streitfragen ist ebenfalls wie erwartet: Je größer diese Nichtübereinstimmung bei einem Befragten ist, um so niedriger fallen Beurteilung und Vertrauen gegenüber den Parteien aus.

Wann immer nach der Problemlösungskompetenz der Parteien gefragt wurde, erweist sie sich als wirkungsvollster Bestimmungsfaktor für die Sympathieeinstufung der Altparteien. An zweiter Stelle folgen in Westdeutschland das Gefühl der Interessenvertretung durch diese Parteien und der Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung mit ihnen hinsichtlich politischer Streitfragen, während die Zusammenhänge mit den Einschätzungen der allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Lage deutlich geringer sind. In Ostdeutschland dagegen werden die Bewertungen der Parteien vor allem 1992 durch Urteile über die Leistungen des politischen Systems noch stärker beeinflusst als durch das Gefühl der Interessenvertretung oder Meinungsverschiedenheiten mit diesen Parteien.

Für das den Parteien entgegengebrachte Vertrauen sind in beiden Landesteilen an erster Stelle die Einschätzungen der Leistungen des politischen Systems in den verschiedenen vorgelegten Politikbereichen verantwortlich. An zweiter Stelle folgen in den alten Bundesländern Urteile über die Problemlösungskompetenz der Parteien und Übereinstimmung oder die Nichtübereinstimmung mit ihnen in aktuellen politischen Streitfragen, während in Ostdeutschland auch die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage einen gewichtigen Einfluß hat.

In beiden Landesteilen werden Veränderungen der Sympathiebewertungen für die Altparteien durch Veränderungen der wahrgenommenen Pro-

blemlösungskompetenzen, der Nichtübereinstimmung in Sachfragen und des Gefühls der Interessenvertretung durch diese Parteien stärker beeinflusst als durch Veränderungen der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Entwicklung in sonstigen Politikfeldern. Bei den Veränderungen des Vertrauens gegenüber den Parteien ist es genau umgekehrt: Hier sind vor allem Verschlechterungen der wahrgenommenen Leistungen des politischen Systems für den Vertrauensverlust verantwortlich.

V. Abschließende Bemerkungen

Parteiverdrossenheit ist kein leeres Schlagwort. Das Vertrauen in die Parteien hat in der Bundesrepublik in den letzten Jahren abgenommen, und sie werden von den Bürgern zunehmend schlechter bewertet. Dieser Befund kann nicht wegdiskutiert werden. Man kann es sich einfach machen und ihn auf die gehässige Kritik feindseliger Medien zurückführen. Die Sozialwissenschaften sind zu einer gründlicheren Ursachenforschung aufgerufen. Dabei werden in der Regel Erklärungsansätze in den Vordergrund gestellt, die einerseits auf strukturelle Inkompatibilitäten zwischen Parteiensystem und gesellschaftlicher Modernisierung verweisen und andererseits auf Defizite des Erscheinungsbildes, der Organisation und der wahrgenommenen Verhaltensweisen der Parteien.

Wir haben uns hier einige weitere Erklärungsfaktoren vorgenommen, welche die Parteienverdrossenheit als das Ergebnis „rationaler“ Abwägungsprozesse der Bürger darstellen. Diese Faktoren leisten in der Tat einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Erklärung des zunehmenden Mißbehagens gegenüber den Parteien. Daß wir dabei nicht einen noch viel höheren Anteil der Unterschiede im Ausmaß der Parteiverdrossenheit zwischen verschiedenen Bürgern erklären können, kann kaum überraschen. Da Parteiverdrossenheit viele Ursachen hat und wir andere relevante Erklärungsgrößen ausgeblendet haben, können wir nur eine teilweise Erklärung erwarten. Nur eine gleichzeitige Untersuchung aller Gruppen von Bestimmungsfaktoren könnte eine vollständigere Analyse des Phänomens ergeben – hätte aber den hier verfügbaren Rahmen weit gesprengt.

Neben derjenigen nach ihren Ursachen ist für die Altparteien selbst (und für jeden politisch Interessierten) die interessanteste Frage natürlich, ob dieser Prozeß der Abkehr von den Parteien unumkehrbar ist. Darüber kann man nur spekulieren, aber in Kenntnis der hier untersuchten Bestim-

mungsfaktoren der Parteiverdrossenheit läßt es sich informierter spekulieren. Wenn Sympathie und Vertrauen gegenüber den Parteien auch von den Leistungen des politischen Systems im wirtschaftlichen und in sonstigen Politikbereichen abhängen, dann ist eine Möglichkeit, den Trend umzukehren, eine Verbesserung dieser Leistungen. Dies ist wesentlich leichter gesagt als getan, besonders im ökonomischen Bereich und in der gegenwärtigen Lage nach der Vereinigung. Eine Alternative wäre der Versuch, Einstellungen zum politischen System und seinen Hauptakteuren stärker von den Bewertungen seiner Leistungen „abzukoppeln“. Auch dies ist leicht gesagt und schwer zu realisieren.

Wirtschaftswachstum und Wohlstand sind seit den fünfziger Jahren die „Nationalideologie“ der Bundesrepublik. Das Wirtschaftswunder bewirkte das „Wahlwunder“, also das rasche Verschwinden der kleinen Parteien und die Konzentration des Parteiensystems auf diejenigen, die wir heute als Altparteien bezeichnen¹³. Keine von ihnen wurde – solange sie an der Regierung war – müde, wirtschaftliche Erfolge der Bundesrepublik als Ergebnis ihrer Politik anzupreisen. Vor diesem Hintergrund Rückgänge der Leistungsindikatoren so darzustellen, als hätten sie mit der eigenen Politik nichts zu tun, mag objektiv richtig sein, klingt aber nicht sehr glaubwürdig. In schlechteren Zeiten bezahlen also die Parteien den Preis dafür, daß sie in Schönwetterzeiten alle Erfolge sich selbst zugerechnet haben.

Die Verknüpfung zwischen der Zufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems und jener mit diesem System selbst und seinen zentralen Institutionen ist in den alten Bundesländern über die Jahrzehnte hinweg zwar etwas zurückgegangen, aber ob diese Verbindung ganz aufgelöst werden kann, ist mehr als fraglich, obwohl das für die Stabilität der Demokratie in Deutschland normativ sicher wünschenswert wäre. Die Ereignisse im Zusammenhang mit der Vereinigung des Landes stimmen da eher skeptisch. Wenn es dabei überhaupt eine Chance gegeben hat, die Effizienzorientierung der Unterstützung für die Demokratie zu vermindern, dann wurde sie gründlich versäumt.

Der Erwerb der politischen Freiheit wurde den Bürgern der ehemaligen DDR von der Politik der alten Bundesrepublik nicht als ein Vorgang ange-

boten, der mit raschem Wohlstand zunächst einmal gar nichts zu tun hat. Vielmehr wurden die beiden Dinge zu einem untrennbaren Paket verknüpft. Das begann mit der Währungsunion und der günstigen Umstellung der Altguthaben. Der Beitritt zur Bundesrepublik wurde als eine Kombination aus Übernahme der freiheitlichen Ordnung des Grundgesetzes und rascher Erlangung ökonomischen Wohlstands „verkauft“. Allen Bundesbürgern sollte es nach der Vereinigung besser gehen, denen in Ostdeutschland sehr schnell sehr viel besser. Daß die Wohlstandskomponente für viele Bürger in den neuen Bundesländern sehr viel wichtiger wurde als der Erwerb politischer Freiheiten, ist ebensowenig verwunderlich wie die negativen Konsequenzen der Nichterfüllung der derart erzeugten Erwartungen für die Bewertungen des politischen Systems und seiner Institutionen. Vor diesem Hintergrund ist es auch gut verständlich, daß in der hier vorgelegten Analyse die Parteiverdrossenheit in Ostdeutschland noch stärker mit der Einschätzung der Leistungen des politischen Systems zusammenhängt als in den alten Bundesländern.

Hinsichtlich der Umkehrbarkeit der negativen Entwicklung in den drei anderen hier untersuchten Bestimmungsfaktoren der Parteiverdrossenheit ist ebenfalls Skepsis angezeigt. Für die Einschätzung der Problemlösungskompetenz der Parteien gilt ähnliches wie für die Leistungen des politischen Systems. Nimmt die Zufriedenheit mit letzteren zu, werden sich auch die Kompetenzurteile der Bürger über die Parteien verbessern. Bei raschem Wirtschaftswachstum und dadurch möglichen sichtbaren Fortschritten in anderen Politikfeldern wird es nicht schwierig sein, wieder mehr Bürger von der eigenen Leistungsfähigkeit und Kompetenz zu überzeugen. Die Machbarkeit dieser Strategie wurde bereits oben kommentiert.

Auch die Abnahme des Gefühls der Vertretung eigener Interessen durch die Parteien ist nicht leicht umzukehren. Sicher hängt es ebenfalls mit der Leistungsbilanz zusammen, noch viel mehr aber mit den in der Einleitung erwähnten Strukturproblemen des Parteiensystems. Klassische, gruppenspezifische Interessenparteien hätten in dieser Beziehung geringe Probleme. Volksparteien stehen aber vor der Schwierigkeit, daß sie gleichzeitig sehr heterogene Interessenlagen aufnehmen müssen. Damit nimmt aber notwendigerweise ihre Identifikation in der Bevölkerung mit bestimmten, eng abgegrenzten Interessen ab. Die Altparteien sitzen in der Tat in der Wiesendahlischen „Modernisierungsfalle“. Daraus kommen sie nicht so leicht heraus. Noch nicht einmal die Rückentwicklung zu segmentierten und partikularen Interessenparteien wäre ein Rettungsring, weil aufgrund des

13 Vgl. Werner Kaltefleiter, *Wirtschaft und Politik in Deutschland*, Köln 1966; Hans Rattinger, *Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1980; Helmut Jung, *Wirtschaftliche Einstellungen und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Paderborn 1982.

gesellschaftlichen Wandels die interessenmäßig homogenen Milieus stark erodiert sind.

Was schließlich die zunehmende Nichtübereinstimmung mit den Altparteien in aktuellen politischen Sachfragen angeht, so könnte hier höchstens unter Konditionen Land in Sicht sein, die mit dem Selbstverständnis der Parteien kollidieren. Der Anstieg solcher Wahrnehmungen bei den Bürgern stellt den Preis dar für die Realisierung von Artikel 21 des Grundgesetzes. Wenn die Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken wollen, dann können sie nicht einfach demoskopisch ermitteln, wo die Präferenzen der jeweiligen (vermuteten) Anhängerschaften liegen und sich dann genau dort einpendeln. Selbst wenn die Sympathisanten aller Altparteien z. B. finanziellen Opfern der Bundesbürger im Interesse der Hilfe für die Staaten des ehemaligen Ostblocks mehrheitlich skeptisch gegenüberstehen sollten, ist es für verantwortliche Parteiführungen unerlässlich, die internationale Situation, die Verpflichtungen sowie Anforderungen von Verbündeten mitzure-

flektieren – um im Ergebnis vielleicht mehr oder weniger stark auch von den aktuellen Präferenzen vieler eigener Anhänger abzuweichen. Die Parteien können je nach Verteilung der Meinungen in der Bevölkerung vor der Wahl zwischen populistischer Anpassung und politischer Führung stehen. Der Preis für die Entscheidung zugunsten letzterer kann (zumindest vorübergehend) eine Zunahme der Parteiverdrossenheit sein.

Für die Altparteien in der Bundesrepublik sind harte Zeiten angebrochen. Durch ihre unzureichenden personellen Angebote, Korruption, Selbstbedienung, Skandale usw. arbeiten sie selbst kräftig an ihrem eigenen Imageverlust mit. In der Politik geht es aber nicht nur um affektive oder moralische Bewertungen. Wir haben hier gesehen, daß auch das rationale Nachdenken über Leistungsbilanzen, Interessenvertretung und politische Sachfragen die Bürger dazu bewegen kann, den Altparteien weniger zu vertrauen als früher und ihnen schlechtere Zeugnisse auszustellen.

Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille

I. Steigende Unzufriedenheit der Wähler?

In den letzten Monaten erfuhren Begriffe wie „Parteien- und Politikverdrossenheit“ in der deutschsprachigen politischen Publizistik eine unerwartete Renaissance. Ausgelöst wurde die Diskussion durch die Beunruhigung über das deutliche Anwachsen der „Partei der Nichtwähler“ zwischen den Bundestagswahlen 1983 und 1990 und die Zunahme der Unterstützung dritter, dem parlamentarischen System oder dem liberalen Rechtsstaat kritisch gegenüberstehender Parteien in der Bevölkerung. In diesem Zeitraum verdoppelte sich der Anteil der Nichtwähler in den alten Bundesländern von 10,9 auf 21,6 Prozent. Hinzu kam in den neuen Bundesländern ein drastischer Rückgang der Wahlbeteiligung zwischen der Volkskammerwahl am 18. März 1990 mit 9,2 Prozent und der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 mit 24,5 Prozent Nichtwählern.

Nur geringfügig zeitversetzt verloren also die „etablierten“, das politische System der Bundesrepublik repräsentierenden Parteien CDU, CSU, SPD und FDP seit 1980 in erheblichem Maße an Rückhalt bei den Wahlberechtigten, während gleichzeitig der Anteil der dem Rechts-, Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik eher distanziert oder ablehnend gegenüberstehende Bewegungen von 2 Prozent im Jahre 1980 auf fast 10 Prozent (1990) anwuchs.

Das ständig wiederholte Leitmotiv der diese Entwicklung erklärenden Diskussion läßt sich wie folgt beschreiben: Die zunehmende Wahlenthaltung (und man könnte hinzufügen: die gleichzeitig erfolgende Abkehr von den etablierten Parteien) sei eine Reaktion auf die steigende Unzufriedenheit mit „den Politikern“, „den (großen) Parteien“, „der Politik“ oder auch „dem politischen System“. So gesehen wären sowohl das Nichtwählen als auch die wachsende Unterstützung von „dritten“ Parteien in der Tat Kehrseiten der gleichen Medaille – nämlich Ausdruck einer Wahlenthaltung, die nicht auf die leichte Schulter genommen werden sollte.

Dies ist ein recht einfaches, die Realität vermutlich nur unvollständig abbildendes Modell. Nachfolgend wird daher versucht, dieses Modell durch die Einbeziehung weiterer Ursachen des Nichtwählens einerseits zu relativieren, andererseits zu präzisieren, indem der Frage nachgegangen wird, wie diese Unzufriedenheit im politischen Bereich und die mutmaßlich mit ihr korrespondierende Wahlenthaltung als Einflußgrößen einzuordnen sind und wie sie sich über die Zeit entwickelt haben.

Wie frühere Studien belegen, ist das Ausmaß der Wahlenthaltung normalerweise auf eine ganze Reihe unterschiedlicher Ursachen zurückzuführen¹. Im folgenden wollen wir zunächst den beteiligungsmindernden Effekt dreier wichtiger Einflußfaktoren untersuchen, und zwar erstens die Politik-, Parteien- und Systemverdrossenheit, zweitens das geringe politische Interesse und drittens die Abwesenheit von Parteibindungen. Diese drei Faktoren weisen nach den weitergehenden, von den Autoren in den vergangenen Monaten durchgeführten Untersuchungen, auf denen die nachstehende Analyse teilweise aufbaut, den stärksten Zusammenhang mit der Wahlenthaltung auf².

II. Faktoren der Wahlenthaltung zu Beginn der neunziger Jahre

Tabelle 1 stellt anhand monatlich durchgeführter Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen aus dem Jahre 1991, die für die Zwecke dieser Analyse zusammengefaßt und wie eine einzige große Umfrage mit mehr als 20 000 Interviewten behandelt

1 Vgl. für eine nach wie vor gültige Auflistung möglicher Fehlerquellen bei der Bestimmung der Wahlbeteiligungsziffern Ralf-Rainer Lavies, Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht, Düsseldorf 1973, Kap. 2.

2 Vgl. Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, Der Nichtwähler – Das unbekanntes Wesen, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990 (Arbeitstitel), Opladen 1993 (i. E.). Wo Entwicklungen im Zeitverlauf untersucht werden, geht die vorliegende Untersuchung über diesen Basisaufsatz hinaus und stellt insofern eine Ergänzung dazu dar.

Tabelle 1: Wahlentscheidung 1991 innerhalb verschiedener Befragtengruppen

		CDU/						andere Parteien einzeln						
		NW	CSU	DSU	FDP	SPD	Andere	GRÜ	PDS	REP	NPD	ÖDP	Graue	
politisches Interesse vorhanden	West	ja	6	35	-	8	39	11	7	0	1	1	1	1
		nein	15	32	-	3	44	6	3	0	2	0	1	0
	Ost	ja	16	20	1	8	33	23	11	8	2	0	1	1
		nein	34	24	1	5	25	11	6	1	0	0	1	0
Parteibindung vorhanden?	West	ja	5	39	-	7	42	6	5	0	1	0	0	0
		nein	19	27	-	10	31	13	9	0	2	0	1	1
	Ost	ja	12	29	1	9	34	16	7	7	1	0	0	1
		nein	31	19	1	8	28	13	8	2	1	0	0	0
Zufrieden mit Demokratie etc.?	West	ja	5	45	-	9	35	6	5	0	1	0	0	0
		nein	20	15	-	5	46	14	9	0	3	0	1	1
	Ost	ja	9	41	1	11	28	10	6	1	0	0	0	0
		nein	29	13	0	7	30	20	9	9	1	0	0	1
Zufrieden mit Reg. und/oder Opposition?	West	ja	7	37	-	7	40	9	5	0	1	0	0	0
		nein	24	17	-	7	31	21	14	1	4	0	1	1
	Ost	ja	18	29	1	9	31	12	7	4	0	0	0	1
		nein	35	8	0	7	19	29	12	14	2	0	0	1

NW: Nichtwähler.
 PDS: PDS/Linke Liste.
 NPD: West und DVU.
 GRÜ: GRÜNE Ost: inkl. Bündnis '90.
 ÖDP: Ökologisch-Demokratische Partei.
 REP: Republikaner
 Andere: andere Parteien (außer CDU/CSU, DSU, FDP, SPD).

Quelle: Kumulierte Politbarometer West und Ost des Jahres 1991.

wurden, den Zusammenhang zwischen diesen Einflußgrößen und der Wahlenthaltungsabsicht dar. In den beiden Wahlgebieten wurden mit rund 1 000 Befragten jeweils ca. 12 Befragungen durchgeführt; allerdings wurden einige der unten analysierten Fragen nicht in jeder Umfrage gestellt. Die Erhebungen erfolgten dabei – mit weitestgehend identischen Fragen – in den alten Bundesländern in Form von Telefonumfragen und in den neuen Bundesländern in Form direkter mündlicher Befragungen.

a) *Politisches Interesse:* In Tabelle 1 werden – getrennt nach alten und neuen Bundesländern – die Befragten zunächst in zwei Gruppen aufgeteilt: in solche ohne politisches und in solche mit politischem Interesse³. Wiedergegeben ist der Anteil der politisch interessierten und nicht interessierten Befragten, die nach der sogenannten Wahlsonntagsfrage in der Bundestagswahl 1990 die CDU/CSU, die SPD, die FDP usw. gewählt haben oder

die sich als „Nichtwähler“ einstufen. Auf diese Sonntagsfrage wird im folgenden immer dann zurückgegriffen, wenn von „Wahlverhalten“ oder „Wahlbeteiligung“ die Rede ist. Erwartungsgemäß finden sich unter den politisch Uninteressierten mehr Nichtwähler als unter den restlichen (mehr oder weniger interessierten) Befragten. Ein deutlich erhöhter Anteil an Wählern möglicher Protestparteien wie der GRÜNEN (im Osten inklusive des Bündnis '90), der Republikaner oder der PDS ist unter den politisch Uninteressierten nicht festzustellen. Im Gegenteil: Sowohl die GRÜNEN als auch (im Osten) die PDS werden verstärkt von politisch Interessierten gewählt. Über die Republikaner ist aufgrund der geringen Fallzahl – das politische Interesse wurde 1991 von der Forschungsgruppe Wahlen jeweils nur in einer Umfrage mit rund 1 000 Befragten erhoben – in dieser Hinsicht keine sichere Aussage möglich⁴.

b) *Parteibindung:* Die nicht längerfristig an eine Partei gebundenen Befragten neigen sowohl in den

³ Die Gruppen wurden anhand der Antworten „nein, gar nicht“, „ja“ bzw. „nicht besonders“ auf die Frage nach dem politischen Interesse gebildet.

⁴ Interpretiert werden sollten nur klare Differenzen, da es sich um Umfrageergebnisse handelt. Die Interpretation klei-

alten als auch in den neuen Bundesländern sehr viel stärker zur Wahlenthaltung als Wahlberechtigte mit Parteibindung. Bei ihnen ist ferner in den alten Bundesländern eine verstärkte Tendenz feststellbar, „andere“ Parteien (d.h. weder die CDU/CSU noch die FDP oder die SPD) zu wählen; in den neuen Bundesländern wird die PDS eher von Befragten gewählt wird, die sich mit einer Partei (in diesem Falle: der PDS) identifizieren.

c) *Parteien- und Systemverdrossenheit*: Aus Tabelle 1 geht weiter hervor, daß sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern Befragte, die allgemein mit der Demokratie in der Bundesrepublik (d.h. dem ganzen politischen System oder mit den Leistungen von Regierung und Opposition im Bundestag) unzufrieden sind, verstärkt eine Neigung zum Nichtwählen zeigen. Daneben wählen solche Befragte häufiger die GRÜNEN und in den neuen Bundesländern die PDS. Auch für die Republikaner zeichnet sich in den alten Bundesländern ein entsprechender, angesichts geringer Fallzahlen allerdings nur mit Vorsicht zu interpretierender Zusammenhang ab. Wie die GRÜNEN und die PDS werden sie offenbar tendenziell eher von den Unzufriedenen gewählt, was sich mit früheren Forschungsergebnissen deckt, nach denen die Republikaner von ihren Anhängern oft als „Partei des kleinen Mannes“ und der Benachteiligten angesehen werden⁵.

Insgesamt zeigt Tabelle 1 deutliche Zusammenhänge zwischen mangelndem politischen Interesse, einer nicht vorhandenen Parteibindung und Unzufriedenheit mit der Demokratie allgemein sowie dem politischen System und den (gesamten) im Bundestag vertretenen etablierten Parteien auf der einen Seite und der Absicht, sich nicht an Wahlen zu beteiligen, bzw. im Falle politischer Unzufriedenheit: für Parteien am rechten und linken Rand des politischen Spektrums zu stimmen auf der anderen Seite. Dies gilt sowohl für die alten als auch für die neuen Bundesländer. Gleichzeitig wird deutlich, daß politische Unzufrieden-

nerer Prozentpunktabweichungen oder die Darstellung von Nachkommastellen bei Prozentangaben wäre wenig hilfreich; denn Umfrageergebnisse stellen stets nur Schätzungen dar, wobei die tatsächlichen Bevölkerungswerte zwar mit einer angebbaren Wahrscheinlichkeit in einem bestimmten Abstand um den gemessenen Wert liegen, jedoch in aller Regel diesem nicht genau entsprechen.

5 Vgl. Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, Die Republikaner, in: Peter Eisenmann/Gerhard Hirscher (Hrsg.), Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, München 1992, S. 191–228; Siegfried Schumann, Die Landtagswahl 1990 in Bayern, Akademie-Report der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1991; Dieter Roth, Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/90, S. 27–39.

heit – wie zu erwarten – keineswegs die einzige mögliche einstellungsbedingte Ursache des Nichtwählens ist.

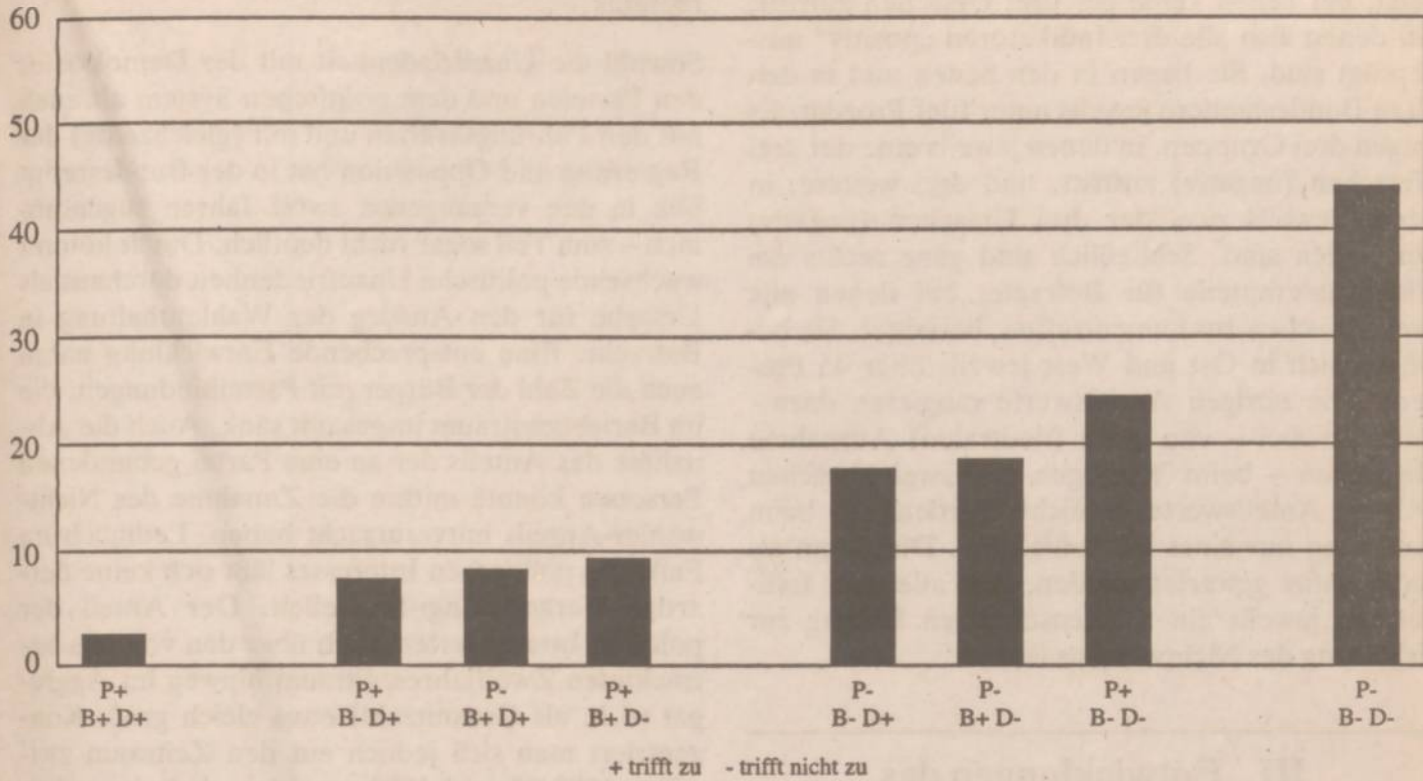
Als Interpretationsansatz sollen im folgenden die Begriffe Protest und Ausstieg dienen. Wer sich von einem Verkäufer schlecht behandelt fühlt, hat grundsätzlich zwei Möglichkeiten, sein Mißfallen zu zeigen: Er kann sich bei der Geschäftsleitung beschweren oder das Geschäft verlassen ohne zu kaufen. In vielen anderen Lebensbereichen, so auch in der Politik, bestehen funktional gleichwertige Alternativen. Fühlt sich ein Staatsbürger, aus welchen Gründen auch immer, vom politischen System und den tragenden Parteien – gleichgültig, ob in der Regierung oder in der Opposition – nicht gut „bedient“, kann er seinen Protest durch die Wahl einer Partei, die in Opposition zum System steht, oder durch (vorübergehenden oder dauernden) Ausstieg aus der Politik, d.h. durch Stimmenthaltung, äußern. Ersteres bezeichnet man in der Fachsprache der Politikwissenschaft als „voice“, letzteres als „exit“.

Die Gruppe der politisch Unzufriedenen scheint in der Tat, wie Tabelle 1 zeigt, im Sinne des Voice-Exit-Modells nicht nur zur Nichtwahl (= exit) zu neigen, sondern auch überdurchschnittlich häufig zur Wahl von Parteien wie den GRÜNEN, der PDS und offenbar auch, wenngleich in geringerem Maße, der Republikaner zu tendieren (= voice). In diesem Sinne werden die drei Parteien im folgenden als „Protestparteien“ bezeichnet, obwohl davon auszugehen ist, daß Unzufriedenheit keineswegs die einzig mögliche Motivation für deren Wahl darstellt.

Drei der vier bisher betrachteten Einflußgrößen – nämlich die Parteibindung, die Unzufriedenheit mit Regierungs- und Oppositionsparteien sowie die Unzufriedenheit mit der parlamentarischen Demokratie und dem politischen System – messen möglicherweise sehr eng verwandte Inhalte. Im äußersten Fall stellen sie drei Indikatoren für ein und dieselbe „dahinterliegende“ Größe, etwa die generelle Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien, dar. Eine analytische Trennung der drei Einflußgrößen wäre in diesem Falle wenig sinnvoll.

Diese Annahme hält einer empirischen Prüfung jedoch nicht stand, wie die Abbildungen 1 und 2 belegen. Nimmt man die genannten drei Ursachen für das Nichtwählen mit den jeweiligen Ausprägungen „trifft zu“ und „trifft nicht zu“ und teilt die Befragten nach allen möglichen Kombinationen dieser drei Einflußfaktoren auf, so erhält man insgesamt acht Gruppen von „trifft für alle drei Indikatoren zu“ (+++) bis „trifft für keinen der drei Indikatoren zu“ (---).

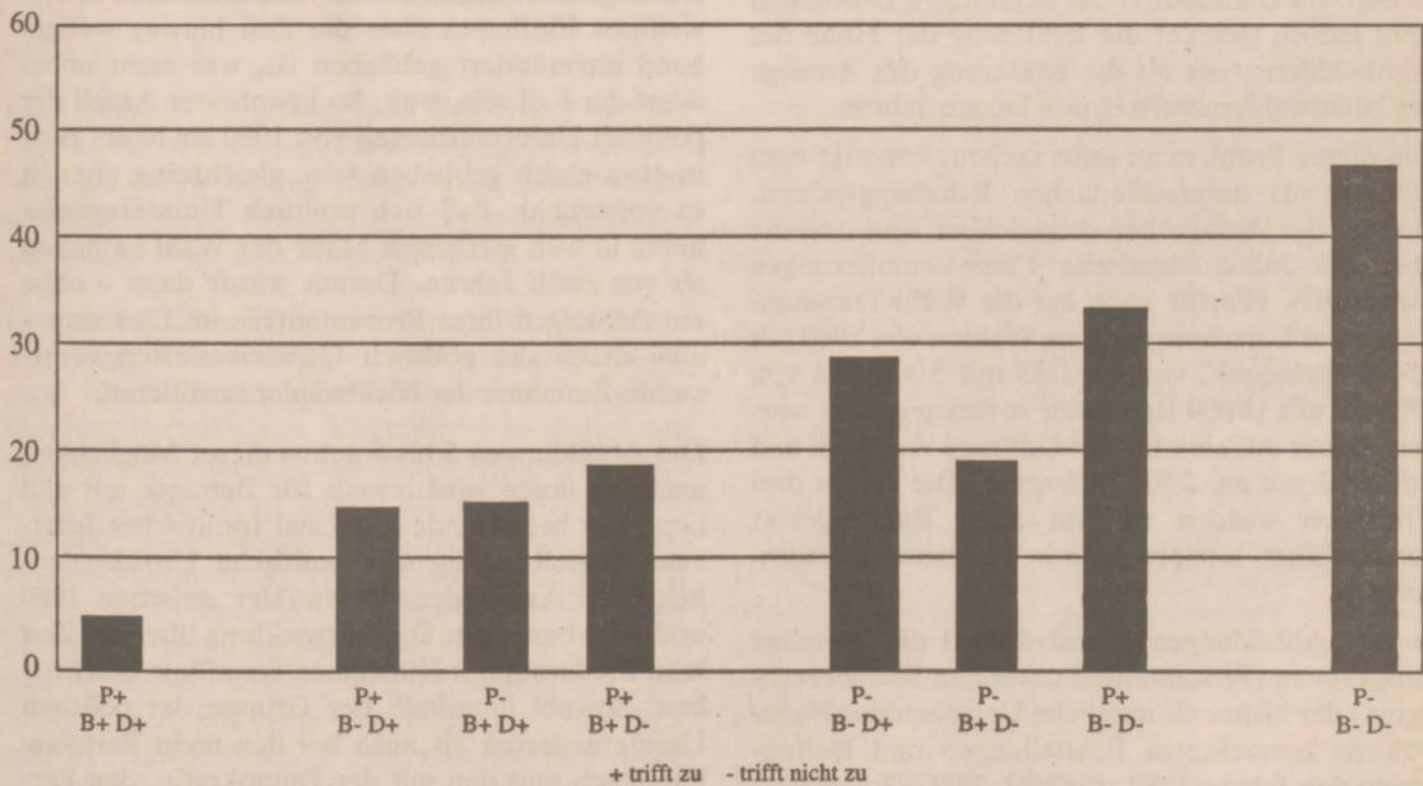
Abbildung 1: Der Prozentanteil der Nichtwähler in acht Wählergruppen (Sonntagsfrage) in den alten Bundesländern



P Zufriedenheit mit Regierung oder Opposition
 B Bindung an eine Partei
 D Zufriedenheit mit der Demokratie allgemein

Daten: Kumulierte Politbarometer 1991, Westdeutschland.

Abbildung 2: Der Prozentanteil der Nichtwähler in acht Wählergruppen (Sonntagsfrage) in den neuen Bundesländern



P Zufriedenheit mit Regierung oder Opposition
 B Bindung an eine Partei
 D Zufriedenheit mit der Demokratie allgemein

Daten: Kumulierte Politbarometer 1991, Ostdeutschland.

In beiden Abbildungen werden ganz links die Nichtwähleranteile für diejenigen Befragten aufgezeigt, bei denen keine der drei Ursachen zutrifft, bei denen also alle drei Indikatoren „positiv“ ausgeprägt sind. Sie liegen in den neuen und in den alten Bundesländern jeweils unter fünf Prozent. Es folgen drei Gruppen, in denen jeweils eine der drei Ursachen (negativ) auftritt, und drei weitere, in denen jeweils zwei der drei Ursachen (negativ) vorhanden sind. Schließlich sind ganz rechts die Nichtwähleranteile für Befragte, bei denen alle drei Ursachen zusammentreffen, berichtet. Sie bewegen sich in Ost und West jeweils über 45 Prozent. Die übrigen Anteilswerte rangieren dazwischen, wobei – von einer (neutralen) Ausnahme abgesehen – beim Vorliegen von zwei Ursachen höhere Anteilswerte erreicht werden als beim Auftreten nur eines Einflußfaktors. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, daß alle drei Indikatoren jeweils einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung des Nichtwählens leisten.

III. Entwicklungen des Nichtwähleranteils von 1980 bis 1992

Bisher haben wir ausschließlich Umfragen aus dem Jahre 1991 analysiert, um Faktoren, welche die Höhe des Nichtwähleranteils beeinflussen, nachzuweisen. Im Brennpunkt der derzeitigen Diskussion steht jedoch weniger die Erklärung der Höhe des Nichtwähleranteils als die Erklärung des *Anstiegs* des Nichtwähleranteils in den letzten Jahren.

Um dieses Problem zu untersuchen, benötigt man Studien aus unterschiedlichen Erhebungsjahren, die von der Anlage her vergleichbar sind und die über die Jahre identische Frageformulierungen verwenden. Hierfür kann auf die Wahl-Trendumfragen der Forschungsgruppe Wahlen von 1980 mit 12 000 Befragten, von 1982/83 mit 5 000 und von 1986/87 mit 14 000 Befragten zurückgegriffen werden, ferner auf eine Emnid-Umfrage vom Juni und Juli 1992 mit ca. 2 500 Befragten. Die ersten drei Umfragen wurden nur im alten Bundesgebiet durchgeführt, letztere auch in den neuen Bundesländern.

In den Abbildungen 3 und 4 wird die jeweilige Ausprägung (Prozentanteil unter den Wahlberechtigten) der bisher als mögliche Ursachen des Nichtwählens betrachteten Einstellungen und Haltungen in den Jahren 1980, 1982/83, 1986/87 und 1992 durch Punkte dargestellt; die entsprechende Entwicklung des jeweiligen Indikators über die Zeit ist durch eine Trendlinie gekennzeichnet⁶. Zusätzlich

aufgenommen wurde eine Frage nach der Zufriedenheit mit den Führungspersonen in der Bundesrepublik.

Sowohl die Unzufriedenheit mit der Demokratie, den Parteien und dem politischen System als auch mit den Führungskräften und mit (gleichzeitig) der Regierung und Opposition hat in der Bundesrepublik in den vergangenen zwölf Jahren zugenommen – zum Teil sogar recht deutlich. Damit kommt wachsende politische Unzufriedenheit durchaus als Ursache für den Anstieg der Wahlenthaltung in Betracht. Eine entsprechende Entwicklung nahm auch die Zahl der Bürger mit Parteibindungen, die im Berichtszeitraum insgesamt sank. Auch die Abnahme des Anteils der an eine Partei gebundenen Personen könnte mithin die Zunahme des Nichtwähler-Anteils mitverursacht haben. Lediglich im Falle des politischen Interesses läßt sich keine derartige Veränderung feststellen. Der Anteil der politisch Interessierten blieb über den von uns betrachteten Zwölfjahreszeitraum hinweg im Aggregat (d. h. als Gesamtzahl) etwa gleich groß. Konzentriert man sich jedoch auf den Zeitraum zwischen 1982/83 und 1992, so ist auch beim politischen Interesse ein leichter Rückgang auszumachen.

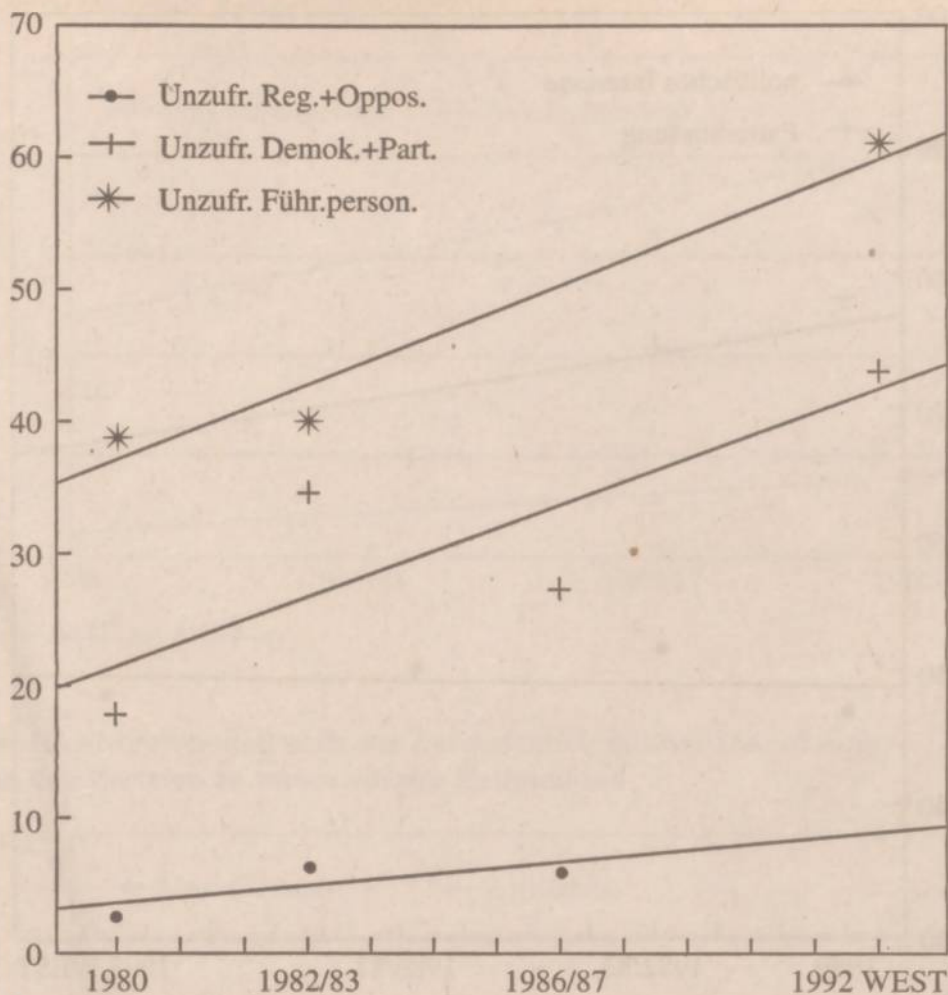
Die Vermutung, daß der Anstieg der Wahlenthaltung von der Veränderung der erstgenannten Einflußgrößen verursacht wurde, geht von der stillschweigenden Annahme aus, daß die Stärke des jeweiligen Einflusses über die Zeit hinweg weitgehend unverändert geblieben ist, was nicht unbedingt der Fall sein muß. So könnte der Anteil der politisch Uninteressierten von 1980 bis heute zwar in etwa gleich geblieben sein, gleichzeitig aber ist es vorstellbar, daß sich politisch Uninteressierte heute in weit stärkerem Maße der Wahl enthalten als vor zwölf Jahren. Daraus würde dann – ohne ein Ansteigen ihres Prozentanteils im Elektorat – eine durch die politisch Uninteressierten verursachte Zunahme der Nichtwähler resultieren.

Die Abbildungen 5 bis 8 gehen dieser Möglichkeit nach. In ihnen wird jeweils für Befragte mit und ohne das betreffende Merkmal (politisches Interesse, Parteibindung und politische Unzufriedenheit) der Anteil der Nichtwähler zwischen 1980 und 1992 berichtet. Die Entwicklung über die Zeit wird wiederum mit Hilfe einer Trendlinie beschrieben. Sowohl innerhalb der Gruppe der politisch Uninteressierten als auch bei den nicht Parteigebundenen und den mit der Demokratie, den Par-

ten Abschnitten mehr oder weniger stark veränderte Frageformulierung, insbesondere bei der Frage zur Erhebung der Zufriedenheit mit der Demokratie allgemein und dem politischen System, bei der nun auch explizit die politischen Parteien mit angesprochen werden.

6 Zu beachten ist dabei eine gegenüber den vorangegangenen

Abbildung 3: Die Entwicklung von Antworten im Zeitverlauf (Teil 1)



QUELLE: mündliche Repräsentativumfragen;
 Datenpunkte: %-Anteil der betr. Antwort;
 Linien: Trendlinien.

teien oder der Regierung und *gleichzeitig* mit der Opposition unzufriedenen Befragten lassen sich über die Jahre hinweg immer mehr Nichtwähler feststellen, wobei der Anstieg bei den politisch Unzufriedenen besonders augenfällig ist.

Dies deutet darauf hin, daß sich bei den oben betrachteten Entwicklungen zwei Effekte überlagern: Erstens ist der Anteil der mit der Demokratie, den Parteien etc. Unzufriedenen unter den Wahlberechtigten im Laufe der vergangenen zwölf Jahre gestiegen (vgl. Abb. 3 und 4); zweitens neigen die Unzufriedenen stärker als früher zum Nichtwählen, was den Nichtwähleranteil zusätzlich erhöht. Entsprechendes gilt für die nicht Parteigebundenen. Auch ihr Anteil steigt über die Zeit, und zusätzlich enthalten sich Personen ohne Parteibindung immer mehr der Wahl (vgl. Abb. 6, 7 und 8). Die politisch Uninteressierten schließlich nehmen zwar anteilmäßig nicht nennenswert zu, jedoch neigen auch sie etwas stärker als früher zum Nichtwählen (vgl. Abb. 5).

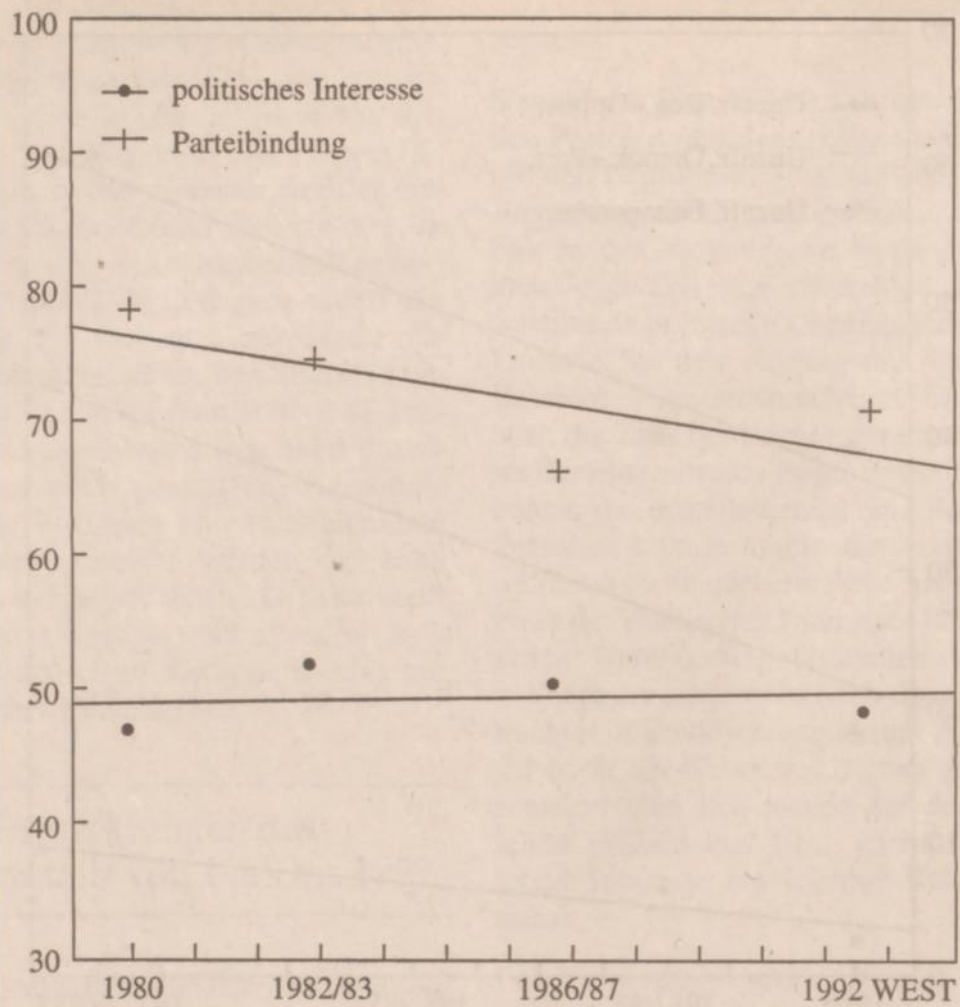
Aber selbst in den jeweiligen Restgruppen – also bei den politisch Zufriedenen, den Parteigebunde-

nen und den politisch Interessierten – hat sich im Lauf der Jahre der Nichtwähleranteil etwas erhöht, wenn auch nicht so stark wie bei den zuerst genannten Gruppen. Diese generelle, für alle Teilgruppen feststellbare Zunahme deutet darauf hin, daß zumindest noch *ein* weiterer, von uns bisher nicht berücksichtigter Einflußfaktor zum Anstieg des Nichtwähleranteils beiträgt. Welcher Einfluß dies ist, muß vorerst noch offen bleiben; darauf wird in Kapitel IV eingegangen.

Bisher war hauptsächlich von Wahlenthaltung (exit) die Rede. Für die Gruppe derer, die mit der Demokratie, den Parteien und dem politischen System unzufrieden sind, soll für die Zeit zwischen 1980 und 1992 nun noch untersucht werden, inwieweit sie verstärkt „Protestparteien“ wählen (voice).

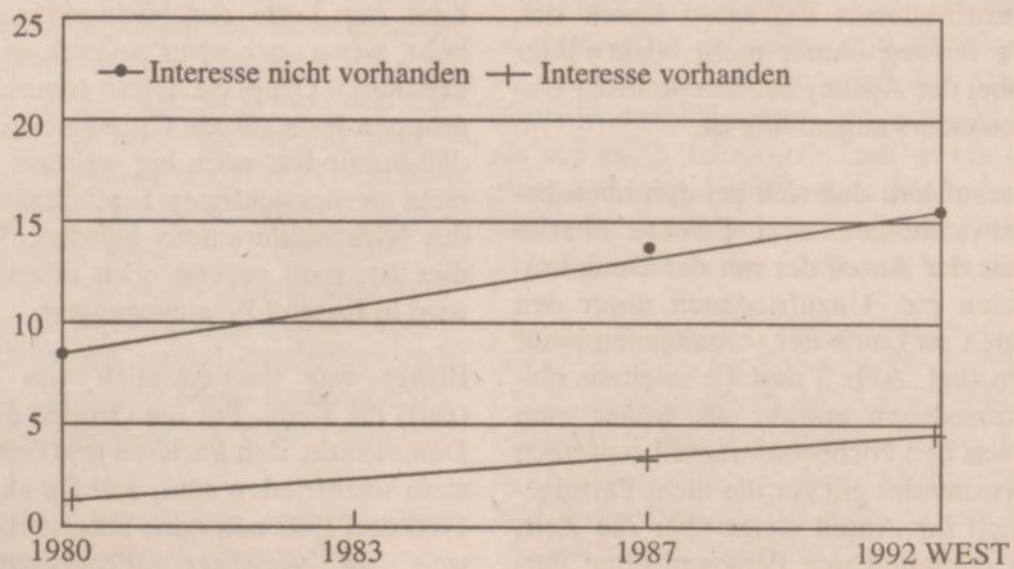
In den alten Bundesländern ist in der Tat in den vergangenen Jahren ein Anstieg der Wahl „anderer Parteien“ (also nicht der CDU/CSU, SPD oder FDP) durch die Gruppe der Unzufriedenen zu beobachten (vgl. Tabelle 2). Ferner scheint sich der Trend, für „andere Parteien“ zu stimmen, bei den

Abbildung 4: Die Entwicklung von Antworten im Zeitverlauf (Teil 2)



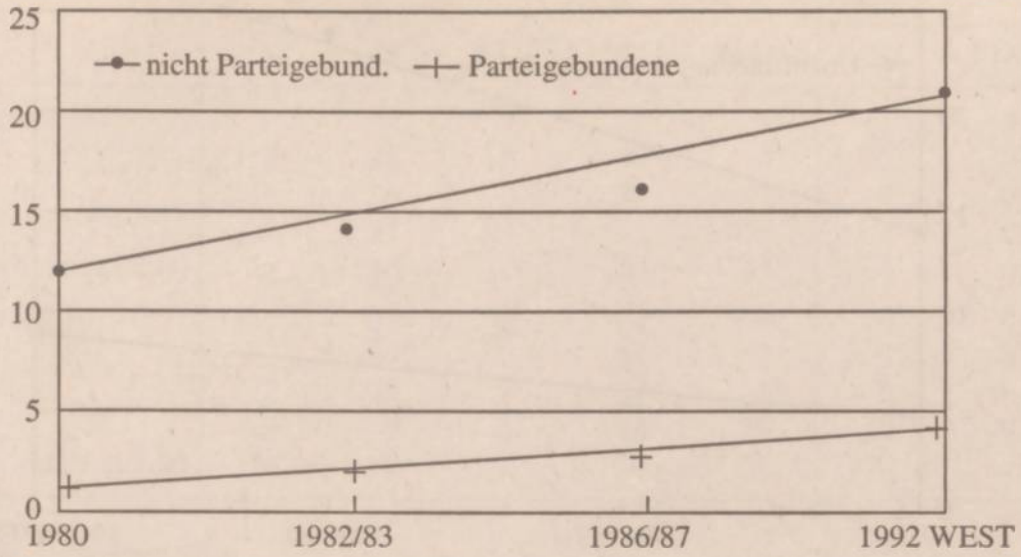
QUELLE: vgl. Abbildung 3.

Abbildung 5: Der Nichtwähleranteil nach dem Vorhandensein von politischem Interesse zu verschiedenen Zeitpunkten



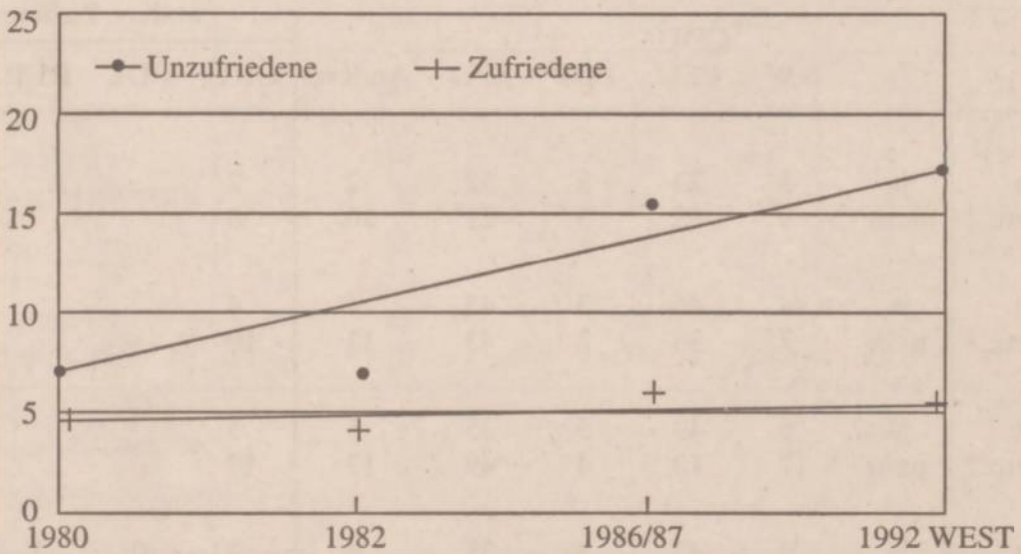
QUELLE: vgl. Abbildung 3.

Abbildung 6: Der Nichtwähleranteil nach dem Vorhandensein einer Parteibindung zu verschiedenen Zeitpunkten



QUELLE: vgl. Abbildung 3.

Abbildung 7: Der Nichtwähleranteil nach der Zufriedenheit mit der Demokratie und den Parteien zu verschiedenen Zeitpunkten



QUELLE: vgl. Abbildung 3.

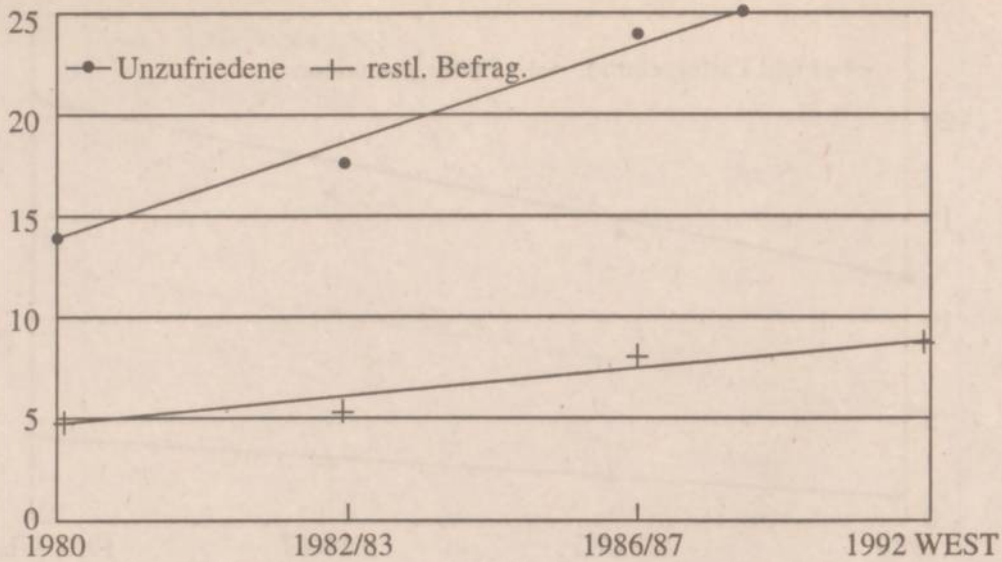
politisch Unzufriedenen über die Zeit mehr zu verstärken als bei den übrigen Befragten, auch wenn der Wert für 1992 nach unten hin „ausreißt“.

Hinter den „anderen Parteien“ verbergen sich bis 1986/87 in erster Linie die GRÜNEN und 1992 zusätzlich die Republikaner. Damit bestätigt sich der in Kapitel II. für das Jahr 1991 festgestellte Protestparteicharakter dieser beiden Bewegungen. Politisch Unzufriedene neigen überdurchschnittlich oft zur Wahl der GRÜNEN und haben dies schon immer getan. Überdies tendiert 1992 im Westen die Gruppe der Unzufriedenen verstärkt zur Wahl der Republikaner als einer möglichen Protestalternative am rechten Rand des Parteienspektrums.

IV. Parteiverdrossenheit und Rückgang von Wahlbeteiligungsnormen

Im folgenden wird zwei zusätzlichen Punkten anhand einer Mitte 1992 durchgeführten Umfrage des Bielefelder EMNID-Instituts, welche sich auf das gesamte Bundesgebiet (also auch auf die neuen Bundesländer) erstreckte, nachgegangen. Zum einen wurde explizit danach gefragt, was man von den großen Parteien halte. Eine negative Beantwortung dieser Frage dürfte das Vorliegen von Parteiverdrossenheit inhaltlich besser erfassen

Abbildung 8: Der Nichtwähleranteil nach der Unzufriedenheit mit der Regierung und der Opposition zu verschiedenen Zeitpunkten



QUELLE: vgl. Abbildung 3.

Tabelle 2: Wahlentscheidung von 1980 bis 1992 innerhalb der Befragtengruppen mit großer bzw. geringer Zufriedenheit mit der Demokratie und den Parteien (alte Bundesländer)

		CDU/					andere Parteien einzeln				
		NW	CSU	FDP	SPD	Andere	GRÜ	PDS	REP	NPD	DKP
1980											
Zufrieden mit	ja	5	33	8	52	2	2			0	0
Demokratie etc.?	nein	9	55	5	21	10	8			1	1
Okt. 1982											
Zufrieden mit	ja	4	46	3	43	4	4			0	0
Demokratie etc.?	nein	7	36	2	43	12	10			1	1
1986/87											
Zufrieden mit	ja	6	49	5	35	5	5			0	0
Demokratie etc.?	nein	17	13	4	49	17	17			0	0
1992											
Zufrieden mit	ja	9	42	4	38	6	3	0	3	0	-
Demokratie etc.?	nein	22	20	3	40	14	6	0	8	0	-

Abkürzungen vgl. Tabelle 1.

NPD 1986/87: plus DKP (nicht getrennt ausgewiesen).

Quelle: Daten aus den im Text genannten Wahluntersuchungen und einer eigenen Umfrage 1992.

als die bisher eingesetzte Frage, in der die Parteien nur in Verbindung mit dem politischen System der Bundesrepublik erwähnt sind. Wieder zeigt sich in Ost wie West mit zunehmend negativerer Einschätzung der Parteien eine deutlich wachsende Tendenz zum Nichtwählen (vgl. Tabelle 3). Gleichzeitig werden von den Unzufriedenen erneut die „anderen Parteien“ verstärkt gewählt, d.h. die GRÜNEN sowie – in besonders starkem Ausmaß – im Westen die Republikaner und im Osten die PDS. Damit werden die bisherigen Ergebnisse durch diese neuere, direkter nach der

Parteienverdrossenheit fragende Untersuchung nochmals untermauert.

Zum zweiten wurde eine Frage gestellt, die in den weiter oben berichteten Umfragen nicht enthalten war, jedoch für unseren Zusammenhang wichtig ist. Gefragt wurde nach der vom Befragten empfundenen „Wahlnorm“, also danach, ob man es eigentlich für eine Art Pflicht des Bürgers halte, zur Wahl zu gehen. Dabei zeigt sich übereinstimmend in Ost und West ein starker Effekt: Bei Befragten, die dieser Aussage voll zustimmen, liegt der Nichtwähleranteil unter 10 Prozent, bei sol-

Tabelle 3: Die Wahlentscheidung 1992 danach, was man ganz allgemein von den großen Parteien hält

	NW	CDU/ CSU	FDP	SPD	andere	andere Parteien einzeln		
						GRÜ	PDS	REP
West +5/+4 (sehr viel)	0	70	5	24	1	1	0	0
+3/+2	5	48	5	38	4	3	0	1
+1/0 -1	16	35	5	39	5	2	0	2
-2/-3	20	21	3	43	14	8	0	4
-4/-5 (überhaupt nichts)	23	13	1	36	27	6	0	20
Ost +5/+4 (sehr viel)	10	57	1	32	0	0	0	0
+3/+2	7	40	3	40	9	3	3	3
+1/0 -1	22	24	3	37	14	5	6	1
-2/-3	29	9	5	28	29	16	9	2
-4/-5 (überhaupt nichts)	39	8	2	20	31	10	17	5

Abkürzungen vgl. Tabelle 1.

GRÜ: Grüne; im Osten mit Bündnis '90.

Daten aus einer eigenen Buseinschaltung 1992.

Tabelle 4: Die Wahlentscheidung 1992 danach, ob man das Wählen als eine Pflicht des Bürgers ansieht

	NW	CDU/ CSU	FDP	SPD	andere	andere Parteien einzeln		
						GRÜ	PDS	REP
West stimme voll zu	6	35	4	46	10	5	0	4
stimme eher zu	13	37	5	33	12	4	0	6
stimme eher nicht zu	37	19	2	32	10	3	0	6
stimme überhaupt nicht zu	50	9	3	31	7	2	0	5
Ost stimme voll zu	6	31	4	38	21	7	11	2
stimme eher zu	19	25	2	34	20	9	6	3
stimme eher nicht zu	39	13	3	28	17	7	7	1
stimme überhaupt nicht zu	49	10	3	16	22	12	7	3

Abkürzungen vgl. Tabelle 1.

GRÜ: Grüne; im Osten mit Bündnis '90.

Daten aus einer eigenen Buseinschaltung 1992.

chen, die ihr überhaupt nicht zustimmen, um die 50 Prozent (vgl. Tabelle 4).

Es ist zu prüfen, ob dieser Faktor für das Nichtwählen *zusätzlich* zu den bisher schon betrachteten Ursachen nochmals einen eigenständigen Einfluß auf die Tendenz zur Wahlenthaltung ausübt. Dazu werden in Abbildung 9 (analog zu den Abbildungen 1 und 2) wiederum die Befragten je nach dem Vorhanden- oder Nichtvorhandensein von politischem Interesse, Parteibindung und Zufriedenheit mit der Demokratie und den Parteien in acht Gruppen eingeteilt. Innerhalb der Gruppen wird nun nochmals zwischen Befragten, die eine Wahlnorm empfinden (schraffierte Säulen) und solchen, die dies nicht tun (schwarze Säulen), unterscheiden. Die Säulen geben den Prozentanteil der Nichtwähler an und zeigen, daß die Tatsache einer als verbindlich wahrgenommenen oder nicht wahrgenommenen Wahlnorm einen deutlichen zusätzli-

chen Beitrag zur Erklärung des Nichtwählens leistet, selbst wenn die übrigen Einflüsse bereits berücksichtigt sind.

Das Empfinden oder Nichtempfinden einer Wahlnorm könnte damit die weiter oben bei der Analyse der Zeitverläufe zwischen 1980 und 1992 angesprochene „fehlende“ Einflußgröße darstellen; allerdings kann dies mangels verfügbarer, über einen längeren Zeitraum hinweg konstanter Indikatoren empirisch nicht geprüft werden.

V. Das Alter als Einflußgröße der Wahlenthaltung

Betrachtet man zum Abschluß die Ergebnisse der amtlichen Repräsentativstatistik, d.h. einer Son-

Abbildung 9: Der Prozentanteil der Nichtwähler (NW) in sechzehn Wählergruppen (mündliche Repräsentativumfrage 1992, gesamtes Bundesgebiet)

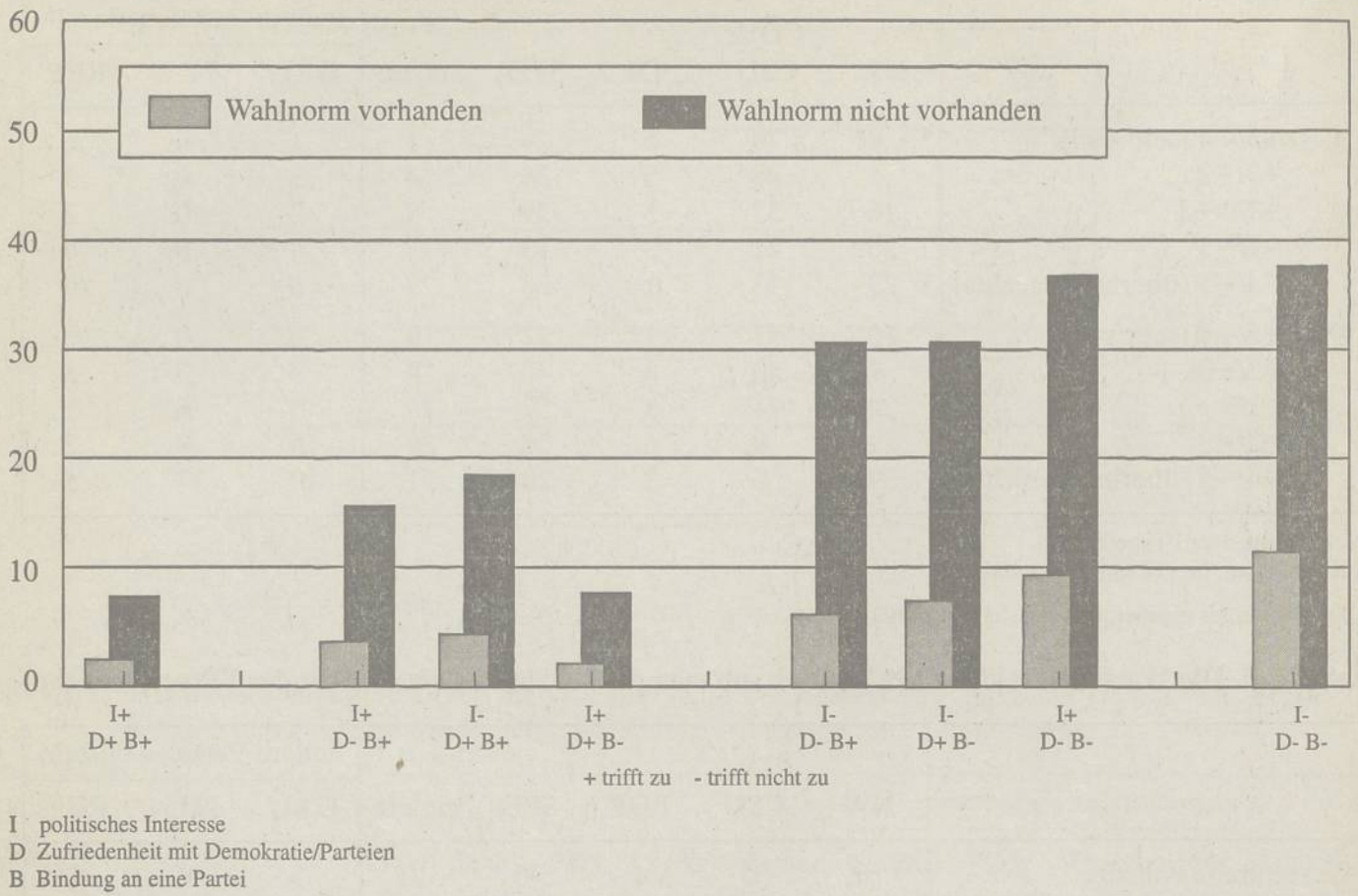


Abbildung 10: Vorhandensein von Unzufriedenheit mit der Demokratie/den Parteien in verschiedenen Altersgruppen 1980, 1987 und 1992

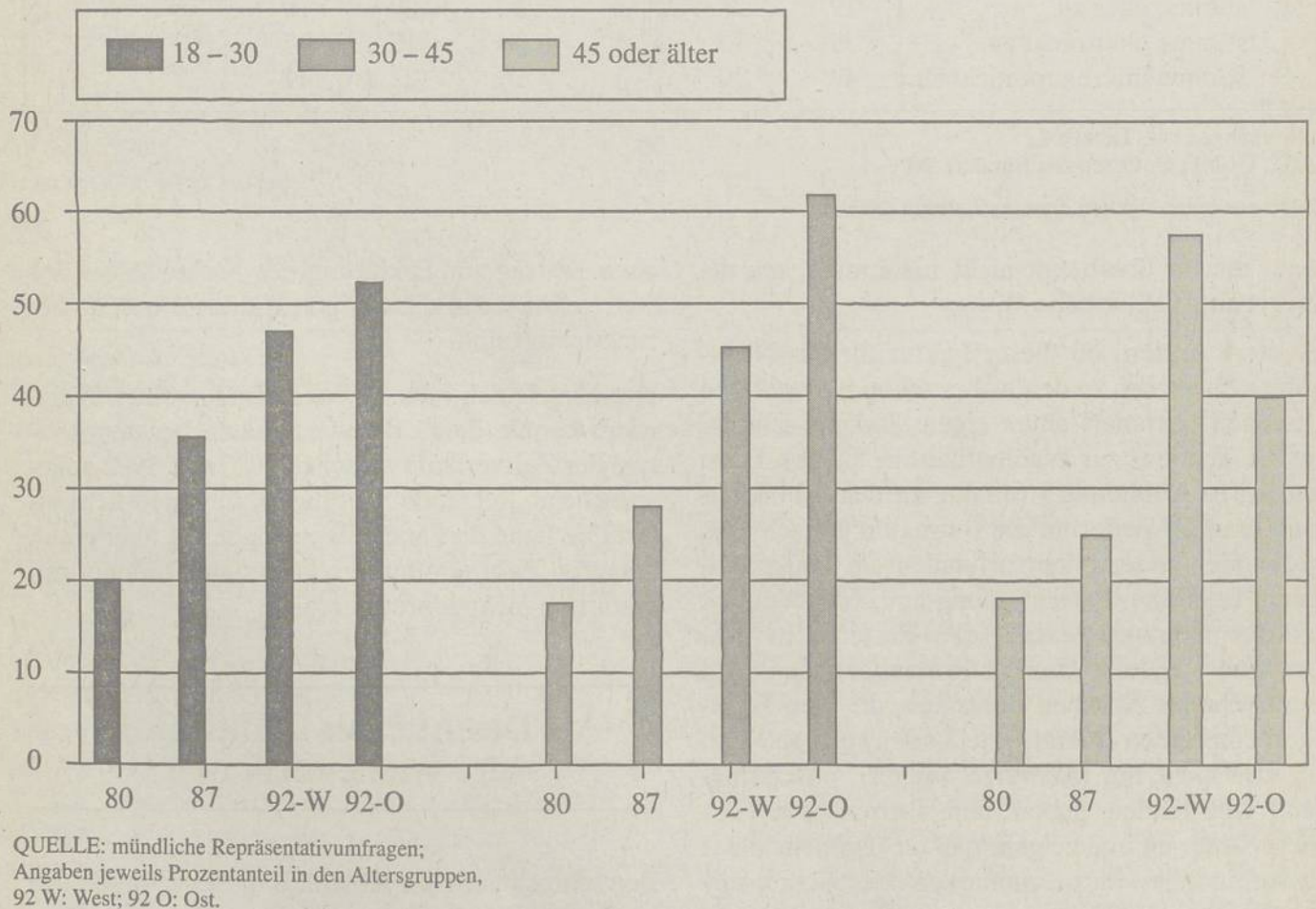
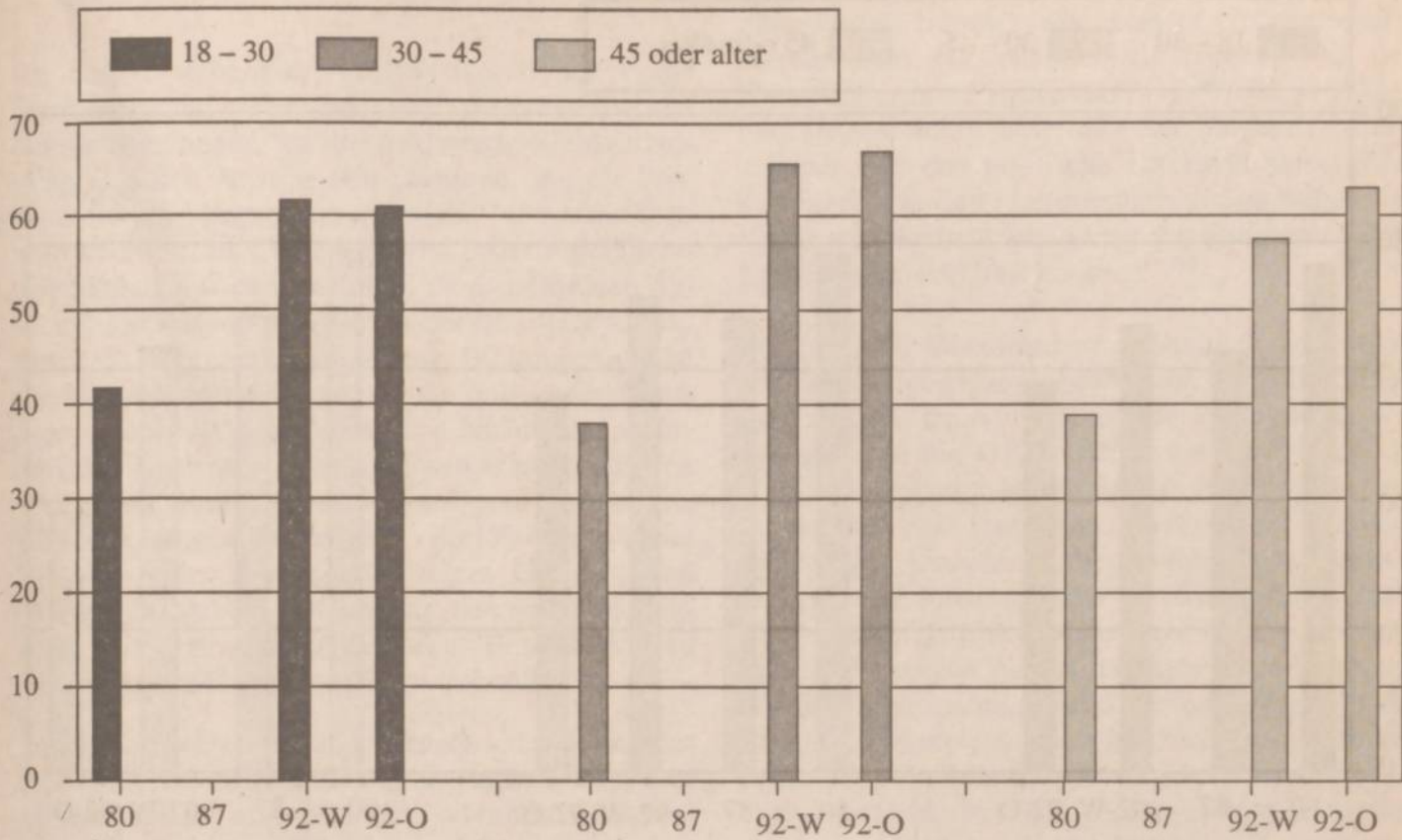
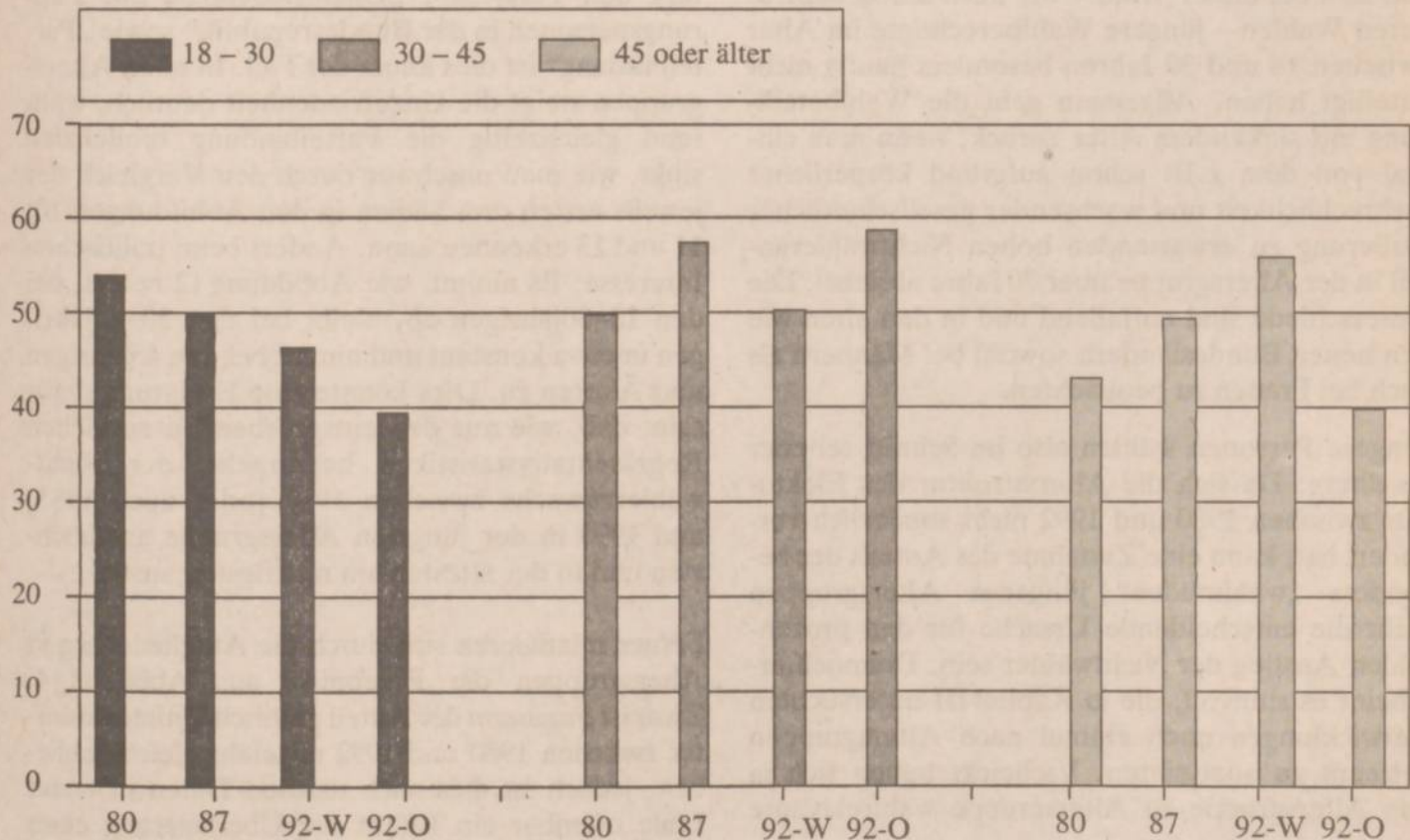


Abbildung 11: Unzufriedenheit mit den Führungspersonen in verschiedenen Altersgruppen 1980 und 1992



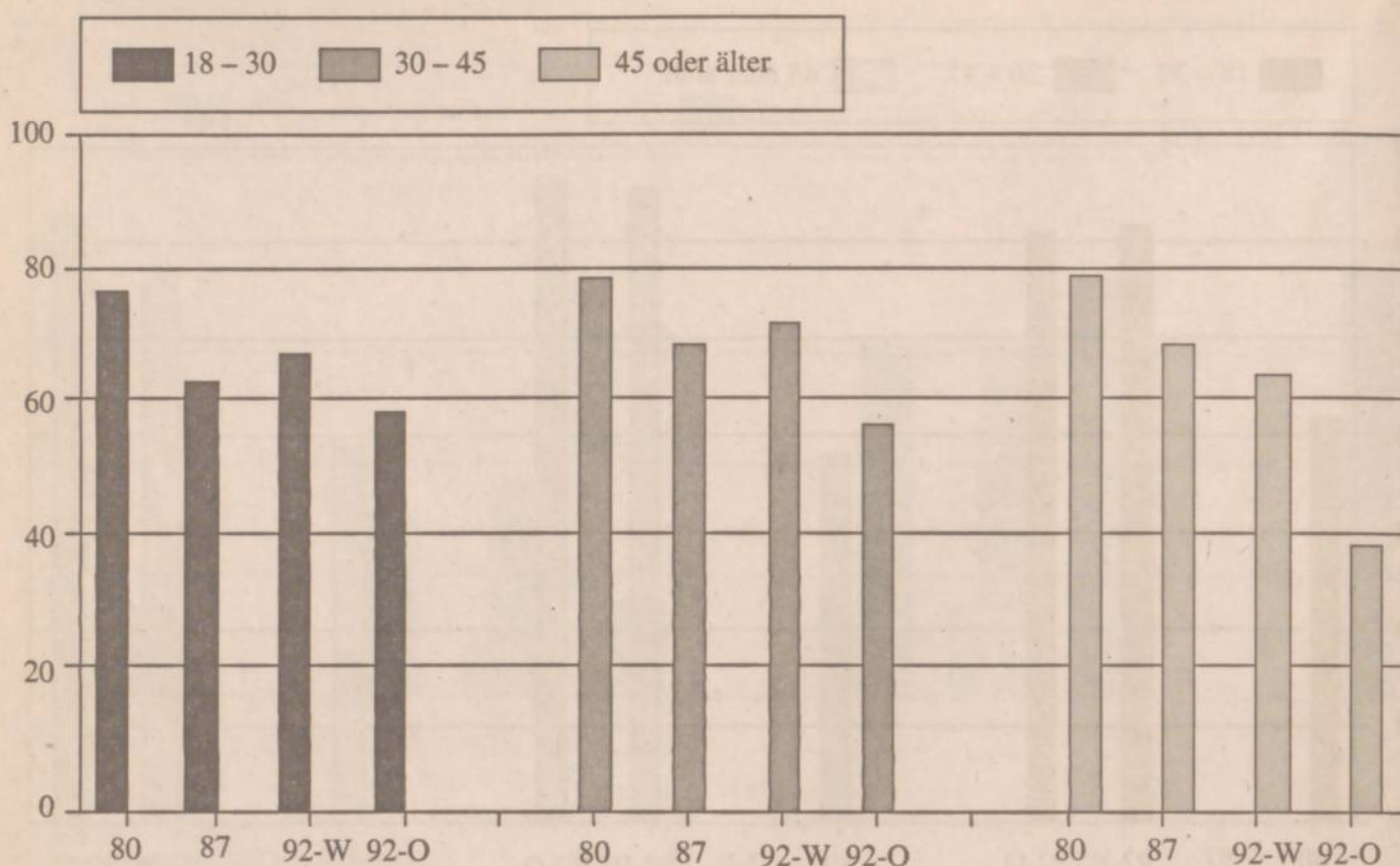
QUELLE: vgl. Abbildung 10.

Abbildung 12: Vorhandensein politischen Interesses in verschiedenen Altersgruppen 1980, 1987 und 1992



QUELLE: vgl. Abbildung 10.

Abbildung 13: Vorhandensein einer Bindung zu einer Partei in verschiedenen Altersgruppen 1980, 1987 und 1992



QUELLE: vgl. Abbildung 10.

derauszählung der Bundestagswahl 1990 nach dem Alter und dem Geschlecht der Wähler, so fällt auf, daß sich bei dieser Wahl – wie auch schon bei früheren Wahlen – jüngere Wahlberechtigte im Alter zwischen 18 und 30 Jahren besonders häufig nicht beteiligt haben. Allgemein geht die Wahlbeteiligung mit sinkendem Alter zurück, wenn man einmal von dem z.B. schon aufgrund körperlicher Gebrechlichkeit und wachsender gesellschaftlicher Isolierung zu erwartenden hohen Nichtwähleranteil in der Altersgruppe über 70 Jahre absieht⁷. Die Unterschiede sind auffallend und in den alten wie den neuen Bundesländern sowohl bei Männern als auch bei Frauen zu beobachten.

Jüngere Personen wählen also im Schnitt seltener als ältere. Da sich die Altersstruktur des Elektors zwischen 1980 und 1992 nicht sonderlich verändert hat, kann eine Zunahme des Anteils der besonders „wahlmüden“ jüngeren Altersgruppen nicht die entscheidende Ursache für den prozentualen Anstieg der Nichtwähler sein. Dennoch erscheint es sinnvoll, die in Kapitel III untersuchten Entwicklungen noch einmal nach Altersgruppen getrennt zu analysieren. Vielleicht haben sich ja von Altersgruppe zu Altersgruppe wahlrelevante

Einstellungen *unterschiedlich* verändert. Für die Bereiche „Unzufriedenheit mit der Demokratie und den Parteien“, „Unzufriedenheit mit Führungspersonen in der Bundesrepublik“ sowie „Parteibindung“ ist dies kaum der Fall. In allen Altersgruppen steigt die Unzufriedenheit deutlich, während gleichzeitig die Parteibindung tendenziell sinkt, wie man unschwer durch den Vergleich der jeweils ersten drei Säulen in den Abbildungen 10, 11 und 13 erkennen kann. Anders beim politischen Interesse: Es nimmt, wie Abbildung 12 belegt, bei den 18–30jährigen ab, bleibt bei den 30–45jährigen in etwa konstant und nimmt bei den 45jährigen und Älteren zu. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, daß, wie aus den entsprechenden amtlichen Repräsentativstatistiken hervorgeht, der Nichtwählerzuwachs zwischen 1980 (oder auch 1983) und 1990 in der jüngsten Altersgruppe am höchsten und in der ältesten am niedrigsten ausfiel.

Ferner relativieren sich durch die Aufgliederung in Altersgruppen die Ergebnisse aus Abbildung 4. Zwar ist *insgesamt* der Anteil politisch Uninteressierter zwischen 1980 und 1992 ungefähr gleich geblieben, jedoch ist dies nach unseren Daten in erster Linie offenbar ein Effekt der Überlagerung eines Rückgangs des politischen Interesses in der jüngsten und eines Anstiegs in der ältesten Gruppe.

⁷ Vgl. Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss, Wahlen in Deutschland 1946–1991. Ein Handbuch, München 1991, S. 223.

In der vorstehenden Analyse wurde der Frage nachgegangen, welche Motive und Veränderungen von Einstellungen für die wachsende Wahlenthaltung und den Anstieg von Stimmen, die für Protestparteien abgegeben werden, verantwortlich sein könnten. Es zeigte sich, daß erstens die Unzufriedenheit mit den Parteien, dem politischen System, den Führungskräften in der Bundesrepublik, zweitens die nicht vorhandene Bindung an eine Partei und drittens mangelndes politisches Interesse wichtige Ursachen für das Nichtwählen darstellen. Nach von den Autoren durchgeführten weitergehenden, hier nicht im Detail berichteten Untersuchungen dürften diese drei Faktoren sowie die An- oder Abwesenheit eines Gefühls, daß Wählen Staatsbürgerpflicht ist, die derzeit wichtigsten, empirisch nachweisbaren Einflußfaktoren der Wahlenthaltung überhaupt darstellen.

In den Jahren seit 1980 hat überdies der Anteil der Personen mit einer Bindung an (irgend-)eine Partei tendenziell abgenommen, während insbesondere die politische Unzufriedenheit zugenommen

ohne Parteibindung sowie politisch Uninteressierte stärker zum Nichtwählen als früher, was den Nichtwähleranteil zusätzlich in die Höhe getrieben hat. Insbesondere innerhalb der jüngeren Altersgruppen hat das politische Interesse stark abgenommen, was den überdurchschnittlich hohen Zuwachs an Nichtwählern unter den jüngeren Wahlberechtigten erklären könnte.

Für politisch Unzufriedene schließlich scheint die Wahlenthaltung nur *eine* mögliche Form der Reaktion zu sein. Eine zweite ist die Protestwahl, wovon generell die GRÜNEN sowie im Westen die Republikaner und im Osten die PDS profitieren. Angesichts des deutlichen Anstiegs der politisch motivierten Unzufriedenheit während der vergangenen zwölf Jahre und der in Krisenzeiten erfahrungsgemäß größer werdenden Wahrscheinlichkeit, daß weniger Wahlberechtigte ihren Unmut in der Stimmenthaltung und dafür umso mehr in der Wahl von Protestparteien am rechten und linken Rand des politischen Spektrums zu artikulieren suchen, besteht in der gegenwärtigen Situation durchaus Anlaß zur Beunruhigung.

Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik

I. Problemstellung

Legt man den Legalbegriff des Parteiengesetzes von 1967 zugrunde, dann wurden in der Bundesrepublik bzw. in den drei Westzonen seit 1945 rund 40 rechtsextreme Parteien¹ gegründet. Dabei handelt es sich zumeist um kurzlebige Zwerge am rechten Rand des Parteiensystems. Nur zehn Parteien ist es gelungen, parlamentarische Mandate auf Landes- oder Bundesebene zu erobern, und nur fünf davon brachten es auf eine nennenswerte Existenzdauer². Die Erfolge rechtsextremer Parteien verteilen sich nicht gleichmäßig über die Jahre des Bestehens der Bundesrepublik, sondern konzentrieren sich auf drei eng begrenzte Zeiträume (1949–1952, 1966–1969, 1989 ff.), die durch spezifische, den Rechtsextremismus begünstigende Entwicklungen gekennzeichnet waren³.

Der Konjunkturverlauf rechtsextremer Wahlergebnisse wird zunächst durch globale gesellschaftlich-politische Faktoren beeinflusst. Dabei wird die Bedeutung ökonomischer und sozialer Aspekte oft überschätzt. Wichtig ist nämlich, ob und wie sich derartige Probleme im politischen System auswirken. Autoritäre, nationalistische, antiegalitäre und

1 Ich verzichte hier auf eine Definition des Begriffs „rechtsextremistische Partei“ und verweise auf die Einleitung zu: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, 2 Bde., Opladen 1983/84, S. 239 ff. Die dort entfaltete Begriffsbestimmung deckt sich zwar nicht in der Sache, aber doch zumeist im Ergebnis mit der Beurteilung der Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder. Nach wie vor ist umstritten, ob die Partei Die Republikaner (REP) als rechtsextrem einzustufen ist. Ich vertrete seit längerem die Auffassung, daß dies der Fall ist (Richard Stöss, Die Republikaner, Köln 1990, S. 81 ff.), und sehe mich darin durch die Tatsache bestätigt, daß mittlerweile auch einige Verfassungsschutzämter (auch das des Bundes) die Partei beobachten, wenn auch zumeist nicht mit geheimdienstlichen Mitteln.

2 Deutsche Gemeinschaft (1949–1965), Deutsche Reichspartei (1950–1965), Nationaldemokratische Partei Deutschlands (seit 1964), Deutsche Volkunion (seit 1971; die politische Partei DVU-Liste D[eutschland] besteht seit 1987), Republikaner (seit 1983).

3 Folgende Überblicksdarstellungen liegen vor: Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik, 3 Bde., Köln 1989; Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 2 Bde., Opladen 1984; Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen 1989.

völkische Rezepte gewinnen in der Regel erst dann massenhaften Zuspruch, wenn demokratische Methoden der Integration, Repräsentation und Konsensbildung versagen.

Diese gesamtgesellschaftlichen Faktoren bilden aber nur die klimatischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Rechtsextremismus. Entscheidend ist, ob sich die subjektiv empfundene Unzufriedenheit auch im individuellen Verhalten zugunsten des Rechtsextremismus niederschlägt (z.B. durch entsprechendes Wahlverhalten, Mitgliedschaft oder Unterstützung einer rechtsextremen Organisation). Dies ist nicht notwendigerweise der Fall. Mehr noch: Rechtsextreme Einstellungen müssen überhaupt nicht in rechtsextreme Aktivitäten münden, wie umgekehrt rechtsextreme Verhaltensweisen keineswegs entsprechende Einstellungen voraussetzen. Ein Befürworter des Nationalsozialismus könnte beispielsweise die CDU wählen (um einen Wahlerfolg der SPD zu verhindern), und ebensowenig läßt sich ausschließen, daß ein gestandener Sozialdemokrat aus Ärger über die Politik seiner Partei für die Republikaner votiert („Protestwähler“). Wir haben es also mit zwei Fragen zu tun: Was wählt der Rechtsextremist? Und: Wer wählt rechtsextreme Parteien?

Selbst wenn die gesamtgesellschaftlichen und die individuellen Voraussetzungen für rechtsextreme Wahlerfolge gegeben sind, bedeutet das noch nicht, daß diese oder jene rechtsextreme Partei viele Stimmen erhält. Auch hier gilt, daß Parteien interne Bedingungen erfüllen müssen, um externe Chancen zu nutzen. Sie können ihr Potential dauerhaft nur ausschöpfen, wenn sie

- politische Kompetenz und Glaubwürdigkeit ausstrahlen;
- attraktive programmatische Alternativen und identifikationsfähige Ziele präsentieren;
- innere Geschlossenheit zeigen und organisatorische Zersplitterung vermeiden;
- populäre und respektable Personen in die Führungsgremien entsenden und
- hinreichende Publizität in den Medien erhalten.

Das Thema „Rechtsextremismus und Wahlen“ erweist sich bei genauerer Betrachtung als vielschichtig. Ich kann hier aus Platzgründen nur einige

	1945–1965	1966–1982	seit 1983
Mitglieder ^{a)} (Höchststand)	76 000 (1954)	39 000 (1967)	55 000 (1991) ^{b)}
Wähler (Höchststand)	1,4 Mio. (B 1949)	1,4 Mio. (B 1969)	2,5 Mio. (E 1989)
Parlamentarische Mandate (insgesamt) ^{c)}	87	61	45

B = Bundestagswahl E = Europawahl

a) Alle Organisationen.

b) Für 1992 liegen noch keine Angaben vor.

c) Nur Landesparlamente, Bundestag und Europaparlament.

Aspekte behandeln. Überdies mangelt es noch weithin an empirisch gesicherten Erkenntnissen. Zunächst betrachte ich die Wahlgeschichte des Rechtsextremismus vor dem Hintergrund seiner Erfolgsbedingungen in der Bundesrepublik. Sodann wird die Wählerschaft untersucht (wer wählt rechtsextreme Parteien?), und abschließend wende ich mich dem Verhältnis von rechtsextremen Einstellungen und Wahlverhalten zu (was wählt der Rechtsextremist?).

II. Wahlgeschichte des Rechtsextremismus

Die Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus in der Bundesrepublik läßt sich mit Blick auf die Wahlergebnisse⁴ und Mitgliederzahlen⁵ in drei Phasen (mit jeweils einem Erfolgsboom) einteilen:

Die erste Phase (1945–1965) bezeichne ich als Nachkriegsextremismus⁶. Nach Niethammer⁷ prägten in dieser Zeit Personen das Geschehen, die ihre politische Sozialisation während des Nationalsozialismus erhalten hatten und untereinander durch Kameraderie und Erinnerungen an das „Dritte Reich“ verbunden waren. Die parteiförmige Organisation dieses Potentials erfolgte hauptsächlich im preußisch-protestantischen Norden der

Bundesrepublik, wo die niedersächsische Deutsche Rechtspartei (DR[e]P) zunächst eine ausschlaggebende Rolle spielte⁸. Sie gewann bei der ersten Bundestagswahl rund 500 000 Stimmen und damit fünf Mandate. Mit dem Auslaufen der alliierten Lizenzierungsbestimmungen trennten sich die Neofaschisten von der DReP und gründeten im Oktober 1949 die Sozialistische Reichspartei (SRP), die 1952 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und daraufhin aufgelöst wurde⁹. In der kurzen Zeit ihres Bestehens konnte die Partei zwei beachtliche Wahlerfolge verbuchen: 1951 brachte sie es in Bremen auf 7,7 Prozent und 8 Mandate, in Niedersachsen auf 11,0 Prozent und 16 Mandate. Die nicht an der SRP beteiligten Reste der niedersächsischen DReP schlossen sich mit anderen kleinen Gruppierungen im Januar 1950 zur Deutschen Reichspartei (DRP) zusammen, die zunächst im Schatten der SRP stand, sich nach deren Verbot jedoch zur größten rechtsextremen Partei in der Bundesrepublik entwickelte¹⁰. Bis 1953 trat ihr in Süddeutschland als ernstzunehmende Konkurrentin die 1949 gegründete Deutsche Gemeinschaft (DG) entgegen, die 1950 in Bayern und Württemberg-Baden insgesamt 22 Landtagsmandate erobern konnte, danach aber in der Bedeutungslosigkeit versank¹¹.

8 Vgl. Horst W. Schmollinger, Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei, in: R. Stöss, Parteien-Handbuch (Anm. 1), Bd. 1, S. 982 ff.

9 Vgl. Horst W. Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, in: R. Stöss, Parteien-Handbuch (Anm. 1), Bd. 2, S. 2274 ff. Die Lizenzierungspraxis der Alliierten machte bis dahin die Gründung von extrem rechten Parteien unmöglich.

10 Vgl. P. Dudek/H.-G. Jaschke (Anm. 3), Bd. 1, S. 181 ff.; Horst W. Schmollinger, Die Deutsche Reichspartei, in: R. Stöss, Parteien-Handbuch (Anm. 1), Bd. 1, S. 1112 ff.

11 Vgl. Richard Stöss, Die Deutsche Gemeinschaft, in: ders., Parteien-Handbuch (Anm. 1), Bd. 1, S. 877 ff.

4 Berücksichtigt werden hier nur die Landes- und die Bundesebene (einschl. der Europawahlen).

5 Angaben liegen für das Jahr 1954 und seit 1959 vor.

6 Das Standardwerk für diese Phase ist: Kurt P. Tauber, Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism Since 1945, 2 Bde., Middletown 1967.

7 Vgl. Lutz Niethammer, Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt 1969.

Stellte die DRP auch in den fünfziger Jahren insgesamt zehn Landtagsabgeordnete (Niedersachsen 1951, 1955; Rheinland-Pfalz 1959), so darf doch nicht übersehen werden, daß selbst die größte rechtsextreme Partei zwischen 1953 und 1965 bis auf wenige spektakuläre Ausnahmen eine unbedeutende Randexistenz fristete. Denn die in den Entstehungsjahren der Bundesrepublik als Folge des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und der Teilung Deutschlands sichtbar gewordene nationalistische und pronazistische Welle war bis spätestens 1953 abgeflaut. Die Festigung der innen- und außenpolitischen Grundlagen der Bundesrepublik sowie der wirtschaftliche Aufschwung stärkten die Macht und die Integrationskraft der Unionsparteien, sorgten für wachsende Stabilität der politischen Ordnung und bildeten so eine Barriere für den Erfolg extremer Parteien.

Der Niedergang des Nachkriegsrechtsextremismus war nicht nur durch externe Faktoren bedingt. Er selbst hatte auch keine attraktive und realistische Alternative zur Politik der Bürgerblock-Koalition unter Adenauer vorzuweisen. Glaubwürdigkeit und Kompetenz wurden überdies durch starke organisatorische Zersplitterung und andauernde Kämpfe zwischen den Kleinparteiführern beeinträchtigt.

Seit Mitte der sechziger Jahre traten zunehmend rechtsextreme Aktivisten in den Vordergrund, die nicht durch den Nationalsozialismus belastet, sondern in der Ära des „Kalten Krieges“ aufgewachsen und politisch durch den „CDU-Staat“ geprägt waren. Damals (am „Ende der Nachkriegszeit“) begann die zweite Phase des Rechtsextremismus. Der Bruch der CDU/CSU-FDP-Regierung 1966, der Reformkurs der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, die Entstehung der linken, anti-autoritären Außerparlamentarischen Opposition (APO) sowie die erste größere Wirtschaftskrise der Bundesrepublik begünstigten den Aufstieg der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)¹². Sie war Ende 1964 nach langwierigen Bündnisgesprächen innerhalb des rechtsextremen Lagers unter maßgeblicher Beteiligung der DRP entstanden, zog zwischen 1966 und 1968 mit 61 Mandaten in sieben Landesparlamente ein und verfehlte 1969 mit 1,4 Millionen Wählern (4,3 Prozent) nur knapp den Sprung in den Bundestag. Mit der Bildung der sozialliberalen Koalition vollzog die CDU/CSU einen deutlichen Rechtsschwenk und betrieb eine harte konservative Opposition. Konfrontation und Polarisierung zwischen den

Unionsparteien und dem sozialliberalen Bündnis trockneten die Wählerbasis der NPD aus, die gleichzeitig durch interne Fraktionskämpfe geschwächt wurde und sich 1971 spaltete. Die organisatorisch ausgezehrte Rest-NPD fristete bis Mitte der achtziger Jahre ein desolates und inaktives Dasein. Sie war vor allem mit sich selbst beschäftigt und nicht einmal imstande, von der 1974/75 einsetzenden Wirtschaftskrise zu profitieren.

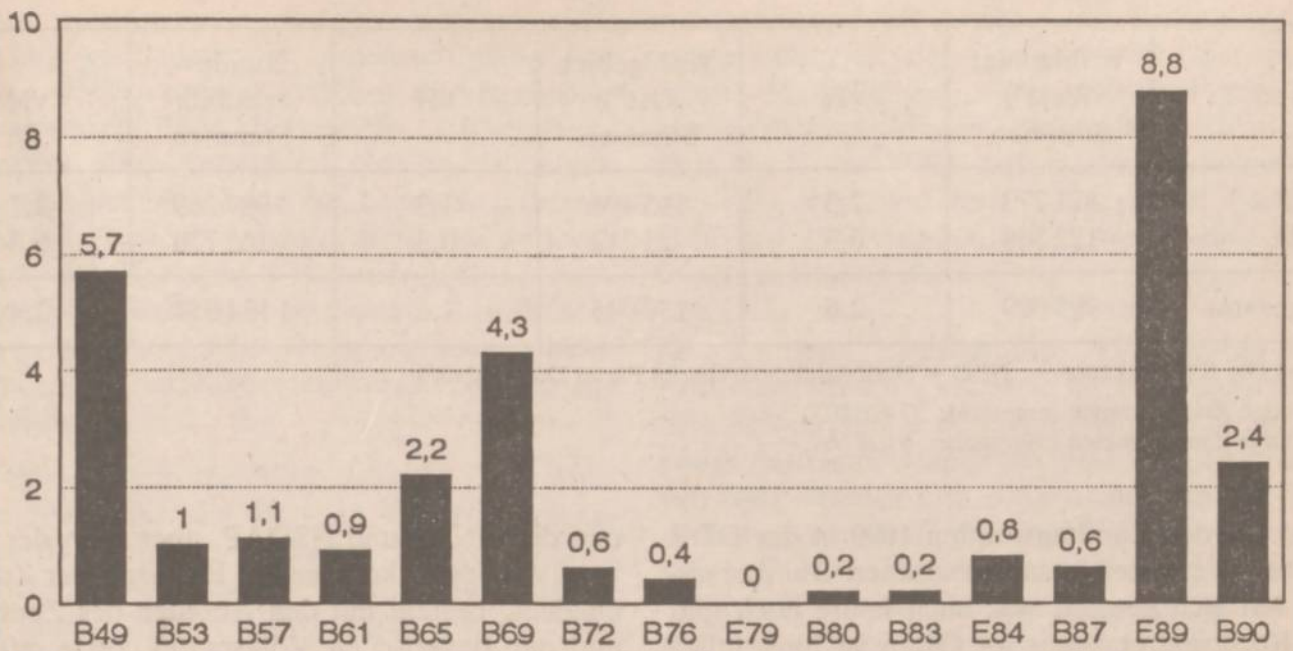
Die dritte Entwicklungsphase des Rechtsextremismus setzte Anfang/Mitte der achtziger Jahre ein, und wieder waren es Momente eines gesellschaftlich-politischen Umbruchs, die seinen Auftrieb beförderten. Anders als früher handelte es sich nun aber um Faktoren, die mehr oder weniger in allen westeuropäischen Staaten wirksam sind, womit dieser „neue“ Rechtsextremismus zu einem europäischen Phänomen wird: Sozialer Wandel, technologische Modernisierung, geringes Wirtschaftswachstum, hohe Massenarbeitslosigkeit, Beschneidung der Sozialausgaben, Wertewandel, massive Partizipationsansprüche, politische und soziale Umwälzungen in Osteuropa, Abschmelzen des Ost-West-Gegensatzes, Migrationsbewegungen und Asylproblematik sind nur einige Stichworte, die den Problemhaushalt aller EG-Staaten prägen.

Die etablierten Parteien (nicht nur) der Bundesrepublik geraten zudem unter den Druck der Folgen des sozialen Wandels. Er bewirkt eine wachsende Flexibilität im Wahlverhalten (Abnahme der Stammwähler, Zunahme der Wechselwähler), weil sich die klassischen Milieubindungen abschwächen und die Wahlnormen vermittelnden Großorganisationen (Gewerkschaften, Kirchen) an Bedeutung verlieren. Gerade die quantitativ anwachsenden „neuen Mittelschichten“ als hauptsächliche Träger des Modernisierungsprozesses sind dem Einfluß dieser Organisationen weithin entzogen und erweisen sich als besonders flexibel und selbstbewußt. Die Erosion alter politischer Bindungen erfaßt zunehmend aber auch die traditionellen sozialen Segmente der Industriegesellschaft. Die Lockerung der Parteibindungen geht einher mit sinkender Organisationskapazität, hoher Wahlabstinz und Verdrossenheit über die Großparteien in Regierung und Opposition, die den widersprüchlichen Anforderungen nach Modernisierung einerseits und Befriedigung traditionsverhafteter Ziele und Klientele andererseits ausgesetzt sind.

Mit den Erfolgen der Grünen/Alternativen erweiterte sich das bundesdeutsche Drei-Parteien-System zu einem Vier-Parteien-System. Wenn nicht alles täuscht, befinden wir uns seit den Wahlerfolgen der Rechtsextremisten auf dem Weg zum Fünf-Parteien-System.

12 Vgl. P. Dudek/H.-G. Jaschke (Anm. 3), Bd. 1, S. 280 ff.; Horst W. Schmollinger, Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: R. Stöss, Parteien-Handbuch (Anm. 1), Bd. 2, S. 1922 ff.

Abbildung 1: (Zweit-)Stimmenanteile der rechtsextremen Parteien bei Bundestags- und Europawahlen



B=Bundestagswahl E=Europawahl

Der neue Aufwärtstrend deutete sich bereits bei der Europawahl 1984 an, als die NPD mit 0,8 Prozent (knapp 200 000 Stimmen) ein vergleichsweise beachtliches Resultat verbuchen konnte. 1986 verabredeten die NPD und die 1971 von dem finanzstarken rechtsextremen „Pressezaren“ Gerhard Frey gegründete Deutsche Volksunion (DVU)¹³ eine Zusammenarbeit beider Organisationen, die weitere Wahlerfolge zeitigte. Bei der Bundestagswahl 1987 mobilisierte die NPD über 225 000 Wähler (0,6 Prozent), und noch im selben Jahr konnte der Rechtsextremismus erstmalig seit 1968 wieder ein parlamentarisches Mandat auf Landesebene erzielen: In Bremen gelang es der DVU, die Sperrklausel zu überwinden. 1988 brachte es die NPD in Baden-Württemberg auf 2,1 und in Schleswig-Holstein auf 1,2 Prozent der Stimmen. 1989 zogen die hessischen Nationaldemokraten in einige Kommunalparlamente ein, in Frankfurt beispielsweise mit sieben Abgeordneten.

Den eigentlichen Durchbruch schafften jedoch nicht die alteingesessenen Parteien, sondern die 1983 gegründeten Republikaner¹⁴. Hauptsächlich

cher Gründungsanlaß war der Unmut rechtskonservativer Kreise über die ausgebliebene „geistig-moralische Wende“ nach dem Machtwechsel in Bonn. Die Republikaner nahmen die Fünf-Prozent-Hürde 1989 gleich zweimal mit Leichtigkeit: In Berlin fielen ihnen elf und bei der Europawahl mit über zwei Millionen Stimmen sechs Mandate zu. Der deutsche Einigungsprozeß und die internen Grabenkämpfe der Schönhuber-Partei (die mit der Abspaltung der Deutschen Liga [DL] im Oktober 1991 ihr vorläufiges Ende fanden) bremsen diesen Trend nur vorübergehend. Bei der bayerischen Landtagswahl 1990 verfehlten die Republikaner den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde äußerst knapp. Die DVU eroberte 1991 in Bremen und 1992 in Schleswig-Holstein jeweils sechs Mandate, und die Republikaner übertrafen 1992 in Baden-Württemberg mit 10,9 Prozent und 15 Landtagssitzen sogar das NPD-Resultat von 1968 (9,8 Prozent, 12 Sitze), das beste Landesergebnis der NPD überhaupt.

13 Vgl. Leo A. Müller, Republikaner, NPD, DVU, Liste D..., Göttingen 1989; R. Stöss (Anm. 3), S. 184ff.; Heinrich Sippel, NPD und DVU – Bilanz einer schwierigen Beziehung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 1. Jg., Bonn 1989, S. 174ff.

14 Vgl. Eike Hennig, Die Republikaner im Schatten

Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz, Frankfurt 1991; Hans-Gerd Jaschke, Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn 1992²; Claus Leggewie, Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an, Berlin 1990; R. Stöss, Republikaner (Anm. 1); Hans-Joachim Veen/Norbert Lepszy/Peter Mnich, Die Republikaner-Partei zu Beginn der 90er Jahre. Programm, Propaganda, Organisation, Wähler- und Sympathisantenstrukturen, St. Augustin 1992 (Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung: Interne Studien, Nr. 14/1991–1992).

Tabelle 2: Wahlergebnisse von Republikanern und NPD bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 (Zweitstimmen)

Partei	Wahlgebiet West ^{a)} Stimmen	vH	Wahlgebiet Ost ^{b)} Stimmen	vH	Bundesrepublik Stimmen	vH
REP	871 773	2,3	115 496	1,3	987 269	2,1
NPD	122 564	0,3	23 212	0,3	145 776	0,3
Insgesamt	995 009	2,6	139 045	1,6	1 134 054	2,4

REP = Die Republikaner NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands

a) Gültige Zweitstimmen insgesamt: 37 426 103.

b) Gültige Zweitstimmen insgesamt: 9 029 669.

Schon bei den Landtagswahlen 1990 in der DDR und bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl hat sich gezeigt, was auch heute noch gilt: Der Rechtsextremismus im Osten ist hinsichtlich seiner Fähigkeit, Mitglieder und Wähler zu mobilisieren, vergleichsweise schwach entwickelt. Während der Rechtsextremismus im Westen über ein vielfältiges Organisationswesen (Parteien, Jugendorganisationen, Presse, Verlage) verfügt, tritt er in den neuen Bundesländern eher protestförmig und subkulturell auf.

Fazit: Der Erfolg des organisierten Rechtsextremismus wird durch gesellschaftlich-politische Krisenerscheinungen und Umbruchsituationen begünstigt. Derartige Krisen und Umbrüche betreffen das System insgesamt, finden ihren Niederschlag also auch und vor allem im politischen System. Wenn seine Institutionen und Führungsgruppen nicht imstande sind, die notwendigen Steuerungs-, Legitimations- und Integrationsleistungen zu erbringen und bei Teilen der Bevölkerung dadurch Unzufriedenheit entsteht, wachsen die Erfolgsaussichten des Rechtsextremismus.

III. Soziale Basis und Einstellungen

Für die erste Entwicklungsphase des Rechtsextremismus stehen zur Analyse von Wahlergebnissen fast nur Aggregatdaten zur Verfügung, die generell keine Aussagen (sondern allenfalls Vermutungen) über individuelles Verhalten zulassen. Denn repräsentative Bevölkerungsumfragen zählten damals noch nicht zum Standard der Wahlforschung.

Falter vergleicht die Wahlergebnisse der Reichstagswahl vom Juli 1932 und der ersten beiden Bundestagswahlen auf Kreisebene und gelangt zu dem Ergebnis, daß die DReP-Anteile von 1949 mit de-

nen der DNVP und NSDAP, aber auch der SPD von 1932 positiv korrelieren. Ein negativer Zusammenhang besteht mit den Anteilen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei sowie mit den NSDAP-Ergebnissen in katholischen und in gemischt konfessionellen Gebieten. Rechtsextreme Parteien waren 1949 (und 1953) vor allem in protestantischen Regionen erfolgreich und standen dort in der Tradition des Weimarer Rechtsextremismus¹⁵. Kaltefleiter schätzt, daß rund die Hälfte der DReP-Wähler 1949 aus dem Lager der Vertriebenen stammte und charakterisiert die Hochburgen der Partei als vorwiegend evangelische Gebiete mit hohem Urbanisierungsgrad und hoher Arbeitslosigkeit¹⁶. Taubers Analysen zeigen für die DReP kaum einen Zusammenhang von Stimmenanteilen und Vertriebenenanteilen. Die Rechtspartei sei besonders in ehemaligen NSDAP-Hochburgen und dort, wo die Zahl der Wahlberechtigten im Vergleich zur Vorwahl zugenommen habe, erfolgreich gewesen. Dies lasse darauf schließen, daß sie auch bei ehemaligen Kriegsgefangenen, Internierten und von Entnazifizierungsmaßnahmen Betroffenen Anklang gefunden habe¹⁷.

Die SRP war (in protestantischen Regionen) zu meist dort stark, wo die NSDAP gute Wahlergebnisse erzielt hatte. Ihre Hochburgen waren weithin mit denen der DReP identisch; sie vermochte es aber zusätzlich, in Gegenden mit geringem Urbanisierungsgrad Fuß zu fassen¹⁸. Nach Schmollinger¹⁹ erklären sich die SRP-Hochburgen im ländlich-agrarischen Bereich dadurch, daß die Partei in erheblichem Umfang Wähler der welfisch-bäuer-

15 Vgl. Jürgen W. Falter, Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: Politische Vierteljahresschrift, 22 (1981) 3, S. 236 ff.

16 Vgl. Werner Kaltefleiter, Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Köln 1966. S. 131 ff.

17 Vgl. K. P. Tauber (Anm. 6), Bd. 1, S. 90 ff.

18 Vgl. W. Kaltefleiter (Anm. 16), S. 134 f.

19 Vgl. H. W. Schmollinger (Anm. 9), S. 2309 ff.

lich geprägten DP²⁰ gewinnen konnte. Die süddeutsche DG rekrutierte ihre Wählerschaft 1950 vermutlich vorwiegend aus Vertriebenen und Kriegsfolgegeschädigten in protestantischen Regionen, wobei unterschiedliche Berufsgruppen beteiligt waren. Den DRP-Erfolg in Rheinland-Pfalz 1959 führt Kaltefleiter auf die damaligen wirtschaftlichen Probleme im heimischen Weinbau zurück. Jedenfalls schnitt die Partei dort gut ab, wo ein geringer Urbanisierungsgrad und niedrige Wahlbeteiligung herrschten. Ihre Wähler waren zudem durch eine besonders pessimistische Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage gekennzeichnet²¹.

Was Büsch über die SRP schreibt, gilt wohl grosso modo für die Parteien des Nachkriegsrechtsextremismus insgesamt: Ihre Wähler stammten „keinesfalls aus einer bestimmten sozialen Schicht“. „Die Partei vereinigte vielmehr Angehörige der verschiedensten Bevölkerungsschichten, die vor allem ein deprimierendes soziales Schicksal (wie Vertreibung, Arbeitslosigkeit usw.) gemeinsam hatten und durch eine gemeinsame politische Haltung... verbunden waren.“²² Man kann in sozialstruktureller Hinsicht durchaus von weithin norddeutschen und überwiegend protestantischen „Sammlungsparteien“²³ mit „Mittelstandsbauch“²⁴ sprechen, da sie in der Industriearbeiterschaft offenbar vergleichsweise geringe Resonanz hatten. Daß ihre Wähler insgesamt durch eine „gemeinsame politische Haltung“ verbunden waren, läßt sich meines Erachtens nicht nachweisen und scheint mir auch zweifelhaft.

20 Zur Deutschen Partei vgl. Hermann Meyn, Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer nationalkonservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965, sowie Horst W. Schmollinger, Die Deutsche Partei, in: R. Stöss, Parteien-Handbuch (Anm. 1), Bd. 1, S. 1025 ff.

21 Vgl. W. Kaltefleiter (Anm. 16), S. 136.

22 Otto Büsch/Peter Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP), Berlin 1957, S. 103.

23 Ebda, S. 104.

24 Falter bezeichnet in seiner bahnbrechenden Arbeit über „Hitlers Wähler“ die NSDAP als „Volkspartei mit Mittelstandsbauch“. Er weist überzeugend nach, daß die Wähler der NSDAP keineswegs nur aus den bürgerlichen Mittelschichten, sondern aus allen sozialen Großgruppen stammten, wobei der protestantische Mittelstand allerdings überdurchschnittlich vertreten war (Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 13). Dennoch scheint mir der Begriff „Volkspartei“ (mit dem die Parteienforschung die Großparteien in demokratischen Systemen belegt hat) zur Charakterisierung einer faschistischen Partei unglücklich (zur Volkspartei s. Alf Mintzel, Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch, Opladen 1984). Dies gilt entsprechend für die Bezeichnung der NPD als „Minivolkspartei“: Erwin K. Scheuch, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1974, S. 433 ff., 443.

Für die zweite Entwicklungsphase des Rechtsextremismus ist die Datenlage besser²⁵. Seit Mitte der sechziger Jahre verfügen wir über Individualdaten bezüglich der Sozialstruktur, der politischen Einstellungen, Wertorientierungen und Verhaltensdispositionen. Daher läßt sich die soziale Basis der NPD zufriedenstellend beschreiben. Sie war, was ihre Wählerschaft zwischen 1966 und 1969 angeht, nur teilweise eine Nachfolgeorganisation der DRP²⁶.

Neben den traditionellen Hochburgen des Rechtsextremismus eroberte sie sich neue regionale Schwerpunkte und Wählerschichten auch in Süddeutschland. Stammen 1961 nur 23 Prozent der DRP-Wähler aus Bayern und Baden-Württemberg, so rekrutierte die NPD dort 1965 und 1969 37 bzw. 36 Prozent und 1972, 1976 und 1980 sogar über 40 Prozent ihrer Wähler. In diesen beiden Bundesländern lebten 1966 und 1972 37 Prozent der Parteimitglieder.

Die NPD-Anhänger kamen aus allen Bevölkerungsschichten²⁷. Die Männer waren mit einem Anteil von rund zwei Dritteln deutlich überrepräsentiert. Unter den Altersgruppen dominierten die mittleren Jahrgänge. Vergleichsweise stark waren Landwirte, Selbständige und Arbeiter vertreten. Detaillierte Analysen von Liepelt zeigen, daß nicht der Berufsstatus sondern die Bindung an Wahlnormen vermittelnde Großorganisationen entscheidend für die Erfolge der NPD waren. Praktizierende Christen (vor allem Katholiken) und Gewerkschaftsmitglieder präferierten die Unionsparteien bzw. die SPD und bildeten kaum ein Reservoir für die Rechtsextremisten. In Gebieten mit hohem Katholikenanteil und in Industrierevieren mit langer Arbeitertradition war die NPD chancenlos. Dagegen neigten 14 Prozent der bindungslosen Arbeitnehmer in Großbetrieben, 19 Prozent der bindungslosen Selbständigen und sogar 25 Prozent der bindungslosen Arbeitnehmer in Kleinbetrieben zur NPD. Letztere dürften sich durch die damalige Rezession besonders bedroht gefühlt haben. Die Vertriebenen stellten im Bundesdurchschnitt keine besondere Wählerbank für die NPD dar, regional ließen sich teilweise jedoch (vor allem in Bayern und

25 Vgl. die entsprechenden Literaturangaben bei E. K. Scheuch (Anm. 24). Eine Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse findet sich bei Reinhard Kühnl/Rainer Rilling/Christine Sager, Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt 1969, S. 232 ff.

26 Vgl. H. W. Schmollinger (Anm. 12), S. 1955 ff.; W. Kaltefleiter (Anm. 16), S. 137.

27 Vgl. Klaus Liepelt, Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift, 8 (1967) 2, S. 237 ff.

Baden-Württemberg) deutliche Zusammenhänge erkennen²⁸.

Die überwiegende Mehrheit der NPD-Anhänger kam aus den Lagern der beiden großen Volksparteien, wobei ehemalige SPD-Wähler deutlich stärker vertreten waren als CDU/CSU-Wähler. Von den Unionswählern tendierten 9 Prozent zur NPD, bei den SPD-Wählern waren es 12, bei den FDP-Wählern 21 und bei den Wählern von Kleinparteien 87 Prozent. Daraus schließt Liepelt, daß es sich bei den NPD-Anhängern weithin um politisch heimatlose Randwähler gehandelt habe.

Ein herausragendes Merkmal der NPD-Sympathisanten stellten pessimistische Wirtschaftserwartungen dar. Knapp die Hälfte des nationaldemokratischen Potentials bewertete die wirtschaftliche Entwicklung und die eigene Situation angesichts von Rezession und staatlicher Finanzkrise negativ. Die NPD profitierte schließlich auch von der Unzufriedenheit mit der Großen Koalition. Nicht ihr politisches Programm war für die Wahlerfolge verantwortlich, sondern der Unmut über die politischen Verhältnisse. „Man wählt nicht NPD, weil man für etwas, sondern weil man gegen etwas ist.“²⁹ Kaltefleiter verallgemeinert auch mit Blick auf die APO: „Die von einer gewissen Stagnation der deutschen Wirtschaft im Jahre 1966/67 ausgehende Protestwahl führte zum Entstehen von Opposition *zum* System, weil die Alternative *im* System fehlte... Protestauslösende Faktoren bei fehlenden Alternativen *im* System führen zu Protest *zum* System.“³⁰ Die NPD-Anhänger zeigten zudem überdurchschnittliche Sympathien für den Nationalsozialismus. Aber erst durch das Hinzutreten von empfundener sozialer Unsicherheit entwickelte sich daraus eine Disposition zugunsten der NPD. 32 Prozent der NPD-Anhänger waren durch die Faktorenkombination von Wirtschaftspessimismus und NS-Sympathien geprägt.

Die zweite Entwicklungsphase des Rechtsextremismus ist zusammenfassend dadurch gekennzeichnet, daß die rechtsextreme Sammlungspartei³¹ ihre regionale und soziale Basis in Richtung auf bundesdurchschnittliche Verhältnisse erweiterte. Der „Mittelstandsbauch“ wurde kleiner, ohne allerdings ganz zu verschwinden. Immer noch bestanden Barrieren, die die Ausbreitung rechtsextremer Parteien behinderten. Dabei handelte es

28 Vgl. H. W. Schmollinger (Anm. 12), S. 1956 f.; Willibald Fink, Die NPD bei der bayerischen Landtagswahl 1966. Eine ökologische Wahlstudie, München 1969, S. 44.

29 K. Liepelt (Anm. 27), S. 262.

30 Werner Kaltefleiter, Wandlungen des deutschen Parteiensystems 1949–1974, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/75, S. 6 (Hervorhebung im Orig.).

31 So auch E. K. Scheuch (Anm. 24, S. 446) mit Blick auf die NPD.

sich vor allem um Kirchen- und Gewerkschaftsbindungen sowie um Industrieregionen mit Arbeitertradition³².

Da über die dritte Phase des Rechtsextremismus mit den Wahlerfolgen von Republikanern, DVU und NPD viele Analysen vorliegen³³, beschränke ich mich hier auf eine knappe Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse. Die Anhängerschaft der Republikaner³⁴ ist in sozialstruktureller Hinsicht sehr heterogen und läßt sich mit den herkömmlichen sozialstatistischen Kategorien insgesamt nur unzureichend abgrenzen. Überdies stellen sich die Verhältnisse von Bundesland zu Bundesland, von Region zu Region sehr unterschiedlich dar.

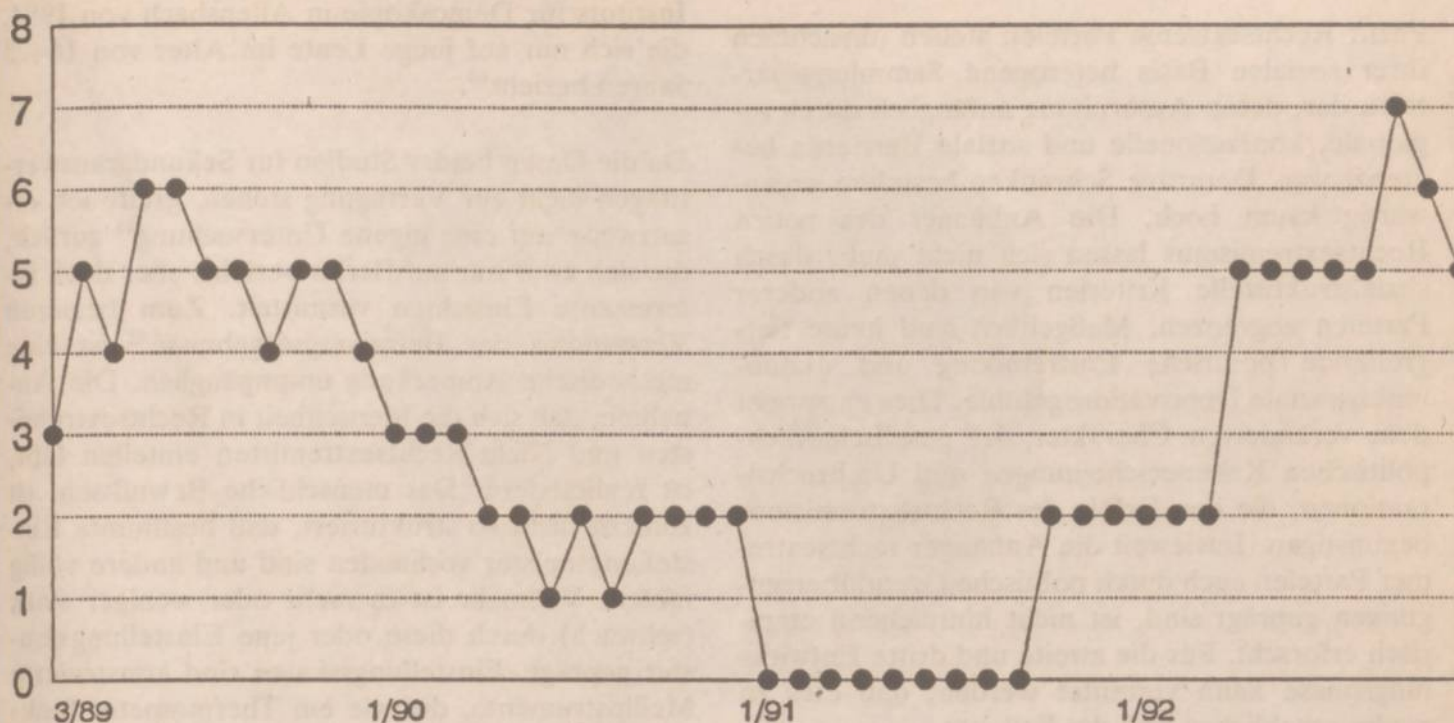
Generell gilt: Bundesweit stammen rund die Hälfte der NPD- und REP-Wähler aus Bayern und Baden-Württemberg. 40 bis 50 Prozent der Parteianhänger gehörten früher dem Lager der Unionsparteien und 20 bis 25 Prozent dem der SPD an. Zwei Drittel der durch einen sehr niedrigen Bildungsstatus gekennzeichneten REP-Sympathisanten sind Männer. Hinsichtlich der beruflichen Zusammensetzung überwiegen einfache Arbeiter, Facharbeiter und Selbständige bzw. Landwirte. Die neuen Mittelschichten sind unterrepräsentiert. Keine gravierenden Unterschiede zur Wahlbevölkerung insgesamt zeigen sich bei der Altersstruktur, der konfessionellen Zusammensetzung und der Einkommensverhältnisse. Allerdings erweisen sich praktizierende Katholiken in der Mitte und im Norden der Bundesrepublik als unterdurchschnittlich anfällig für rechtsextreme Propaganda. Die Herkunft nach städtischen und ländlichen Regionen zeigt keine signifikanten Besonderheiten, wenn auch die kleinen Gemeinden etwas stärker

32 E. K. Scheuch (Anm. 24) bestreitet, daß sich die Anhänger der NPD nach sozialstrukturellen Kriterien abgrenzen lassen und experimentiert mit Variablen wie „politische Grundorientierungen“, „politische Mentalität“, „politische Philosophie“ und Statusinkonsistenz, freilich ohne überzeugende Resultate.

33 Vgl. Ursula Feist, Rechtsparteien im Vormarsch: Gründe für ihre Wahlerfolge – Strategien zu ihrer Eindämmung, in: Gegenwartskunde, 38 (1989) 3, S. 321 ff.; Joachim Hofmann-Göttig, Die neue Rechte: die Männerparteien, Bonn 1989 (Die Wähler der extremen Rechten II); Franz Urban Pappi, Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/90, S. 37 ff.; Dieter Roth, Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/90, S. 27 ff.; Sozialstruktur und Einstellungen von Wählern rechtsextremer Parteien. Studien von SINUS und Infratest, Bonn 1989 (Die Wähler der extremen Rechten III); Weder verharmlosen noch dämonisieren, Bonn 1989 (Die Wähler der extremen Rechten I); H.-J. Veen/N. Lepszy/P. Mnich (Anm. 14).

34 Die folgenden Ausführungen gelten weithin auch für das DVU- und NPD-Potential.

Abbildung 2: REP-Anhänger Februar 1989 bis November 1992
Bundesrepublik (vor 1990 nur Westdeutschland)



EMNID: Sonntagsfrage (Prozent); Quelle: DER SPIEGEL

beteiligt sind als die Ballungsgebiete. Schließlich unterscheiden sich auch die Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer Sympathie für rechtsextreme Parteien nicht vom Bevölkerungsdurchschnitt. Es ist dem neuen Rechtsextremismus also weithin gelungen, die regionalen und sozialstrukturellen Barrieren der Sammlungsparteien der ersten und zweiten Entwicklungsphase zu überwinden. Wenn gegenwärtig überhaupt ein diesbezügliches Merkmal Erwähnung verdient, dann ist es der „Arbeiterbauch“.

Die Anhänger des neuen Rechtsextremismus sind durch spezifische politische Einstellungen und Wertorientierungen geprägt. Schon das Auf und Ab in der Wählergunst (siehe Abbildung 2) deutet darauf hin, daß die Sympathien für die Republikaner auch von tagespolitischen Einflüssen abhängen. Umfragen über das politische Bewußtsein der REP-Anhänger im Bundesgebiet ergaben, daß diese das politische System der Bundesrepublik, die Parteien, die Regierung und die Opposition besonders negativ beurteilen und besonders häufig den Vorwurf des Politikversagens erheben. Die eigene wirtschaftliche Lage wird überdurchschnittlich oft als schlecht bezeichnet. Während im Schnitt bei den REP-Sympathisanten dennoch Zukunftsoptimismus herrscht, zeigt sich bei den aus dem SPD-Umfeld stammenden Schönhuber-Anhängern auch hier Pessimismus.

Die Gesellschaftsordnung wird generell als extrem ungerecht empfunden, und es besteht eine starke Neigung, politische Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Autoritäre Orientierungen mischen sich mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Haltungen. Die REP-Anhänger lehnen überwiegend die Oder-Neiße-Grenze als deutsche Ostgrenze ab und äußern erhebliche Skepsis gegenüber der EG. Stark verbreitet sind feindliche Einstellungen gegenüber Ausländern, Flüchtlingen und Übersiedlern. Unter weltanschaulichen Gesichtspunkten ist das Potential der Republikaner mithin am äußersten rechten Rand des Meinungsspektrums angesiedelt.

Die Anhänger der Parteien des neuen Rechtsextremismus lassen sich grob durch drei Merkmale kennzeichnen: extrem rechte Grundorientierungen, starke politische Entfremdung und das Gefühl sozioökonomischer Bedrohung. Das Konglomerat „heterogener, wenn nicht gar einander widersprechender Forderungen“³⁵ und Erwartungen wird in der Literatur häufig als Ausdruck von „Protest“ interpretiert. So gesehen gelten die Republikaner hinsichtlich ihrer Anhänger als „Protestpartei“ und nicht als rechtsextreme Partei³⁶. Andere Autoren unterscheiden zwischen dem Protestmotiv und der weltanschaulichen Komponente und charakterisie-

35 H.-J. Veen/N. Lepszy/P. Mnich (Anm. 14), S. 64.

36 So z. B. F. U. Pappi (Anm. 33).

ren die Republikaner als ein Gemisch aus beiden Merkmalen³⁷.

Fazit: Rechtsextreme Parteien stellen hinsichtlich ihrer sozialen Basis heterogene Sammlungsparteien dar, deren Ausbreitung anfänglich durch regionale, konfessionelle und soziale Barrieren begrenzt war. Derartige Schranken bestehen gegenwärtig kaum noch. Die Anhänger des neuen Rechtsextremismus lassen sich nicht mehr durch sozialstrukturelle Kriterien von denen anderer Parteien abgrenzen. Maßgeblich sind heute tiefgreifende politische Entfremdung und ökonomisch-soziale Deprivationsgefühle. Dies entspricht dem veränderten Charakter der gesellschaftlich-politischen Krisenerscheinungen und Umbruchsituationen, die den Erfolg des Rechtsextremismus begünstigen. Inwieweit die Anhänger rechtsextremer Parteien auch durch politische Grundüberzeugungen geprägt sind, ist nicht hinreichend empirisch erforscht. Für die zweite und dritte Entwicklungsphase kann vermutet werden, daß dies zu einem erheblichen Teil der Fall war.

IV. Rechtsextremismus und Parteipräferenzen

Um die Frage zu beantworten, in welchem Umfang rechtsextrem eingestellte Personen rechtsextreme Parteien wählen bzw. wie groß der Anteil von Rechtsextremisten an den Wählerschaften der einzelnen Parteien ist, müßten sich Wählerbefragungen auch auf rechtsextreme Einstellungsmuster beziehen. Dies ist grundsätzlich nicht der Fall³⁸, und daher basieren alle Aussagen darüber, ob die Republikaner eine Protestpartei oder eine Weltanschauungspartei sind, auf reiner Spekulation.

Die Messung rechtsextremer Einstellungen ist ein empirisch (und finanziell) aufwendiges Unternehmen. Sie kann nur mittels einer Skala erfolgen, die die unterschiedlichen Dimensionen des Einstellungsmusters (z. B. Anomie, Autoritarismus, Nationalismus, Ethnozentrismus, Antisemitismus, Sympathien für den Nationalsozialismus) umfaßt. Sie muß auf einer großen Stichprobe basieren, damit die vorgefundene Anzahl von Rechtsextremisten in der Umfrage differenzierte statistische Analysen zuläßt. Bisher liegen nur zwei für das Bundesgebiet repräsentative Untersuchungen vor:

37 So z. B. U. Feist (Anm. 33).

38 Gelegentlich werden einzelne Statements zur Fremdenfeindlichkeit, zum Nationalismus etc. abgefragt und daraus Schlußfolgerungen auf das rechtsextreme Einstellungspotential gezogen.

die bekannte SINUS-Studie von 1979/1980³⁹ (siehe Abbildung 3) und die weniger bekannte Arbeit des Instituts für Demoskopie in Allensbach von 1984, die sich nur auf junge Leute im Alter von 16–25 Jahren bezieht⁴⁰.

Da die Daten beider Studien für Sekundärauswertungen nicht zur Verfügung stehen, greife ich ersatzweise auf eine eigene Untersuchung⁴¹ zurück, die sich zwar nur auf Berlin bezieht, aber doch interessante Einsichten vermittelt. Zum besseren Verständnis der Befragungsergebnisse⁴² ist eine methodische Anmerkung unumgänglich. Die Annahme, daß sich die Menschheit in Rechtsextremisten und Nicht-Rechtsextremisten einteilen läßt, ist realitätsfern. Das menschliche Bewußtsein ist zumeist nicht so strukturiert, daß bestimmte Einstellungsmuster vorhanden sind und andere völlig fehlen. Vielmehr ist es mehr oder weniger stark (schwach) durch diese oder jene Einstellungsmuster geprägt. Einstellungsskalen sind konstruierte Meßinstrumente, die wie ein Thermometer funktionieren sollen. Die hier benutzte Rechtsextremismus-Skala reicht von 1 (schwach) bis 7 (stark). Die Personen, die auf der Skala den Wert 6 oder 7 erreicht haben, werden als rechtsextremes Einstellungspotential (Rechtsextremisten) zusammengefaßt⁴³.

So gemessen ergibt sich für West-Berlin folgendes Bild: Knapp 60 Prozent des rechtsextremen Einstellungspotentials präferierte die CDU und 25 Prozent die SPD. Nur 6 Prozent nannten die Republikaner (siehe Abbildung 4). Diese Verteilung entspricht den Ergebnissen der (auf einer anderen Skala basierenden) SINUS-Studie und stellt mithin keinen berlinspezifischen Sonderfall dar. Das rechtsextreme Lager wählt mehrheitlich die Unionsparteien und an zweiter Stelle die SPD. Rechtsextreme Parteien mobilisieren dagegen nur einen winzigen Teil des Kuchens. Ich gehe davon aus, daß dies in der ersten und zweiten Entwicklungsphase des bundesdeutschen Rechtsextremismus nicht grundsätzlich anders war.

39 Vgl. „Wir sollten wieder einen Führer haben...“. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981.

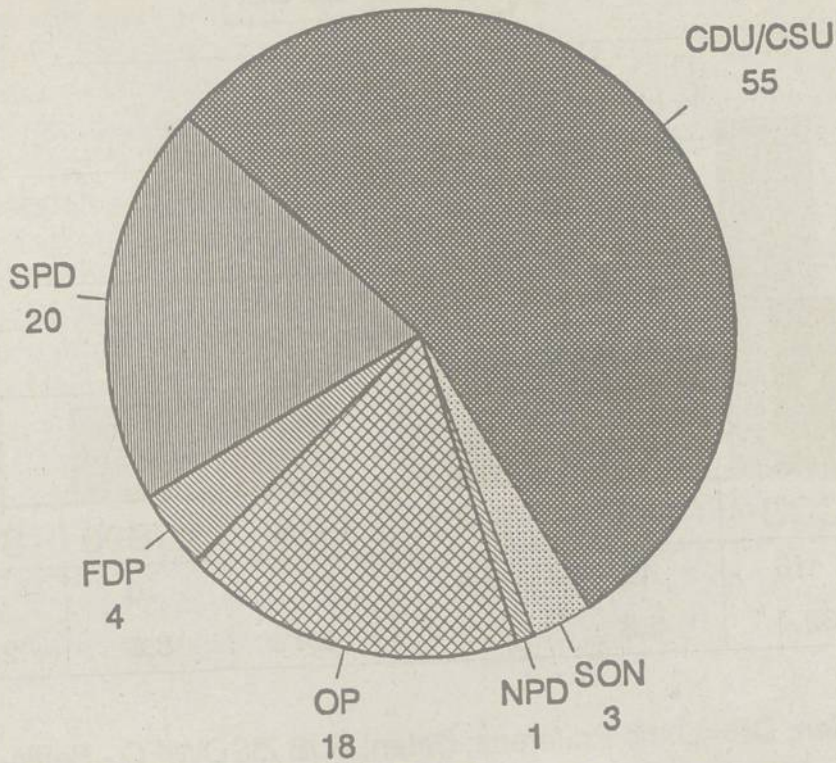
40 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Erp Ring, Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland 1984, Allensbach 1984.

41 Vgl. Richard Stöss, Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus, in: Hans-Dieter Klingemann/Lutz Erbring/Nils Diederich (Hrsg.), Zwischen Wende und Wiedervereinigung. Vergleichende Analysen zur politischen Kultur in West- und Ost-Berlin 1990, Opladen 1993 (i. E.).

42 Ca. 3000 Fälle, repräsentativ jeweils für Berlin-West und Berlin-Ost, Befragungszeitpunkt: Sommer 1990.

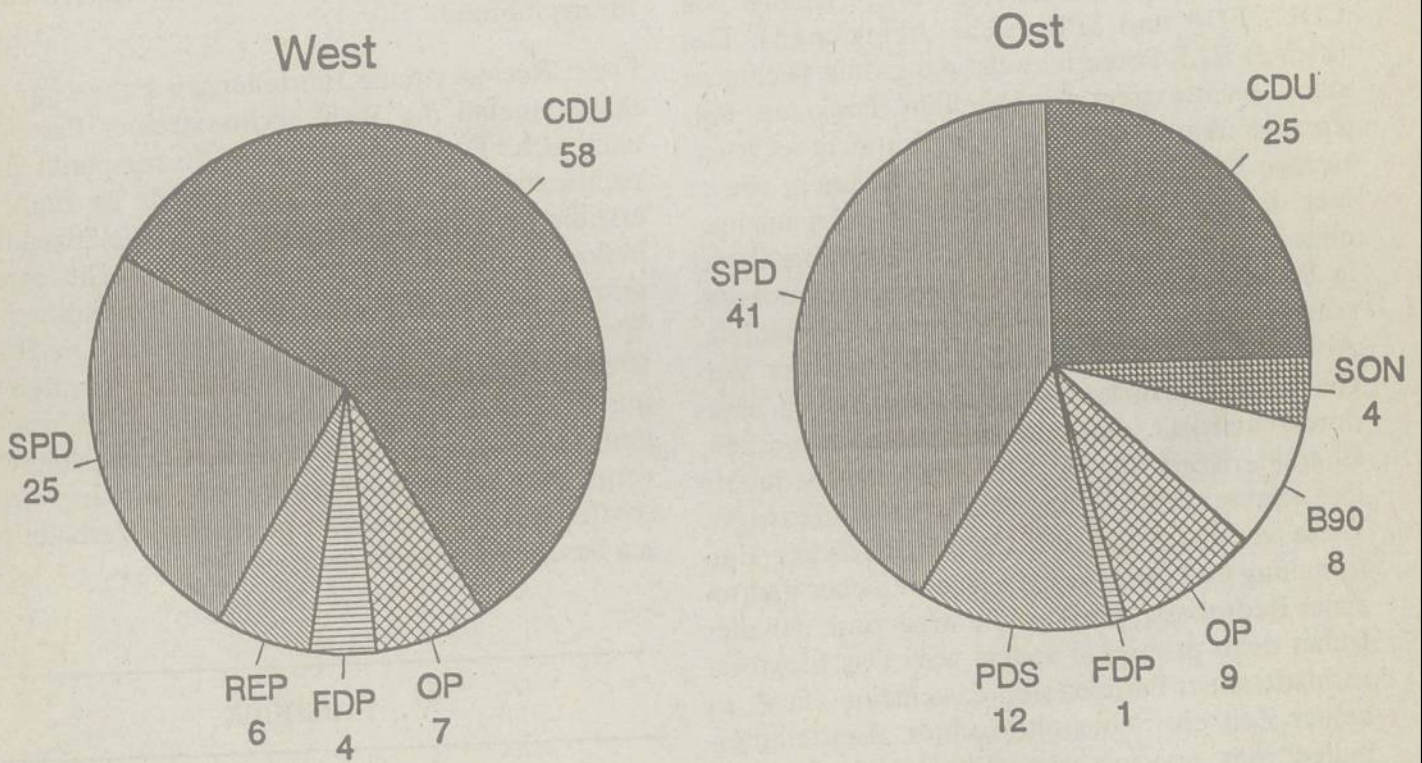
43 Im Sommer 1990 betrug das rechtsextreme Einstellungspotential in Berlin-West 8 Prozent und in Berlin-Ost 17 Prozent der Befragten.

**Abbildung 3: Parteipräferenzen im rechtsextremen Lager
Bundesrepublik 1979/80**



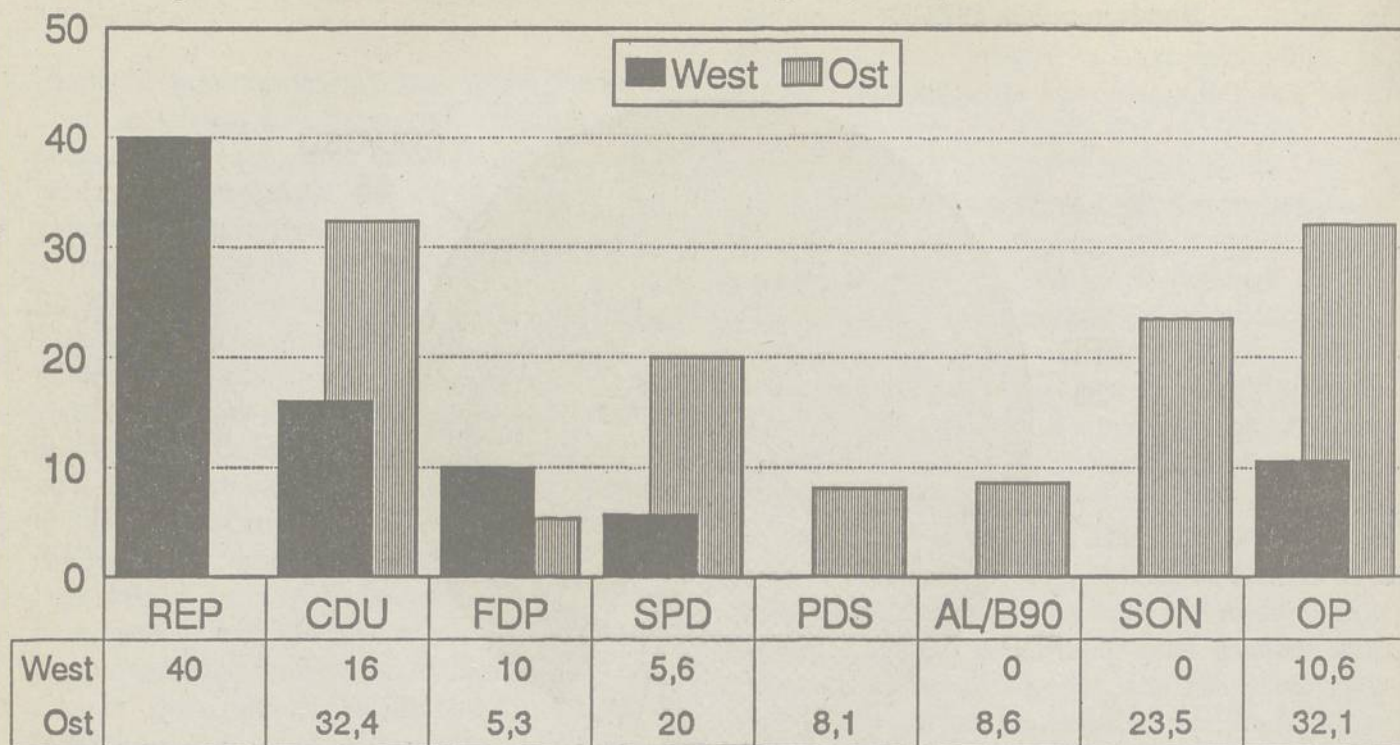
SON=Sonstige Parteien; OP=Ohne Präferenz; KA=Keine Antwort; Daten: SINUS 1981

**Abbildung 4: Parteipräferenzen im rechtsextremen Lager
Berlin 1990**



SON=Sonstige Parteien; OP=Ohne Präferenz; Daten: FUB ZISOWIFO - Berlin-BUS 1990

Abbildung 5: Rechtsextremisten unter den Parteianhängern (i.v.H.)



SON=Sonstige Parteien; OP=Ohne Präferenz; Daten: FUB ZISOWIFO - Berlin-BUS 1990

Betrachten wir die Anteile von Rechtsextremisten an den Parteianhängern, dann stehen die Republikaner mit 40 Prozent an erster Stelle, gefolgt von CDU, FDP und SPD (siehe Abbildung 5). Das (kleine) REP-Potential weist die größte Dichte an stark rechtsextrem eingestellten Personen auf. Zwar ist über die Hälfte davon nicht dem rechtsextremen Einstellungspotential zuzurechnen, wie es hier definiert wird. Daher wäre es auch unangemessen, die Wählerschaft der Schönhuber-Partei in Bausch und Bogen als Gegner der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik zu verteufeln. Aber die verbleibenden 60 Prozent sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung immer noch überdurchschnittlich stark rechtsextrem eingestellt. Charakteristisch für die REP-Anhänger ist mithin ihre extrem rechte Position auf dem Wählermarkt. Diese verbindet sich mit starker politischer Entfremdung und dem Gefühl wirtschaftlicher und sozialer Bedrohung. Ich vermute wiederum, daß dies früher nicht prinzipiell anders war. Das Elektorat rechtsextremer Parteien stellte, so meine These, zu keiner Zeit ein reines ultrarechtes „Einstellungsmilieu“ dar, sondern war stets auch durch Unsicherheit und Unzufriedenheit angesichts gesellschaftlich-politischer Krisen und Umbrüche geprägt. Aber der daraus resultierende Protest bildet (wenigstens heute) nicht das entscheidende Wählermotiv. Daher halte ich den Begriff „Protestpar-

tei“ zur Charakterisierung von rechtsextremen Parteien nicht nur für unzutreffend sondern auch für irreführend.

Fazit: Rechtsextreme Einstellungen ziehen nur im Ausnahmefall die Wahl rechtsextremer Parteien nach sich. Der parteipolitische Bezugspunkt des rechtsextremen Einstellungspotentials ist zuallererst die Union und im weiteren dann die Sozialdemokratie. Anders ausgedrückt: Der Rechtsextremismus ist überwiegend in das demokratische Spektrum des Parteiensystems integriert. Die Parteien des neuen Rechtsextremismus repräsentieren nur einen kleinen Teil des rechtsextremen Einstellungspotentials. Ihre Anhänger stehen ideologisch vergleichsweise weit rechts und sind mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen besonders unzufrieden.

V. Ausblick

Die Zukunftsaussichten des Rechtsextremismus hängen, wie dargelegt, von externen und internen Faktoren ab. Das rechtsextreme Einstellungspotential in der Bundesrepublik wurde bislang von den Volksparteien gebunden. Selbst in den kurzen

Boomphasen dürfte es den rechtsextremen Parteien nicht gelungen sein, mehr als ein Drittel davon zu mobilisieren. Das bundesdeutsche Parteiensystem erwies sich bisher als stabil und integrationsfähig. Nun deuten wichtige Indikatoren darauf hin, daß die Integrationskapazität der Volksparteien sinkt und weiter sinken wird und daß die Faktoren, die den Auftrieb des neuen Rechtsextremismus begünstigten, auch weiterhin wirksam sein werden. Die externen Erfolgsbedingungen sind mithin gut. Dies gilt nicht für die internen Erfolgsbedingungen. Nach wie vor ist das rechtsextreme Lager organisatorisch zersplittert und durch Rivalitäten zwischen den Parteiführern gelähmt. Von attraktiven programmatischen Alternativen, geschweige denn von Kompetenz und Glaubwürdigkeit, kann nicht die Rede sein. Eine Kooperation oder gar Fusion von Republikanern, DL, DVU und NPD zeichnet sich gegenwärtig nicht ab, und auch ein deutscher Le Pen ist nicht in Sicht. Entscheidend dürfte daher die Politik der Volksparteien sein. Diese verfügen je-

doch über kein klares Konzept, wie das Wählerpotential der lästigen Konkurrenz reintegriert werden kann. Grundsätzlich stehen sie vor der Alternative, entweder die ideologischen Bedürfnisse zu bedienen oder die existentiellen Sorgen und Nöte zu beseitigen oder wenigstens doch zu lindern – zumindest sie aber überhaupt wahrzunehmen. Ersteres hat sich bislang kaum bewährt (sondern eher dem Rechtsextremismus genutzt) und macht auch im Licht der hier vorgetragenen Daten und Thesen wenig Sinn. Denn das rechtsextreme Einstellungspotential orientiert sich überwiegend und dauerhaft an den etablierten Parteien. Die periodisch zu verzeichnenden Desintegrationstendenzen sind daher nicht (oder nicht primär) auf plötzlich wahrgenommene ideologische Unstimmigkeiten, sondern auf Unzufriedenheit mit der Lösung von politischen Sachfragen zurückzuführen. So gesehen hilft nur eine „neue“ Politik, die sich glaubhaft bemüht, die Existenzbedingungen der Bevölkerung konzeptionell zu gestalten.

Hans-Georg Betz: Krise oder Wandel? Zur Zukunft der Politik in der postindustriellen Moderne

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/93, S. 3–13

Die gegenwärtige politische Diskussion in den entwickelten westlichen Demokratien ist vom Thema Krise bestimmt. Parteien, die Politik, ja die Demokratie selbst befinden sich in der Krise. Wachsende Wahlenthaltung, Protest- und Denkmittelwahl sowie die Aufsplitterung der politischen Landschaft sind Symptome einer alarmierenden Entwicklung, deren Ausgang immer noch unbestimmt ist.

In der derzeitigen, sehr realen Krise des politischen Systems manifestiert sich ein tiefgreifender Wandel der politischen Konfliktlinien hochentwickelter westlicher Demokratien. Dieser Wandel der Konfliktlinien ist wiederum das Ergebnis einer weitreichenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Transformation westlicher Gesellschaften hin zur postindustriellen Moderne. Unter diesen Bedingungen entwickeln sich neue politische Präferenzen, auf die die etablierten Parteien nur mehr mit Mühe eingehen können. Im daraus resultierenden politischen Freiraum können sich neue Parteien entwickeln und erfolgreich um politische Marktanteile konkurrieren. Prototypen dieser neuen Parteien sind linkslibertäre und radikal rechts-populistische Parteien. Ihre Wähler rekrutieren sich aus den Kernschichten der postindustriellen Moderne. Aus diesem Grund stellen diese Parteien auch die größte Herausforderung an ihre etablierten Mitkonkurrenten dar.

Hans Herbert von Arnim: Ist die Kritik an den politischen Parteien berechtigt?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/93, S. 14–23

Der Bundespräsident hat die Rolle der politischen Parteien dahin gerückt, wohin sie gehört: von einem bisherigen Randthema in die Mitte der innenpolitischen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland.

Die Kritik an den politischen Parteien läßt sich auf vier Hauptpunkte zurückführen: Entmündigung des Volkes, Defizit der Parteien an Problemlösungskompetenz, Unterlaufen der Gewaltenteilung sowie Ausbeutung der staatlichen Finanzen und Posten. Die Mängel der Politik werden in der Politikfinanzierung besonders deutlich, wie sie sich in den Diäten- und Versorgungsskandalen in Hessen, Hamburg und im Saarland zeigten. Änderungen zum Besseren müssen über die Anlaßfälle hinaus an der politischen Grundordnung ansetzen. Erforderlich sind institutionelle Änderungen zur Aktivierung des Volkes als letztlich einzigen wirksamen Gegengewichts gegen Parteienmißbrauch.

Hans Rattinger: Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteiverdrossenheit

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/93, S. 24–35

„Politikverdrossenheit“ war das „Wort des Jahres“ 1992. In diesem Beitrag werden Dimensionen der damit zusammenhängenden Parteiverdrossenheit empirisch untersucht. Ein häufig vorgetragener Befund ist, daß die „Altparteien“ in der Bundesrepublik im Verlauf des letzten Jahrzehnts immer schlechter bewertet werden und das Vertrauen in das Parteiensystem und die affektiven Bindungen der Bürger an diese Parteien abgenommen haben. Weitere Indizien der Parteiverdrossenheit sind der Rückgang der Wahlbeteiligung und der Zahl der Parteimitglieder sowie die Zunahme der Wechselwähler.

Die These dieses Beitrags ist, daß die steigende Parteiverdrossenheit nicht nur einer affektiven Vertrauenskrise entspringt, sondern auch „rationale“ Komponenten und Bestimmungsfaktoren hat, die im Verhältnis zwischen Wählern einerseits sowie Parteien und politischem System andererseits zu suchen sind. Diese These wird anhand einer Wiederholungsbefragung in den alten und neuen Bundesländern in den Jahren 1990 bis 1992 untersucht. Die empirischen Ergebnisse verorten die höchste Konzentration von Parteiverdrossenheit bei denjenigen Bürgern, die keine dauerhaften Bindungen an eine der Altparteien aufweisen sowie besonders bei jüngeren Personen mit höherer Schulbildung. Ferner wird aufgezeigt, daß geringere Bewertungen und gesunkenes Vertrauen gegenüber den Parteien sowohl im Querschnitt wie über die Zeit hinweg deutlich von den hier untersuchten Erklärungsfaktoren abhängen. Es handelt sich dabei um die wahrgenommene Problemlösungskompetenz der Altparteien; das Gefühl, von ihnen mit den eigenen Interessen vertreten zu werden; um den Eindruck, daß diese Parteien zu wichtigen politischen Sachfragen andere Positionen vertreten als die Bürger selbst; um Bewertungen der wirtschaftlichen Lage sowie um Einschätzungen der Entwicklung in Deutschland in anderen Politikfeldern. In den neuen Bundesländern beeinflussen die beiden letzteren Faktoren besonders stark das Mißbehagen gegenüber den Parteien. Abschließend wird die Frage diskutiert, inwiefern der Trend zunehmender Parteiverdrossenheit umgekehrt werden könnte.

Gestützt auf Umfragedaten und Ergebnisse der amtlichen Repräsentativstatistik wird gezeigt, daß politische Unzufriedenheit, fehlende Parteibindungen und mangelndes politisches Interesse sowie die An- oder Abwesenheit eines Gefühls, daß Wählen Staatsbürgerpflicht ist, die derzeit wichtigsten Einflußfaktoren der Wahlenthaltung überhaupt darstellen dürften. Seit 1980 hat der Anteil der Personen mit einer Bindung an eine Partei tendenziell abgenommen, während die politische Unzufriedenheit zugenommen hat. Außerdem neigen politisch Unzufriedene und Personen ohne Parteibindung sowie politisch Uninteressierte heute stärker zum Nichtwählen als früher. Vor allem innerhalb der jüngeren Altersgruppen hat das politische Interesse stark abgenommen, was den überdurchschnittlich hohen Zuwachs an Nichtwählern unter den jüngeren Wahlberechtigten erklären könnte. Für politisch Unzufriedene schließlich scheint die Wahlenthaltung nur eine mögliche Form der Reaktion zu sein. Eine zweite ist die Protestwahl, wovon derzeit generell die GRÜNEN sowie im Westen die Republikaner und im Osten die PDS profitieren.

Richard Stöss: Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik

Der Erfolg des organisierten Rechtsextremismus wird durch gesellschaftlich-politische Krisenerscheinungen und Umbruchsituationen begünstigt. Derartige Krisen und Umbrüche betreffen das System insgesamt, finden ihren Niederschlag also auch und vor allem im politischen System selbst. Wenn seine Institutionen und Führungsgruppen nicht imstande sind, die notwendigen Steuerungs-, Legitimations- und Integrationsleistungen zu erbringen und bei Teilen der Bevölkerung dadurch Unzufriedenheit entsteht, wachsen die Erfolgsaussichten des Rechtsextremismus.

Rechtsextreme Parteien stellen hinsichtlich ihrer sozialen Basis heterogene Sammlungsparteien dar, deren Ausbreitung anfänglich durch regionale, konfessionelle und soziale Barrieren begrenzt war. Derartige Schranken bestehen gegenwärtig kaum noch. Die Anhänger des neuen Rechtsextremismus lassen sich nicht mehr durch sozialstrukturelle Kriterien von denen anderer Parteien abgrenzen. Maßgeblich sind heute neben den extrem rechten Grundorientierungen tiefgreifende politische Entfremdung und ökonomisch-soziale Deprivationsgefühle. Dies entspricht dem veränderten Charakter der gesellschaftlich-politischen Krisenerscheinungen und Umbruchsituationen, die den Erfolg des Rechtsextremismus begünstigen.

Rechtsextreme Einstellungen ziehen nur im Ausnahmefall die Wahl rechtsextremer Parteien nach sich. Der parteipolitische Bezugspunkt des rechtsextremen Einstellungspotentials ist zuallererst die Union und im weiteren dann die Sozialdemokratie. Anders ausgedrückt: Der Rechtsextremismus ist überwiegend in das demokratische Spektrum des Parteiensystems integriert. Die Parteien des neuen Rechtsextremismus repräsentieren nur einen kleinen Teil des rechtsextremen Einstellungspotentials. Ihre Anhänger stehen ideologisch vergleichsweise weit rechts und sind mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen besonders unzufrieden.